Donnerstag, 20. Februar 1986 - D ★★★

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 43 - 8.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 140 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts.

TAGESSCHAU

Faß ohne Boden?

Subventionierung der deutschen Theater

Der Besucher bezahlt im Durchschnitt für einen Platz

Die öffentlichen Hände zahlen an Subventionen pro verkaufte Eintrittskarte

Bayerisches Staatsschauspiel München

Staatliche Schauspielbühnen Berlin

Staatsoper Hamburg

Bayerische Staatsoper München

Rheinoper Düsseldorf/Duisburg

Bühnen Köln

Deutsche Oper Berlin

Staatstheater Stuttgart

Bühnen Frankfurt

Bühnen Bonn

DIE WELT

Kultur wird aus dem Steuertopf subventioniert – die Theater sind Fässer ohne Boden. Aber nicht alle wirtschaften gleich schlecht. Die Ergebnisse der letzten Spielzeit von zehn großen deutschen Theatern zeigen gewaltige Unterschiede: Ein Besucher im Münchner Residenztheater erfordert weniger als 60 Mark Zuschuß, in Bonns „Hauptstadt-Theater" dagegen mehr als 190 Mark. Reine Opern- oder Schauspielhäuser arbeiten besser als die herkömmlichen Dreispartentheater mit Schauspiel, Oper und Ballett. Vor allem deshalb, weil der Eigenbetrag des Besuchers bei den großen Opernhäusern doppelt so hoch ist wie im Schauspiel. Seite 21

POLITIK

Sicherheit: Als einen beachtlichen Fortschritt bei der Verbrechensbekämpfung wertet die CDU/CSU den Kompromiß zur „Schleppnetzfahndung". SPD und Grüne sprachen dagegen von einem Schnellverfahren und ließen eine Sitzung des Innenausschusses platzen. (S. 10)

Schule: Bedenken gegen die Anerkennung der nordrhein-westfälischen Kollegschul-Abschlüsse meldet Bayern an. Sie verstießen eklatant gegen Beschlüsse der Kultusminister. (S. 4)

Anschlag: Bei einem Attentat tamilischer Separatisten sind in Sri Lanka 36 Menschen getötet worden. Sie zündeten Minen unter einem Konvoi mit landwirtschaftlichen Produkten.

Polen: Die katholische Kirche hat Lech Walesa von dem Versprechen entbunden, das mit dem Nobelpreis 1983 erhaltene Geld zur Stärkung der privaten Landwirtschaft zu spenden. Hindernisse bei den Verhandlungen zwischen Staat und Kirche sollen vermieden werden.

Autobombe: Vor der US-Botschaft in Lissabon ist eine Autobombe explodiert, die in dem Dienstwagen eines Botschaftsmitgliedes plaziert war. Es war der dritte Anschlag in zwei Jahren.

Golfkrieg: Irakische Kampfflugzeuge haben ein vorgeschobenes Marinehauptquartier Irans bombardiert, um den Nachschub für die iranische Invasionsarmee zu unterbinden. (S. 5)

Heute in der WELT

FRAUEN IN DIE BUNDESWEHR?

Zwei streitbare Politikerinnen beziehen Stellung: die CSU-Abgeordnete Ursula Krone-Appuhn und ihre Parlamentskollegin von der SPD, Annemarie Renger. Frau Krone-Appuhn: „Wir wollen keine Putzfrauen in Uniform, sondern Aufstiegschancen für Frauen bis zum General. Das hat nichts mit Gleichheit von Mann und Frau zu tun, sondern mit Gleichwertigkeit der Frauen." Annemarie Renger: „Welche Blüten die Diskussion treibt, zeigte die Forderung von Alice Schwarzer, die Wehrpflicht für Frauen deshalb einzuführen, damit auch Frauen den Wehrdienst aus Gewissensgründen verweigern können." Seite 4

WIRTSCHAFT

Außenwirtschaft: Der DIHT hat die Bundesländer wegen ihrer „unkoordinierten Außenhandelspolitik" kritisiert. Präsident Otto Wolff erklärte, durch eigene Auslandsrepräsentanzen, Exportsubventionen und eine „Vasco-da-Gama-Attitüde" verschiedener Landespolitiker drohe eine Zersplitterung des Gütesiegels „Made in Germany". (S. 11)

Börse: An den Aktienmärkten ließ die Kaufbereitschaft bei steigenden Kursen wieder nach. Der Rentenmarkt war gut behauptet. WELT-Aktienindex 278,39 (275,51). BHF Rentenindex 105,821 (105,789). BHF Performance Index 101,551 (101,492). Dollarmittelkurs 2,3105 (2,3524) Mark. Goldpreis pro Feinunze 341,40 (337,25) Dollar.

SPORT

Fußball: Die Präsidenten der Bundesliga-Vereine beraten heute über Reformen des Spielsystems. Ein Vorschlag: Eine in Nord- und Südgruppe zweigeteilte Bundesliga. (S. 8)

Tennis: Steffi Graf steht beim Turnier von Boca West (Florida) im Halbfinale. Sie besiegte Zina Garrison (USA) 6:2, 6:7, 6:3 und trifft nun auf die Tschechoslowakin Sukova. (S. 8)

AUS ALLER WELT

Spacelab: Der für 1988 geplante zweite Weltraumflug unter deutscher Regie wird nach den Worten von Wissenschaftsminister Riesenhuber trotz des „Challenger"-Unglücks wahrscheinlich nicht verschoben. (S. 22)

Goldene Kamera: Für die besten Fernsehleistungen im Jahr 1985 verleiht die Programmzeitschrift „HÖRZU" heute neun Goldene Kameras. Unter den Preisträgern ist auch Prinz Bernhard der Niederlande. (S. 22)

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Schnee und Glatteis behindern den Vertrieb der WELT. Wir bitten die Leser für mögliche Verzögerungen bei der Zustellung um Verständnis.

Dregger: Wenn Null-Lösung, dann auch für Sowjet-Raketen

Militärexperten weisen auf Mobilität der SS 20 hin / Gespräche in der NATO

rmc./gba. Bonn

Noch vor dem sowjetischen KP-Parteitag am 25. Februar werden die USA auf die Abrüstungsvorschläge von Generalsekretär Gorbatschow von Mitte Januar mit einer unter den NATO-Staaten abgestimmten Antwort reagieren. Diese ist, wie Regierungssprecher Friedhelm Ost erklärte, auch durch einen Briefwechsel zwischen Bundeskanzler Kohl und Präsident Reagan sowie weitere intensive vertrauliche Konsultationen zwischen Bonn und Washington sowie den zuständigen Brüsseler Allianzgremien nachhaltig beeinflußt worden.

Der Sprecher des Auswärtigen Amtes ergänzte, über die amerikanische Antwort bei den Genfer Rüstungskontrollverhandlungen herrsche zwischen den USA und den europäischen Verbündeten „sehr große Übereinstimmung".

Über Details der Antwort wollten der Regierungssprecher und der Vertreter des Auswärtigen Amtes nichts mitteilen. Der Ministeriumssprecher wies lediglich auf Äußerungen des Staatsministers im Auswärtigen Amt, Jürgen Möllemann, hin, der erklärt hatte, ein allein auf Europa begrenztes Abkommen über die Vernichtung aller Mittelstreckenraketen würde an der Bedrohung Europas nichts ändern.

Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger bestritt in einem Interview mit der WELT, daß es bisher irgendwelche Festlegungen gebe. Zu den Vorstellungen einer modifizierten Null-Lösung erklärte er: „Wenn schon eine Null-Lösung für atomare Mittelstreckenraketen, dann sollte sie vollständig und uneingeschränkt sein." Den Sowjets, so Dregger, „ein Reservat in Ostsibirien einzuräumen, ist unzumutbar".

SEITE 10:
Wortlaut des Interviews

Nach seiner Rückkehr von einer USA-Reise hob der stellvertretende Unionsfraktionsvorsitzende Volker Rühe hervor, die Bedenken in der NATO und in Japan gegen eine sogenannte modifizierte Null-Lösung bei den Mittelstreckenwaffen würden in Washington ernst genommen. Diese sähe den Abbau aller sowjetischen SS 20-Raketen westlich des 80. Längengrades im Gegenzug gegen den Abbau der NATO-Systeme (Pershing 2 und Marschflugkörper) vor. Östlich des genannten Längengrades bliebe der Sowjetunion eine bestimmte Anzahl von Mittelstreckenraketen erhalten.

Rühe sagte dazu, daß das, wovor man schon früher gewarnt habe, auch heute unverändert gelte. Eine europäische Abrüstungslösung dürfe „keinen Export von Bedrohung" in den asiatischen Raum mit sich bringen.

Angesichts der Beweglichkeit der SS 20-Raketen warnten NATO-Experten vor der Möglichkeit der schnellen Verlegung dieser Waffen in Stellungen, von wo sie auch wieder europäische Ziele erreichen könnten.

Der Außenamtssprecher suchte solchen Bedenken mit dem Hinweis zu begegnen, daß das ursprüngliche westliche Ziel einer „globalen Null-Lösung" bei den Mittelstreckenwaffen mit der aktuellen US-Antwort auf Gorbatschow nicht aufgegeben werde. Man sei aber bereit, über „Zwischenschritte" zu diskutieren.

Nach offiziellen Bonner Angaben werden in der US-Antwort für Genf die sowjetischen Kurzstrecken-Raketen mit Reichweiten bis zu 1000 Kilometer, die mit rund 600 Werfern auf Westeuropa gerichtet sind, nicht berücksichtigt werden.

DER KOMMENTAR

Die Sorgen der Partner

FRITZ WIRTH

Nach fast fünfwöchigem Zögern und Beraten wird Präsident Reagan in den nächsten Tagen die jüngsten Abrüstungsangebote Gorbatschows beantworten, die in ihrer ersten Phase den Abzug aller Mittelstreckenraketen aus Europa vorsehen. Die Antwort war eine schwere Geburt, weil die Vorschläge überraschend kamen und weil sie über alle verteidigungstechnischen und strategischen Erwägungen hinaus eine außenpolitische Komponente haben.

Sie zielten ganz offensichtlich darauf ab, unterschiedliche Interessenlagen in der Nuklearrüstung unter den europäischen Alliierten zu ignorieren, die britische und französische Nuklear-Souveränität in Frage zu stellen und damit Differenzen unter den Bündnispartnern zu schaffen. Das ist offenbar gelungen. Im State Department in Washington bezeichnet man den Konsultationsprozeß mit den Alliierten als „sehr ernst". Die Hauptsorge der europäischen Partner ist dabei nicht einmal, daß der Abzug der Mittelstreckenraketen aus Europa ungleichgewichtig wird und den Sowjets weiterhin die Möglichkeit bietet, mit ihren nach Asien verlegten SS 20 Westeuropa zu erreichen, zumal man in Washington versichert: Kein amerikanischer Verhandlungsführer würde jemals ein derartiges Abkommen unterzeichnen.

Es bleibt vielmehr eine grundsätzliche Sorge: Bei der Stationierung amerikanischer Marschflugkörper und Pershings in Europa ging es seinerzeit den europäischen Partnern nicht nur darum, der Bedrohung durch die SS 20 zu begegnen, sondern grundsätzlich die USA sicherheitspolitisch enger an Europa anzukoppeln. Die Frage ist legitim: Sollte es Gorbatschow mit seinen Vorschlägen gelingen, den amerikanischen Verteidigungsschirm über Europa zu durchlöchern?

Die Frage ist um so berechtigter, als ein nuklearfreies Europa, das allein nur noch auf seine konventionelle Verteidigung vertraut, ein verteidigungstechnisch und rüstungsquantitativ höchst ungleichgewichtiges Problemgebiet würde. Die Antwort Reagans an Gorbatschow wird deshalb noch lange nicht das letzte Wort in dieser Sache sein.

Sindermann baut auf die Hilfe der SPD

Volkskammerpräsident von Kohl empfangen / Demonstration vor „DDR"-Vertretung

PETER PHILIPPS, Bonn

Volkskammerpräsident Horst Sindermann hatte, wie er bei seiner Ankunft in Bonn sagte, die umstrittenen Geraer Forderungen, nach Anerkennung einer eigenen „DDR"-Staatsbürgerschaft eigentlich „nicht aktuell im Gepäck". Später aber sagte der Vertraute Honeckers, daß er sich auf diesem Gebiet Unterstützung von seinen sozialdemokratischen Gesprächspartnern erwarte.

Im Gepäck hatte der regelmäßig als „Eisbrecher" bei schwierigen Missionen eingesetzte SED-Repräsentant nach eigenen Worten nicht nur „viele Grüße von Herrn Honecker, sondern auch „viele Themen", die einer „Klärung bedürfen, um das Verhältnis immer enger zu gestalten" zwischen den beiden Staaten in Deutschland. Honeckers-Abgesandter sprach gegenüber Journalisten selbst „die Frage der menschlichen Beziehungen" an, die bei innerdeutschen Gesprächen „immer im Vordergrund stehen".

Rund eineinhalb Stunden, dreißig Minuten länger als vorgesehen, zogen sich Bundeskanzler Helmut Kohl und der Volkskammer-Präsident in das Arbeitszimmer des Bonner Regierungschefs zurück und sprachen über die innerdeutschen Beziehungen, aber auch über die internationale Lage nach dem Genfer Treffen von Reagan und Gorbatschow.

Punkt 9 Uhr 45 war Sindermann, der auf Einladung der SPD für zweieinhalb Tage nach Bonn gekommen ist, gestern mit einer Sondermaschine der „DDR"-Gesellschaft „Interflug" auf dem Köln-Bonner Flughafen gelandet. Oppositionschef Hans-Jochen Vogel begrüßte ihn dort kurz und nahm ihn nach getrennten Fahrten am Eingang des Bundeshauses wieder in Empfang.

Nach einem kurzen Gang durch das Bundeshaus zogen sich Vogel und Sindermann zu einem Vier-Augen-Gespräch ins Arbeitszimmer des SPD-Fraktionsvorsitzenden zurück. Bevor die gastgebenden Sozialdemokraten (einschließlich des Parteichefs Brandt) und die Sindermann-Delegation zum Mittagessen fuhren, ließ sich der Mann aus Ost-Berlin von Vizepräsident Heinz Westphal noch kurz den leeren Plenarsaal zeigen. Am späten Nachmittag, nach dem Gespräch bei Kohl, trafen Sindermann und seine Begleiter sowie die Sozialdemokraten sich zu einer großen Gesprächsrunde wieder im Bundeshaus.

Währenddessen demonstrierten vor der Ständigen Vertretung der „DDR" in Bonn mehrere Angehörige von Personen, die in der „DDR" festgehalten werden. „Bringen Sie Frieden unter die deutschen Familien, Herr Sindermann", lautete die Forderung auf dem Plakat, die der Heidelberger Mediziner Wolf-Dieter Thomitzek an den SED-Funktionär richtete. Die „DDR"-Vertreter weigerten sich jedoch, eine Petition für seine in Ost-Berlin seit sechseinhalb Jahren inhaftierte Schwester entgegenzunehmen.

Frankreichs Justizminister Badinter abgelöst

DW. Paris

Der bisherige französische Justizminister Robert Badinter, der allen sozialistischen Regierungen unter Staatspräsident Mitterrand angehört hat, ist am Mittwoch zum Präsidenten des französischen Verfassungsrates (Conseil Constitutionnel) berufen worden. Dies wurde gestern nachmittag in Paris offiziell mitgeteilt. Badinter galt als eines der herrausragendsten Mitglieder des Kabinetts Fabius. Der Conseil Constitutionnel ist das höchste Organ zum Schutz der französischen Verfassung.

Zum neuen Justizminister wurde der bisherige Minister für Handel und Handwerk, Michel Crepeau von der mit den Sozialisten verbündeten linksliberalen MRG ernannt. Badinter hatte noch gestern vormittag im Kabinett den Entwurf für ein neues Strafgesetzbuch vorgelegt, das den Code Napoleon aus dem Jahre 1810 umfassend reformieren soll.

Hauseigentümer befürchten Wertverlust

Go. Bonn

Eine „Wertevernichtung" größten Ausmaßes befürchtet der Präsident des Zentralverbandes der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer, Theodor Paul, für den Fall, daß die Wohnungsbauförderung im bisherigen Umfang aufrechterhalten bleibt und daß Bauminister Schneider an einer Jahresbauleistung von 300 000 Wohnungen festhält. In einem Gespräch mit der WELT schloß Paul nicht aus, daß der gesättigte Wohnungsmarkt ein Umdenken auch in der Eigentumsförderung erforderlich machen könnte.

Paul kritisiert, daß die Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft immer noch nicht in der Wohnungswirtschaft angewendet würden. In der kommenden Legislaturperiode sollten hier eindeutige ordnungspolitische Entscheidungen gefällt werden.

Seite 12: Zu viele Wohnungen

Wilms: Wettbewerb um Auszubildende

Bonn erwartet Entspannung auf dem Lehrstellen-Markt / Berufsbildungsbericht verabschiedet

p. p. Bonn

Die Bundesregierung erwartet für dieses Jahr eine leichte Entspannung auf dem Lehrstellen-Markt. Wie Bildungsministerin Dorothee Wilms gestern nach der Verabschiedung des „Berufsbildungsberichts 1986" sagte, geht sie von rund 740 000 Bewerbern aus, denen 10 000 bis 20 000 mehr Ausbildungsplätze gegenüberstehen als 1985. Im vergangenen Jahr hatte es 756 000 Lehrstellen-Suchende gegeben, von denen bis zum Jahresende 95 Prozent vermittelt werden konnte. Frau Wilms: Von den 38 991, die bis zum 31. Dezember ohne Ausbildungsplatz geblieben sind, konnten inzwischen weitere untergebracht werden.

Die Bundesregierung bleibt trotz des jüngsten Vorstoßes der SPD-Opposition, von Betrieben eine Abgabe verlangen zu wollen, die nicht ausbilden, bei ihrem Kurs, „auf das freiwillige Ausbildungsengagement der Wirtschaft zu setzen". Außerdem würden auch für die Zukunft „die Rahmenbedingungen für das bewährte System der dualen Berufsausbildung gesichert" werden, sagte die Ministerin und kündigte darüberhinaus an: Der Bund werde in diesem Jahr seine eigenen Ausbildungsaktivitäten „mindestens auf dem hohen Niveau des Vorjahres halten", was einem Angebot von rund 32 000 Lehrstellen entspricht.

Alle demographischen Daten lassen eine Entwicklung erwarten, die spätestens 1990 dazu führen wird, daß „die Gesamtnachfrage nach Lehrstellen die 600 000-Grenze unterschreitet". Für Frau Wilms war dies gestern Anlaß, an die Wirtschaft zu appellieren: „Mittelfristig wird der Wettbewerb um Ausbildungsplätze in einen Wettbewerb um Auszubildende umschlagen. Betriebe, die ihren Fachkräftebedarf langfristig und qualitativ hochwertig sichern wollen, sind deshalb gut beraten, wenn sie jetzt die Chance der gegenwärtig noch hohen Nachfrage nach Ausbildungsplätzen nutzen und ihre Ausbildungsanstrengungen forcieren. Investitionen in die Berufsausbildung heute sind Investitionen für die Zukunft."

Eher am Rande ging die Ministerin auch auf die in letzter Zeit stärker gewordene Diskussion darüber ein, daß viele Jugendliche für die „falschen Berufe ausgebildet, also fehlqualifiziert würden". Nach den ihr vorliegenden Untersuchungen lasse sich dieser Vorwurf nicht aufrechterhalten. Denn zum einen leisteten viele Jugendliche entweder nach Lehrabschluß ihren Wehrdienst ab oder sie qualifizierten sich weiter. Beides könne man wohl nicht „als Fehlstart" bezeichnen. Und generell „kann glatter Berufsstart eben auch nicht heißen, Anschluß-Tätigkeit im erlernten Beruf". Schließlich stünden den knapp 1000 verschiedenen Ausbildungsrichtungen insgesamt 25 000 Tätigkeitsprofile an Arbeitsplätzen gegenüber, für die es zum Teil keine „eindeutig zuzuordnende Ausbildungsrichtungen" gebe.

Marcos setzt auf Handel mit Moskau

DW. Manila

Der philippinische Präsident Ferdinand Marcos läßt seinen Drohungen, sich bei nachlassender Unterstützung durch die USA an die Sowjetunion wenden zu wollen, jetzt offenbar erste Taten folgen. Gestern traf sich der Präsident mit dem neuen Botschafter der Sowjetunion in Manila, Wadim Schabalin, und betonte dabei die „Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen den Ländern unter den Grundsätzen friedlicher Koexistenz, Gleichberechtigung, gegenseitiger Unterstützung und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten".

Vor Reportern sagte Marcos, die Philippinen seien an einem Ausbau des Handels mit der Sowjetunion interessiert.

Weiterer Anstieg bei Aktien erwartet

J. G. Düsseldorf

In grundsolider Verfassung mit weiterem Kurssteigerungspotential um bis zu 25 Prozent sieht die Degab-Anlagenberatungsgesellschaft (Deutsche Bank-Konzern) die deutschen Aktienbörsen auch bis Ende 1986. Konsumbezogene Werte dürften mit 20 Prozent Gewinnbesserung, Warenhäuser sogar mit 40 Prozent, an der Spitze stehen. Nach gut einem Jahrzehnt Gewinnschwund erwartet das Institut für die untersuchten 140 deutschen Aktiengesellschaften im nunmehr vierten Erholungsjahr eine weitere Ertragsbesserung um reichlich 10 Prozent. Das günstige Börsenklima werde 1986 zahlreiche Mittelstands-Unternehmen zur erstmaligen Aktien-Emission an Publikumsaktionäre veranlassen.

Diskussion über „Schiedsstelle"

DW. Bonn

Im Streit um die geplante Änderung des Streikparagraphen 116 Arbeitsförderungsgesetz (AFG) konzentriert sich die Diskussion zunehmend auf den Vorschlag zur Einrichtung einer „Schiedsstelle". Während der DGB und die IG Druck und Papier den Vorschlag des westfälischen CDU-Vorsitzenden Kurst Biedenkopf gestern ablehnten, signalisierte die FDP-Sozialexpertin Irmgard Adam-Schwaetzer Kompromißbereitschaft der FDP in diesem Punkt. Regierungssprecher Friedhelm Ost erklärte, die Bundesregierung beteilige sich nicht an Spekulationen über mögliche Verbesserungsvorschläge. In einem Interview der „Bild"-Zeitung erklärte Frau Adam-Schwaetzer, wenn die CDU mit Rücksicht auf ihre Sozialausschüsse eine „Schiedsstelle" haben wolle, „werden wir darüber in der Koalition reden". Es müsse aber bei der angestrebten Klarstellung im Paragraphen 116 bleiben.

Diskussion um 116: „Neue Dimension"

gba. Bonn

In einem Brief hat Arbeitgeberpräsident Otto Esser dem DGB-Vorsitzenden Ernst Breit vorgeworfen, in die Diskussion um den § 116 Arbeitsförderungsgesetz eine „neue und wie mir scheint gefährliche Dimension" gebracht zu haben, die geeignet sei, das politische Klima zu vergiften. Es scheine Breit weniger um den umstrittenen Paragraphen als um eine allgemeine politische Auseinandersetzung zu gehen.

Diese Kampagne sei eine Fortsetzung der Aktionswoche vom Oktober vergangenen Jahres, mit der der DGB seine Organisationsmacht einmal mehr in den Dienst einseitiger parteipolitischer Beeinflussung seiner Mitglieder stelle und entsprechend Partei ergreife. Esser appelliert an Breit, diesen Weg nicht weiter zu beschreiten, sondern Fairneß gegenüber dem Sozialpartner und gegenüber den Institutionen des Staates zu üben.

Debatte über den „Mülltourismus"

DW. Bonn

Der jährliche Transport von rund 800 000 Tonnen zum Teil hochgiftigen westdeutschen Mülls auf die „DDR"-Deponie Schönberg an der Zonengrenze bei Lübeck hat gestern den Bundestag beschäftigt. In einer von den Grünen beantragten Aktuellen Stunde verlangte ihre Abgeordnete Hannegret Hönes einen sofortigen Stopp dieses „Mülltourismus" im Interesse der Gesundheit der Bürger.

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Spranger (CSU), entgegnete, daß nach derzeitigen Erkenntnissen keine Gefahr für das Lübecker Gebiet drohe. Die „DDR" halte sich genau an die vereinbarten Ablagerungsvorschriften.

Spranger kündigte einen Vorstoß von Innenminister Friedrich Zimmermann an. Er will mit der „DDR" in Verhandlungen über noch zu klärende Fragen treten.

Seite 10: Kieler Landtag

In der evangelischen Kirche Klage über „Substanzverlust"

Zahl der Austritte wächst / „Es geht an das Eingemachte"

DW. Stuttgart/Itzehoe

Mit Kommentaren der Besorgnis und Kritik haben führende Vertreter der evangelikalen Bewegung auf den starken Anstieg der Austritte aus den Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) reagiert. Nach der jetzt veröffentlichten EKD-Statistik erhöhte sich die Zahl der Kirchenaustritte 1984 gegenüber dem Vorjahr um 12,4 Prozent auf 127 000. Seit 1970 haben insgesamt 2,04 Millionen Menschen die Kirche verlassen. Der Sprecher der Evangelikalen in der EKD-Synode, Dekan Rolf Scheffbuch (Schorndorf bei Stuttgart) erklärte, dieser „quantitative und qualitative Substanzverlust" zeige, daß es der Evangelischen Kirche an das „Eingemachte" gehe.

Nach seiner Ansicht gibt es drei Austrittsgründe: Für viele sei der „hemmungslose Pluralismus" auf Kirchentagen so abschreckend, daß Menschen „mit dieser Kirche nichts mehr zu tun haben wollen". Für andere bestätige der „pluralistische Selbstbedienungsladen", daß man auch ohne Kirchen gläubig leben könne. Die dritte Gruppe sei enttäuscht darüber, daß sie den „Markt der Möglichkeiten" der Kirchentage nicht in ihrer Gemeinde vorfinden.

Für den Vorsitzenden der Konferenz bekennender Gemeinschaften, Pfarrer Fritz Grünzweig (Stuttgart), „sind die vermehrten Kirchenaustritte ein Alarmzeichen für die innere Verarmung unseres Volkes". Die Botschaft der Kirche werde oft durch politische Ideologien ersetzt. Grünzweig: „Wo die Botschaft entleert ist, da entleeren sich auch die Kirchen." Es sei an der Zeit, daß die Kirche sich wieder neu auf die Botschaft der Bibel besinne. Pastor Jens Motschmann (Itzehoe) von der „Bekennenden Gemeinschaft" in der nordelbischen Kirche – sie liegt mit mehr als 26 000 Austritten an der Spitze – zeigte sich „erschüttert, aber nicht verwundert" über die hohe Zahl der Kirchenaustritte. Wenn die nordelbische Synode angesichts des „eigenen geistlichen Notstandes" zehn Stunden über Südafrika debattiere, werde sie wohl kaum geistliche Impulse in die Gemeinden vermitteln können.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Ausmarsch der Schwäche

Von Günther Bading

In trauter Gemeinsamkeit sind die Abgeordneten von SPD und Grünen aus der Sitzung des Bundestagsinnenausschusses ausgezogen, in der abschließend über die Gesetze zur Einführung des maschinenlesbaren Personalausweises und Passes sowie über die „Schleppnetzfahndung" beraten wurde. Zwar hatten die Koalitionäre von CDU/CSU und FDP der Opposition nach Vorlage des aufgrund der Anhörung von Sachverständigen in der Vorwoche leicht veränderten Textes eines einzelnen Paragraphen angeboten, nach einem ersten, erläuternden Durchgang zu pausieren, um intern beraten zu können – aber die rot-grünen Verweigerer wollten sich ihren Miniatur-Eklat nicht nehmen lassen.

Der Ausschuß tagte dennoch weiter, und der Verabschiedung der Gesetze steht nun nichts mehr im Wege. Im Klartext bedeutet dies, daß der Versuch des in der Praxis längst bestehenden parlamentarischen Bündnisses der Roten und Grünen fehlgeschlagen ist, den Beratungsablauf so zu stören, daß die neuen Ausweise nicht wie geplant – nach entsprechender Behandlung der Angelegenheit in den Ländern – am 1. April 1987 ausgegeben werden können.

Auch die Verschleppnetz-Manöver der beiden Freidemokraten Baum und Hirsch in der Behandlung des Paragraphen 163 d seit Wochenbeginn führten nicht zum erhofften Abkoppeln des Schleppnetz-Paragraphen von Paß- und Ausweisgesetz. Sie nötigtenm zwar zu weiteren Besprechungen von Spitzenpolitikern. In der Sache aber konnten sie den vom freidemokratischen Parteivorsitzenden dem Koalitionspartner signalisierten Einigungswillen nicht torpedieren. Vielmehr zeigte Bangemann sich zu später Stunde wohlvorbereitet und stark genug, die Verzögerungsargumente Baums vom Tisch zu wischen. Der Parteichef mag erkannt haben, daß nicht allein die Einigungskraft der Koalition, sondern die eigene Führungsfähigkeit auf den Prüfstand gestellt war.

Von der Sache her kann die Koalition zufrieden sein. Den Bedenken der Datenschützer wurde Rechnung getragen. Aber jede negative Präjudizierung der nach 1987 aufgrund des Volkszählungsurteils anstehenden Bereinigungen etwa bei der Rasterfahndung oder der beobachtenden Fahndungen wurde vermieden.

Höhenflug im Verkehr

Von Wilhelm Hadler

Das Straßburger Europaparlament neigt dazu, sich auf Gebieten zu tummeln, für die die EG keine Kompetenzen besitzt. Ein Beispiel dafür ist die jüngste Entschließung zur Straßenverkehrssicherheit. Es mag noch angehen, daß die Abgeordneten Vorschläge für Sicherheitsgurte, Nebelleuchten oder die Höhe der Stoßstangen unterbreiten. Diese Vorrichtungen sind für die technische Zulassung und damit für den freien Warenverkehr von großer Bedeutung: Zweifelhaft ist jedoch, ob sich das Haus einen Dienst erweist, wenn es sich für ein Tempolimit auf den Straßen oder für ein Verbot des Tragens von Walkmen für Motorradfahrer stark macht.

Mit solchen Resolutionen wird nur ein schwacher Druck auf die Regierungen ausgeübt. Sie richten sich nun einmal vornehmlich nach ihrer nationalen öffentlichen Meinung. Der Europa-Idee nützt es nicht, wenn den Autofahrern Geschwindigkeitsbegrenzungen aufgezwungen werden sollen, die sie für unnötig halten. Da fällt auch kaum ins Gewicht, daß es sich nicht um eine bürokratische Entscheidung handelt, sondern um die Meinungsäußerung eines direkt gewählten Parlaments.

Nach Ansicht der Abgeordneten ist das Tempolimit eine „unerläßliche Maßnahme zur Verbesserung der Verkehrssicherheit". Obwohl es es nur auf deutschen Autobahnen keine allgemeine Geschwindigkeitsbegrenzung gibt, verzichteten die Verfasser der Entschließung darauf, die Bundesrepublik namentlich zu nennen. Auch Angaben über die europaweit vertretbare Höchstgeschwindigkeit blieben aus. Um sich auf eine Zahl zu einigen, hätte es ebenso zeitraubender Auseinandersetzungen bedurft wie in den nationalen Parlamenten.

Auch die EG-Kommission zögert seit Monaten, ihre angekündigten Vorschläge vorzulegen. Ursprünglich sollten sie sich auf die Bedürfnisse des Umweltschutzes stützen. Nach dem deutschen Großversuch schwenkt man auf Argumente der Verkehrssicherheit um. Eine Rechtsgrundlage für ein Tempolimit läßt sich in den Römischen Verträgen jedoch schwer finden. Deshalb ist anzunehmen, daß sich Bonn nicht ohne weiteres im Ministerrat überstimmen lassen wird.

Schilder-Schilda

Von Joachim Neander

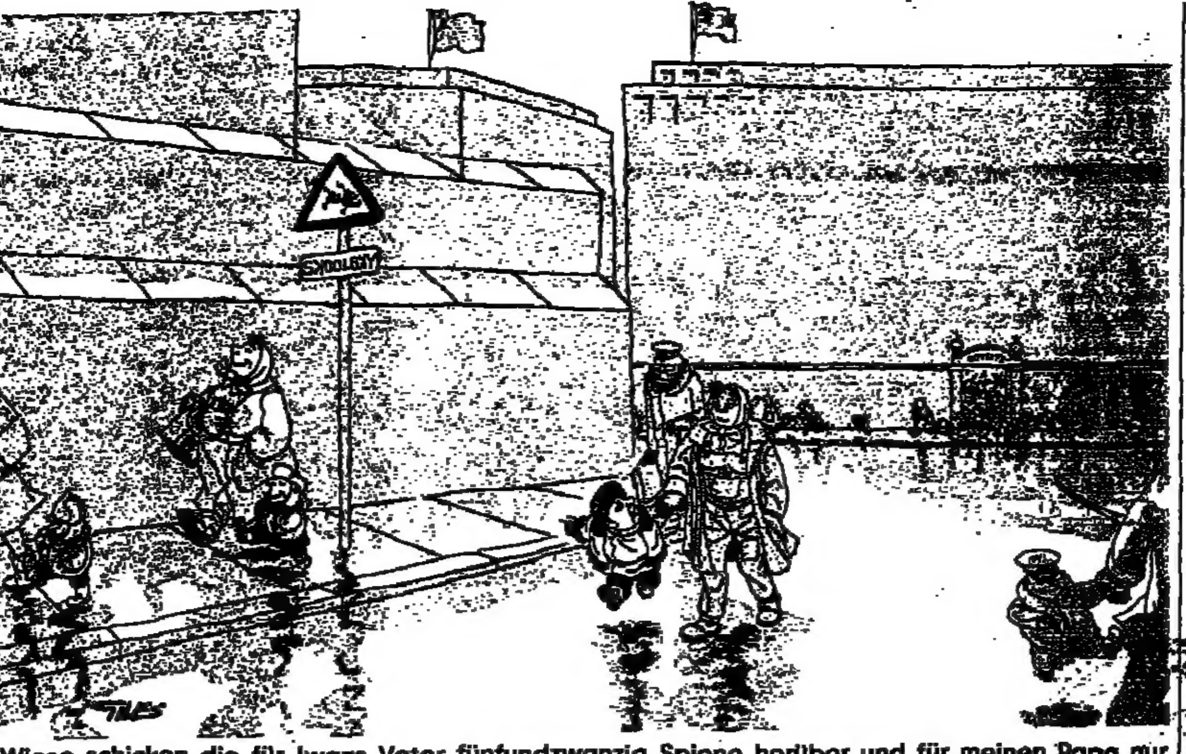
Ob es schön und nützlich ist, daß jetzt immer mehr Bundesländer an ihren Grenzen Schilder mit dem Landeswappen aufstellen, darüber läßt sich prächtig streiten. Merkwürdig daran ist, daß so gut wie alle, die in der Öffentlichkeit lästernd darüber herziehen, ebenso forsch wie ahnungslos – na, wen denn wohl – die Bayern als die Erfinder dieser Ländersitte hinstellen.

Dabei prangen die weitaus ältesten dieser Schautafeln des deutschen Föderalismus seit vielen, vielen Jahren an den Grenzen des Bundeslandes Hamburg: in sattem Rot und schon durch Größe und Wappen nicht zu verwechseln mit dem gelben Ortsschild.

Aber so einer freien sozialdemokratischen Hansestadt „typisch deutsche Kleinstaaterei" vorzuwerfen, da müßte man sich zur Begründung schon etwas Kluges einfallen lassen. Bei Bayern geht das einfacher.

Vollends komisch aber wird es, wenn – wie jetzt in Rheinland-Pfalz – die Schildermäkler den modischen Vorwurf der Kleinstaaterei mit zusätzlichen Argumenten untermauern, die selber ein fast ins Absurde gesteigertes kleinstaatliches Denken offenbaren. Der stellvertretende Vorsitzende der rheinland-pfälzischen FDP ereifert sich nämlich darüber, daß der zuständige Wirtschaftsminister die neuen Wappenschilder nicht von landeseigenen Künstlern, sondern von einem Professor in Braunschweig habe entwerfen lassen. Dies sei eine Mißachtung der heimischen Designer-Gilde und berge außerdem die Gefahr, daß das Landeswappen von einem Landfremden verschandelt werde.

Die läßt für die Zeit nach der nächsten Landtagswahl Anfang 1987 im Lande Rheinland-Pfalz völlig neuartige politische Debatten befürchten. Vielleicht melden sich dann in der FDP Stimmen, die eine Koalition mit der CDU prinzipiell ablehnen, weil Ministerpräsident Bernhard Vogel in Göttingen (nur hundert Kilometer von Braunschweig) geboren und in München (pfui Deibel) zur Schule gegangen ist.



„Wieso schicken die für Iwans Vater fünfundzwanzig Spione herüber und für meinen Papa nur zwei?" GILES / DAILY MIRROR

Der Schweigebann bricht

Von Dankwart Guratzsch

Bei der Berichterstattung über verheerende Umweltschäden bekommen die westlichen Medien Konkurrenz. Immer häufiger berichten Ostblock-Zeitungen über Ereignisse, die in der Vergangenheit zu den bestgehüteten Staatsgeheimnissen gehörten: Die Verschmutzung der Flüsse, der Tod der Wälder, die Vergiftung der Atemluft sind schon lange keine Erscheinungen mehr, die sich der angeblich allein am Profit orientierten kapitalistischen Produktionsweise in die Schuhe – sprich: in die Schornsteine – schieben lassen. Im Gegenteil: Gerade in den Ländern des real existierenden Sozialismus beginnen sich die Umweltprobleme in einer Weise zu häufen, wie dies aus keinem westlichen Industrieland bekannt ist.

So ist das Beispiel des Dorfes Biegnitz im niederschlesischen Kupferrevier Lüben-Glogau, dessen Einwohnerschaft mit der von vier umliegenden Gemeinden wegen der Verseuchung der Luft durch Industrieabgase evakuiert werden mußte, nur ein Menetekel – sicher kein Einzelfall. In der Tschechoslowakei zum Beispiel scheiterte die Evakuierung der ganzen Region von Teplitz-Schönau, Brux, Bilin, Dux und Leutensdorf 1982 lediglich daran, daß Transportmittel fehlten.

Durch Veröffentlichung in der Presse erhalten die Umweltprobleme jetzt allerdings auch im Ostblock einen neuen gesellschaftlichen Rang. Denn nun sind es nicht mehr wie vor drei Jahren in der Tschechoslowakei Dissidenten, die die Umweltskandale und Geheimberichte der Wissenschaftler an die Öffentlichkeit bringen. Sondern es ist zum Beispiel die polnische Zeitung „Zycie Warszawy", die Blei und andere Schwermetalle in Luft und Erdboden dafür verantwortlich macht, daß die Zahl zurückgebliebener Kinder ständig zunimmt. Und es ist das Organ der polnischen Bauernpartei „Dziennik Ludowy", das es der übermäßigen Konzentration von Schwefeldioxid, Stickoxiden, Kohlenstoffen und Blei in der Luft Oberschlesiens zuschreibt, wenn dort 30 Prozent mehr Krebserkrankungen und 45 Prozent mehr Erkrankungen der Atemorgane als im Landesdurchschnitt registriert werden.

Für die Öffnung der Umweltdiskussion gibt es aus dem ganzen Ostblock Belege – die weitestgehenden aus China, wo nationale Umweltinstitute in Peking und im Süden des Landes gegründet wurden, wo vier Öko-Magazine erscheinen, Umweltprobleme auf Tagungen diskutiert und von Wissenschaftlern in Tageszeitungen kritisch beleuchtet werden. Aber selbst in der Sowjetunion scheint der Schweigebann gebrochen.

Die sowjetische Jugendzeitung „Komsomolskaja Prawda" ging jetzt sogar so weit, das Verhalten der Behörden offen zu kritisieren. Umweltschützer würden noch immer wie Staatsfeinde behandelt, während die Zerstörung von Flüssen und Seen, die ruinöse Behandlung der Schwarzerdeböden, die Ausrottung der Heringe bei Kamtschatka ungehemmt weitergingen. Eine Öko-Katastrophe sagte die Zeitung voraus, wenn die neue sowjetische Führung beim angekündigten Ausbau der Wirtschaft ohne Rücksicht auf die Natur vorgehe, und forderte ein Staatskomitee für Umweltschutz.

Auslöser der neuen Umweltdiskussion ist hier unter anderem das gigantische Projekt der Umleitung sowjetischer Ströme von Norden nach Süden geworden, über dessen möglicherweise epochale ökologische Folgen die sowjetischen Wissenschaftler tief zerstritten sind. Gerade an diesem Beispiel erweist sich die eigentliche Tiefendimension der für den Ostblock völlig neuen offenen Diskussion.



Wandel durch Waldsterben: Das Erzgebirge FOTO: DPA

In den Ländern des Dialektischen Materialismus sind die Naturwissenschaften nach der Verfolgung und Ausrottung der Religion in den Rang einer neuen Staatsreligion erhoben. Seit der Umweltdebatte ist der Vorhang in diesem Allerheiligsten des Tempels der reinen Lehre zerrissen.

Daß Wissenschaftler Wissenschaftlern widersprechen, daß – wie in Polen, der Tschechoslowakei, und übrigens auch in China – ausgerechnet die Akademien der Wissenschaftaen den wissenchaftlich-technischen und industriellen Fortschritt in Frage stellen, das bedeutet für jenen Staatenverbund, der selbst gesellschaftlichen und historischen Wandlungsprozessen „wissenschaftliche" Gesetzmäßigkeiten unterstellt, eine spirituell-existentielle Erschütterung wie durch ein päpstliches Schisma.

Dieser Konflikt kann nicht dadurch beigelegt werden, daß man ihn leugnet. Umweltprobleme sind neue Gedankengebilde, sie sind von handfestester materieller Qualität. Zu den wirtschaftlichen Auswirkungen auf Industrieansiedlungen, gesellschaftliche Akzeptanz und Arbeitsfähigkeit von Wirtschaft und Staat treten die unmittelbaren persönlichen Auswirkungen auf Gesundheit und Lebensqualität des Einzelbürgers. Gerade diese „subjektiven" Aspekte stehen in der gesamten Umweltdiskussion des Ostblocks plakativ im Vordergrund.

Darin erweist sich, wie tief die Verunsicherung bereits bis in die höchsten Parteiränge eingedrungen ist. Anders wäre es gar nicht zu erklären, daß im geschlossenen System der Ostblockstaaten mit seiner Neigung zur unanfechtbaren Einheitsmeinung widersprüchliche Berichte mit einem derart alarmierendem Unterton überhaupt erscheinen können.

Dieser Prozeß einer gesellschaftlichen Transformation ist vielleicht der interessanteste Aspekt der neuen Umweltdiskussion. Man wird sehen, welche Bereiche er noch ergreift.

IM GESPRÄCH F. Berninghausen

Sorgen an der Waterkant

Von Winfried Wessendorf

Das Amt des Präses der Bremer Handelskammer erfordert viel politisches Fingerspitzengefühl. Denn auf der einen Seite vertritt die Handelskammer die Interessen der bremischen Wirtschaft, andererseits gab und gibt es in der Hansestadt ein traditionelles Bündnis zwischen Kaufleuten und Arbeitern, das in letzter Zeit aber stark belastet ist.

Jedenfalls ist es kein Zufall, daß der Präses von seinem Arbeitszimmer im ehrwürdigen Schütting auf das Rathaus blickt. Diese Konstellation besteht in Bremen schon seit Jahrhunderten. Sie ist mehr als nur geographisches Gegenüber. Auf der einen Seite, dem Senat, gibt es seit einigen Monaten einen neuen Mann, auf der anderen, der Kaufmannschaft, seit Anfang des Jahres auch: Friedo Berninghausen. Der geschäftsführende Gesellschafter einer angesehenen Holzimportfirma, dessen privates Hobby die Pflege von Biotopen ist, begann sogleich eine Bestandsaufnahme des Lebensraumes Bremen, mit einem trockenen „leider". Berninghausen: „Weil manches an diesem Resümee sicher dazu nicht angetan ist, das Image Bremens zu verbessern."



Steuern, Personalvertretung, die Universität: Berninghausen FOTO: WINKLER

Die sozialdemokratische Landesregierung wird keineswegs geschont: „Die Ursache unserer Finanzmisere liegt neben dem ungerechten Steuerverteilungssystem, das uns jährlich etliche Millionen Mark kostet, bei der hausgemachten Personalausweitung, die uns in wesentlich größerem Umfang mit jährlich mehr als 800 Millionen belastet."

Konsequenterweise forderte der 56jährige die Novellierung des Personalvertretungsgesetzes – ein Tabu für die in Bremen alleinregierende SPD. Es müsse so gestaltet werden, wie es in der ganz überwiegenden Mehrzahl der anderen Bundesländer üblich sei und unter Berücksichtigung der Interessen aller Beteiligten praktiziert werde. Der Präses empfiehlt: „Die bremische Modellpolitik früherer Tage hat spätestens jetzt, wo es um die Existenz unseres Gemeinwesens geht, ihre Berechtigung verloren. Da darf es eben keine Tabus geben."

Berninghausen kritisiert auch scharf den „missionarisch" geführten Kampf gegen das private Fernsehen und prangert das sinnlose Verbot der Sonntagswerbung an. Auf die verfehlte Schul- und Bildungspolitik ging er schon mehrfach ein. Er will zudem die Verbandsklage im Bremer Naturschutzgesetz abgeschafft sehen. Die erkennbare Tendenz, den Umweltschutz zu einer ausschließlichen und absoluten Zielgröße der Politik zu erheben, sei unrealistisch und sogar schädlich für Bremen.

Die Universität liegt ihm am Herzen: „Es ist das Engagement der Handelskammer, unsere Universität wirtschaftsnah und technikorientiert umzugestalten. Denn der Technologietransfer ist für uns alle von höchster Bedeutung." Der Präses begrüßte freilich, daß sich angesichts der Finanzmisere „die gesellschaftlich maßgeblichen Kräfte noch nie so entschieden wie jetzt zu einer Zusammenarbeit bekannt haben".

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Westfälische Nachrichten

Die Münsteraner Zeitung wertet den Abschluß bei den Beamten:

Alles in allem ein vertretbarer, wenn auch nicht gerade maßvoller Abschluß. Doch während die Beamten und die Beschäftigten im öffentlichen Dienst zufrieden sein können, müssen die öffentlichen Haushalte den Zehn-Milliarden-Brocken erst noch verkraften. Kaum werden die Erfolge der Sparpolitik in Form sinkender Zinsen und rekordverdächtiger Preisstabilität spürbar, stehen die Finanzminister und Stadtkämmerer vor neuen Problemen.

Allgemeine Zeitung

Das Mainzer Blatt sagt zur Schily-Anzeige und der SPD:

Eine Partei, die selbst eigene Spendenmillionen mit dem Geheimnis verstorbener Schatzmeister umgeben muß und sich – im Gegensatz zu Kohl – vor Ausschüssen überwiegend mit Erinnerungsstücken aus der Affäre zog, dürfte kaum Anlaß haben, im Glashaus mit Steinen auf andere zu werfen.

TAGESANZEIGER

Zum geplanten US-Gegenvorschlag auf Gorbatschows Abrüstungsangebot äußert sich das Züricher Blatt:

Wie das interne Tauziehen um die westliche Antwort auf den radikalen Gorbatschow-Vorschlag (Einfrieren der britischen und französischen Atomrüstung auf ihrem derzeitigen Stand und Verzicht auf weitere Lieferungen von Atomwaffen an die Briten) ausgehen wird, scheint noch ziemlich offen. Dem amerikanischen Präsidenten ist offenbar viel daran gelegen, sich in puncto Abrüstungseifer nicht von Gorbatschow übertrumpfen zu lassen. Auch wird erhofft, daß es beim diesjährigen Gipfeltreffen zu konkreteren Abrüstungsvereinbarungen kommen soll als letztes Mal in Genf, wo es mehr um „atmosphärische Fragen" ging. Das Paket der Mittelstreckenraketen würde sich hier anbieten, da Moskau offenbar bereit ist, auf die Koppelung mit der amerikanischen SDI zu verzichten. Andererseits können die USA die westeuropäischen Sicherheitsinteressen nicht einfach negieren. In der NATO wird man wohl versuchen, eine Formel für den US-Gegenvorschlag zu finden, der dieses Dilemma überbrückt.

NÜRNBERGER ZEITUNG

Sie kommentiert den Ingenieur-Kongreß der SPD:

Der SPD sind in den letzten Jahren scharenweise jene Wähler untreu geworden, die man landläufig der „Intelligenz" zurechnet. Die Ideologen liefen zu den Grünen, andere stiegen in den Baby-Benz und brausten beruflich nach oben. Längst vorbei sind die Zeiten, als Filmemacher, Literaten, Ärzte, Architekten, Juristen und sonstige Kopfarbeiter für die Sozialdemokraten tingelten und sich an Infoständen die Füße abfroren. Die Aussteiger von einst sind die Aufsteiger von heute ... Das Häuschen in der Toscana, der Pullover von Lacoste hat die linke Geistesschickeria reihenweise ins Wanken gebracht.

Weg vom Proporz in die Leistungsgesellschaft?

Österreichs „schwieriger innenpolitischer Prozeß" / Von Carl Gustaf Ströhm

Der Wiener Finanzminister Franz Vranitzky spricht zu seinem Besucher von der Notwendigkeit, im Staatshaushalt „Schritt für Schritt die Defizitbringer abzubauen". Das Budget sei nicht zu sanieren, indem man „daran herummacht". Zum Debakel der verstaatlichten Industrie Österreichs meint er, hier müsse ein „schwieriger innenpolitischer Prozeß" in Gang gesetzt werden. Über viele Jahre hätten sich nämlich beide großen Parteien hier als Proporzpartner eingenistet.

So könnte ein Bankier reden – aber so redet ein führender Sozialist. Einer allerdings, der Bankier war, ehe Bundeskanzler Sinowatz ihn ins Kabinett holte. Vranitzky ist meilenweit von jenen seiner Parteifreunde entfernt, die das Deficit spending predigen oder gar den auch in Deutschland nicht ganz unbekannten Satz kolportieren, „fünf Prozent Inflation sind leichter zu ertragen als fünf Prozent Arbeitslose".

Vranitzky: „Wenn nur Rote oder Schwarze als Führungskräfte genommen werden, schließe ich automatisch alle jene Bewerber aus, die weder rot noch schwarz sind." Daß man jetzt auch Fachleute abseits des politischen Spektrums gewinnen müsse, „das ist nicht leicht in die Gedankenwelt unserer Leute hineinzubringen" – wobei der Finanzminister mit „unseren Leuten" offenbar auch, aber eben nicht nur, seine eigenen Genossen in der SPÖ meint.

Der Staatshaushalt, so Vranitzky, müsse aus dem Defizit herausgeführt werden, damit man ihn wieder als Instrument der Regierungspolitik einsetzen könne. Die verstaatlichte Industrie könne nicht bloß zur Lösung regionaler Beschäftigungsprobleme dienen, ohne Rücksicht auf Verluste und eine nicht verkäufliche Produktion. Die Steuerzahler könnten nicht ad infinitum die Verluste dieser Betriebe finanzieren.

Die Österreicher seien tüchtig und leistungsfähig, aber verglichen mit ihren Konkurrenten und Nachbarn „zu wenig extravertiert". Es gebe bei ihnen längst nicht genug „offensives Herangehen" an die Exportmärkte. Dies sei allerdings zum Teil geschichtlich zu erklären – als Nachklang des 1918 verlorenen Großmacht- und Großraumstatus, als die Österreicher noch mit einem großen Binnenmarkt lebten. Dazu komme die „geopolitische Randlage" der österreichischen Industrie.

Schließlich legte Vranitzky ein Bekenntnis zur Hartwährungspolitik ab – der Schilling werde bei einer etwaigen DM-Aufwertung mitziehen – und meinte, auch andere Länder hätten Probleme, aber diese packten ihre Probleme im Gegensatz zu den Österreichern so an, „daß sie nicht an sich selber zu zweifeln beginnen".

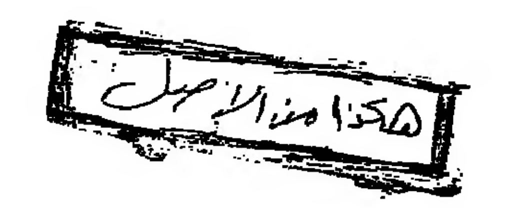
Was der Finanzminister sagte, ist symptomatisch für die Diskussion in Österreich. Die Meinungsfronten gehen plötzlich mitten durch die politischen Lager hindurch: Die Krise der verstaatlichten Industrie hat zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen mächtigen sozialistischen Betriebsräten und dem sozialistischen Parteichef und Bundeskanzler Sinowatz geführt, wobei letzterer sich durchsetzen konnte.

Pragmatiker wie Vranitzky stehen in der SPÖ und teils auch in der Regierung jenen gegenüber, die von Markt und Leistung weniger wissen wollen als von einer scheinbar unbegrenzten Fortsetzung und Ausdehnung der Sozialpolitik. Aber sie stehen keineswegs isoliert – entgegen dem Betriebsräteklüngel verkündete soeben der Bundesvorstand des Österreichischen Gewerkschaftsbundes in einer Resolution, die verstaatlichte Industrie habe sich „an privatwirtschaftlichen Zielen zu orientieren." In Deutschland, das doch von keiner vergleichbaren Proporztradition belastet ist, hört man solche Bekenntnisse selten von der Gewerkschaftführung.

Der Konflikt geht aber interessanterweise auch mitten durch die christlich-demokratische Österreichische Volkspartei (ÖVP), also die Opposition: Hier gibt es einmal die Marktwirtschaftler, die im Prinzip auch nicht viel anders argumentieren als der sozialistische Finanzminister – dann aber auf der anderen Seite einige Landespolitiker, die in der verstaatlichten Industrie eben das sehen möchten, was Vranitzky abschaffen will: Nämlich ein Instrument zur Lösung lokaler Beschäftigungsprobleme (und damit auch zur Erhaltung des eigenen Wählerpotentials).

Als die sozialstisch geführte Wiener Regierung beschloß, an der verlustproduzierenden Handelsgesellschaft des VOEST-Konzerns auch ausländische, deutsche und französische Firmen zu beteiligen, gab es nicht nur auf der Linken Proteste gegen die „Ausländer", die da in die geheiligten österreichischen Industriereservate eindringen. Auf dem Arbeitnehmerflügel der ÖVP wird ähnlich argumentiert.

Das alles zeigt ebenso wie der Selbstzweifel, dem sich die Österreicher nach den bekannten Mißerfolgen – vom Weinskandal über den Rückgang des Fremdenverkehrs bis zur Krise des verstaatlichten Industrie – hingeben, daß in diesem Lande etwas in Bewegung geraten ist. Wie sich das auswirken wird, und ob Pragmatiker wie Vranitzky sich durchsetzen werden, bleibt abzuwarten. Die Chancen stehen freilich nicht schlecht, die Resolution der Gewerkschaftsführung zeigt es – denn gerade die VOEST-Krise hat viele Österreicher gelehrt, daß es zur pragmatisch-marktwirtschaftlichen Politik keine Alternative mehr gibt.



Die Banker pokerten hoch und die Aktien fielen tief

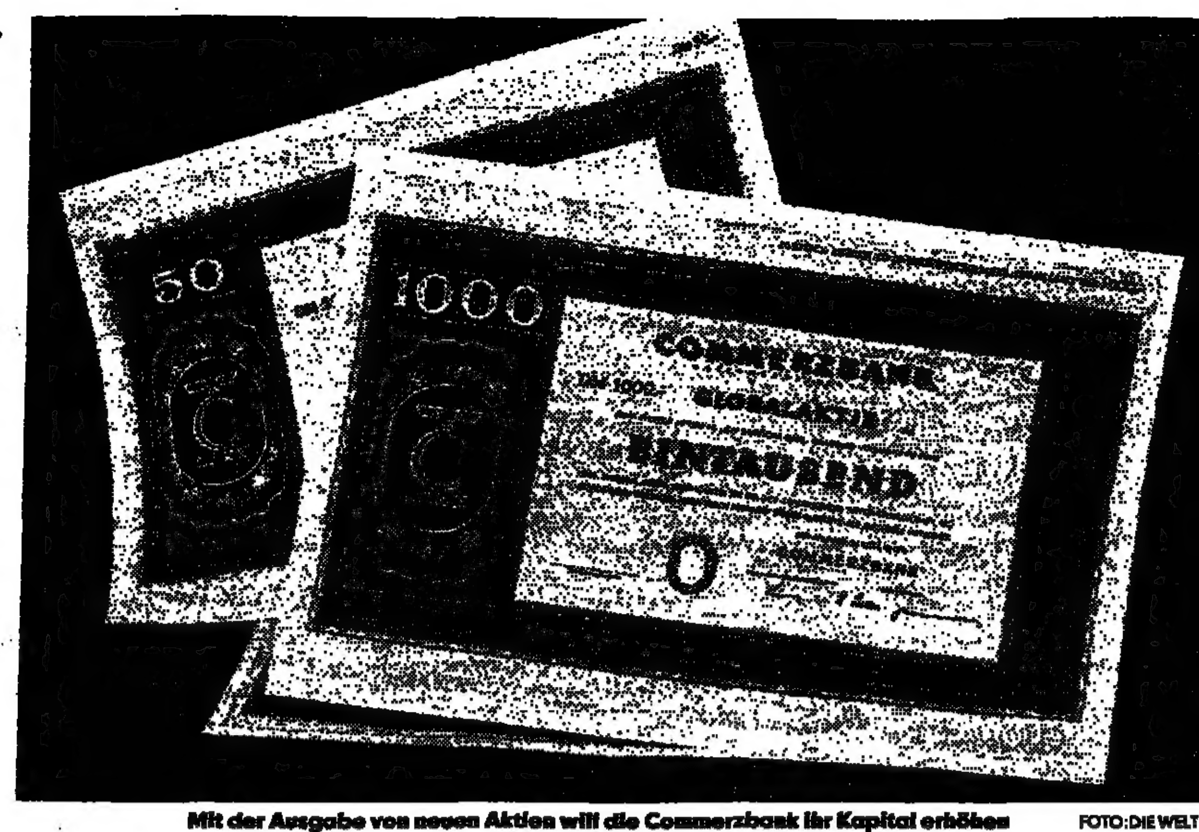
Noch nie war eine große Kapitalerhöhung so ein Flop wie die der Commerzbank. Sie hat mit dem Ausgabekurs ihrer jungen Aktien zu hoch gepokert und zugleich mit ihrer Einschätzung der Börsentendenz schiefgelegen. An dem Imageschaden wird sie wohl noch einige Zeit zu knabbern haben.

Von CLAUS DERTINGER

War es Pech? Oder die Strafe für den Übermut des Vorstands, daß die Kapitalerhöhung der Commerzbank zu einem großen Flop wurde? Die Transaktion stand von Anfang an unter keinem guten Stern an der Börse. Kaum war auf dem Parkett bekannt, daß die Nummer drei unter den Großbanken ihren Aktionären junge Aktien im Verhältnis 15:2 zum Kurs von 300 Mark anbieten will, da begann auch schon die Talfahrt des Kurses der Altaktie: Von 371 Mark an dem Tag, an dem beschlossen wurde, mit dem Angebot von nominal 150 Millionen Mark jungen Aktien 900 Millionen Eigenkapital lockerzumachen, fiel sie auf zeitweilig nur noch 280 Mark an diesem Montag.

Das war tödlich. Denn wer sollte nun noch ein Interesse daran haben, die jungen Aktien zu 300 Mark zu beziehen, wo doch die Altaktie, die zudem noch acht Mark Dividende für das Geschäftsjahr 1985 enthält, an der Börse wesentlich billiger zu haben war?

Die Commerzbank hüllt sich in Schweigen, wieviel von den jungen Aktien, die zunächst von einem Emissionskonsortium unter Führung der Bayerischen Vereinsbank übernommen wurden, trotz der im Laufe der Bezugsfrist immer ungünstiger gewordenen Kursperspektiven doch noch von Altaktionären oder von Spekulanten bezogen worden sind. Die am Montag von der Commerzbank verbreitete Meldung, daß sie ihre Aktien „zur Verbreiterung ihres Aktionärskreises" an der Börse von Tokio einführen lassen will, läßt den Schluß zu, daß das Konsortium auf dem größten Teil der jungen Aktien sitzengeblieben ist.



Mit der Ausgabe von neuen Aktien will die Commerzbank ihr Kapital erhöhen FOTO: DIE WELT

Inzwischen sind die Papiere allerdings, wie von der Commerzbank zu hören war, im Ausland breit plaziert worden. Daß dies nicht zum Emissionspreis von 300 Mark möglich war, sondern nur zu niedrigereren aktuellen Marktkursen, versteht sich von selbst. Wenn Börsenschätzungen stimmen, wonach maximal 20 Prozent der jungen Aktien zu Emissionskursen bezogen worden sind, errechnet sich daraus für die Commerzbank ein Mindererlös von schätzungsweise 20 bis 40 Millionen Mark gegenüber dem geplanten Mittelzufluß von 900 Millionen. Denn das Konsortium mußte für die finanziellen Folgen des allein von der Commerzbank bestimmten überhöhten Bezugskurses nicht einstehen.

Freilich ändert das nichts daran, daß an der Commerzbank der Makel einer geschäftspolitischen Fehlentscheidung haften bleibt, die ihr sicher noch angekreidet wird, wenn das jetzt unerfreuliche Finanzielle längst vergessen ist. Das ist schade für die Bank, die unter der Ägide des selbstbewußten Vorstandsvorsitzenden Walter Seipp so an Profil gewonnen hat, daß die Jahre des Niedergangs mit den nur mühsam kaschierten Verlusten zu einem Kapitel erfolgreich bewältigter Vergangenheit geworden sind.

Seipp mag sicherlich rechthaben, wenn er, wie kürzlich in einem Gespräch mit der „Börsen-Zeitung" sagt „die jungen Aktien sind ihren Preis von 300 Mark wert". Denn die Bank glänzt mit guten Gewinnen, und sie ist nach Jahren der Auszehrung wieder mit dickeren stillen Reservepolstern solide fundiert. Aber an der Börse zählt nun einmal nicht der „absolute" Wert einer Aktie, sondern nur das, was Anleger für eine Aktie zahlen wollen.

Diese simple Börsianerweisheit haben Walter Seipp und seine Wertpapierexperten im Vorstand, Dietrich-Kurt Frowein und Jürgen Reimnitz, sträflicherweise in den Wind geschlagen. Von der Aktienhausse berauscht, haben sie zu hoch gepokert. Indirekt bestätigt Seipp dies, wenn er zur Kritik am Emissionskurs sagt, zum Zeitpunkt der Beschlußfassung über die Kapitalerhöhung habe der Vorstand die Börsensituation noch anders eingeschätzt. Das war gerade, als die Aktienkurse ihren absoluten Höchststand erklommen hatten.

Man mag den Commerzbank-Managern zugute halten, daß sie sich mit ihrer Aktienhausse-Prognose in guter Gesellschaft mit vielen anderen Börsianern befanden. Und längerfristig mögen sie auch recht behalten. Allerdings fällt auf, daß die Bank in der aktuellen Beratung und in ihren Börseninformationen schon vorher zur Vorsicht geraten und in Erwartung einer Konsolidierungspause nach der Januarmitte Gewinnmitnahmen an der Börse empfohlen hatte. Da fragt man sich ganz unwillkürlich, wo denn die Koordination in der Bank geblieben ist.

Auf jeden Fall hat es der Vorstand bei der Festlegung des Emissionskurses versäumt, eine Sicherheitsmarge einzubauen. Eine Art ungeschriebene Regel ist es, den Kurs junger Bankaktien etwa ein Drittel unter dem aktuellen Börsenkurs anzusiedeln. Die stolzen Commerzbankiers wiegten sich indessen in der Sicherheit, die Börse werde auch einen nur um nicht einmal 20 Prozent niedrigeren Kurs für ihre jungen Aktien akzeptieren, was nicht einmal die Deutsche Bank bei ihrer Kapitalerhöhung im letzten Herbst gewagt hatte. Kein Wunder, daß die Börsianer diesen Hochmut übelnahmen, so daß der Kurs der Commerzbankaktie während des allgemeinen Rückschlags ganz besonders unter Druck geriet.

Dieses Debakel sollte freilich nach Meinung von Börsianern kein Grund sein, nun den Stab über die Aktie der Commerzbank zu brechen und sie etwa überhaupt nicht mehr anzurühren.

Dem Giftmord fällt nun auch die Kapsel zum Opfer

Unter den Amerikanern geht die Furcht um: Zum achten Mal starb ein Mensch an Zyankali, das auf ungeklärte Weise in eine Kapsel des Schmerzmittels „Tylenol" kam. Der Hersteller nahm die Kapseln vom Markt. Wahrscheinlich der Anfang vom Ende der Medikamenten-Kapsel schlechthin.

Von FRITZ WIRTH

Diane Elsroth, 23 Jahre alt, beschloß am vorletzten Freitag, das Wochenende im Hause ihres Freundes zu verbringen. Kurz bevor sie um ein Uhr zu Bett ging, fühlte sie sich unwohl und nahm zwei Kapseln des Schmerzmittels „Tylenol, extra stark" zu sich. Zwölf Stunden später begann sich ihr Freund um sie zu sorgen und schaute in ihrem Zimmer nach. Er fand sie tot vor.

An der Todesursache der Diane Elsroth gibt es keine Zweifel. Sie starb an einer Dosis Zyankali. Ebenso sicher steht fest, daß sich das Gift in einer der beiden Tylenol-Kapseln befand, die sie kurz nach Mitternacht geschluckt hatte.

Aus diesem Kriminalfall in Yonkers in der Nähe von New York ist ein nationales Ereignis geworden, das die amerikanische Pharmaindustrie in Alarmstimmung versetzt hat und die Bürger bis hin zur Westküste verunsichert. Denn zum Zeitpunkt, als Diane Elsroth die vergifteten Kapseln schluckte, befanden sich 15 Millionen Packungen Tylenol auf dem Markt.

Diese 15 Millionen Packungen sind auf Geheiß der Herstellerfirma Johnson & Johnson inzwischen aus den Regalen der Supermärkte geräumt worden. Dennoch ist damit nach Ansicht der Firma das Problem noch nicht gelöst. Kapseln sind als Medikamente nicht hundertprozentig sicher gegen Eingriffe Unbefugter, entschied man bei Johnson & Johnson am Montag dieser Woche und gab bekannt, daß die Firma, die mit ihren Produkten einen Jahresumsatz von 6,4 Milliarden Dollar hat, künftig im freien Handel keine Medikamente mehr in Kapselform anbieten will.

Die Konkurrenz muß das Alarmsignal beachten

Kenner des Marktes sagen voraus: Die übrigen Pharmafirmen werden folgen müssen. Wenn der Marktführer zu dem Ergebnis kommt, daß Medikamente in Kapselform ein Sicherheitsrisiko seien, kann die Konkurrenz dieses Alarmsignal nicht ignorieren. Die Zeit der Kapseln im Pharmageschäft scheint vorbei zu sein.

Zur Stunde wartet die Konkurrenz mit ihrer Entscheidung noch ab. Johnson & Johnson versichert indes: Es gab niemals einen zwingenden Grund, Schmerzmittel in Kapselform anzubieten. Die Industrie tat es nur, weil sich unter vielen Verbrauchern die irrige Auffassung durchgesetzt hatte, daß Schmerzmittel in Kapseln schneller und besser wirken als in Tablettenform.

Das Ende der Kapsel-Ära bei Johnson & Johnson begann nicht mit dem Tod der Diane Elsroth. Ihre Vergiftung weckte unverzüglich Erinnerungen an die sieben Opfer, die im Jahre 1982 nach der Einnahme von Tylenol-Kapseln, die allesamt mit Zyankali vergiftet waren, gestorben sind. Der Täter ist bis heute nicht gefunden worden.

Zu den ersten Verdächtigen gehörte im Falle Elsroth der 23jährige Freund der Vergifteten, Michael Notarnicola, obwohl die Motive fehlten. Es wurde spekulativ gegen ihn argumentiert, daß die Kapsel nicht in der Fabrik vergiftet worden sein könne, weil sich das Zyankali nach spätestens zehn Tagen durch die Kapsel durchgefressen hätte, was jedoch von Wissenschaftlern bestritten wurde.

Der Alptraum des Michael Notarnicola endete erst, als vier Tage später im Regal eines Woolworth-Ladens in Bronxville eine weitere vergiftete Tylenol-Packung gefunden wurde. Die Tylenol-Packung der Diane Elsroth war in einem anderen Supermarkt, nur hundert Meter entfernt, gekauft worden. Eine Familienangehörige von Michael Notarnicola jubelte über allen Schmerz über den Tod der Diane Elsroth hinweg: „Es ist, als hätten wir in der Lotterie gewonnen." Und der Vater des Verdächtigten klagte: „Die letzten vier Tage waren für uns zur Hölle geworden."

Ob es eine direkte Verbindung zwischen den Zyankali-Morden von 1982 in Chicago und dem in New York gibt, ist noch offen. Fest steht lediglich, daß das Zyankali unterschiedlicher Herkunft und Qualität war. Das FBI schließt bei der Suche nach dem Täter und seinen Motiven überhaupt nichts mehr aus: „Es kann sich um einen unzufriedenen Angestellten handeln, der eine Vendetta gegen seine Firma Johnson & Johnson führt, um einen Psychopathen, der dies für einen ‚perfekten Mord' hält, um einen eiskalten Profitmacher, der an der Aktienbörse aus den zu erwartenden Kursschwankungen der betroffenen Firma Geld machen will, oder schlicht um einen Terroristen." Wie auch immer, FBI-Sprecher Milt ließ wissen: „Wir haben dem Fall absolute Priorität vor allen anderen Kriminalfällen gegeben."

Obwohl ein direkter Zusammenhang mit den Zyankali-Anschlägen 1982 in Chicago noch nicht ermittelt werden konnte – Ähnlichkeiten sind unübersehbar. 1982 ging bei der Polizei in Chicago ein Brief ein, der die Firma Johnson & Johnson zur Zahlung von einer Million Dollar erpressen wollte. Als Autor des Briefes wurde der 39jährige James Lewis ermittelt. Er sitzt heute noch eine zehnjährige Haftstrafe ab, ohne daß er jemals des Giftmords angeklagt wurde.

Bei der Polizei in New York ging am letzten Freitag ebenfalls ein Erpresserbrief ein, in dem zwei Millionen verlangt wurden. Die Polizei ermittelte den Autor des Briefes, hält seinen Namen noch geheim, ist jedoch sicher, daß er mit dem Tod von Diane Elsroth nichts zu tun hat.

Bei der Polizei bleibt der Verdacht, daß wesentlich mehr Tylenol-Flaschen vergiftet wurden, als bisher entdeckt sind. Man schließt nicht aus, daß einige Käufer in den vergangenen Wochen gestorben sind, ohne daß diese Kapseln als Todesursache erkannt wurden. Willard Hyland, der Amtsarzt von Westchester County, ordnete deshalb an, daß nachträglich die Todesursache von mehr als 100 Bürgern ermittelt wird, die seit dem 1. Januar dieses Jahres im Gebiet von Yonkers und Bronxville gestorben sind.

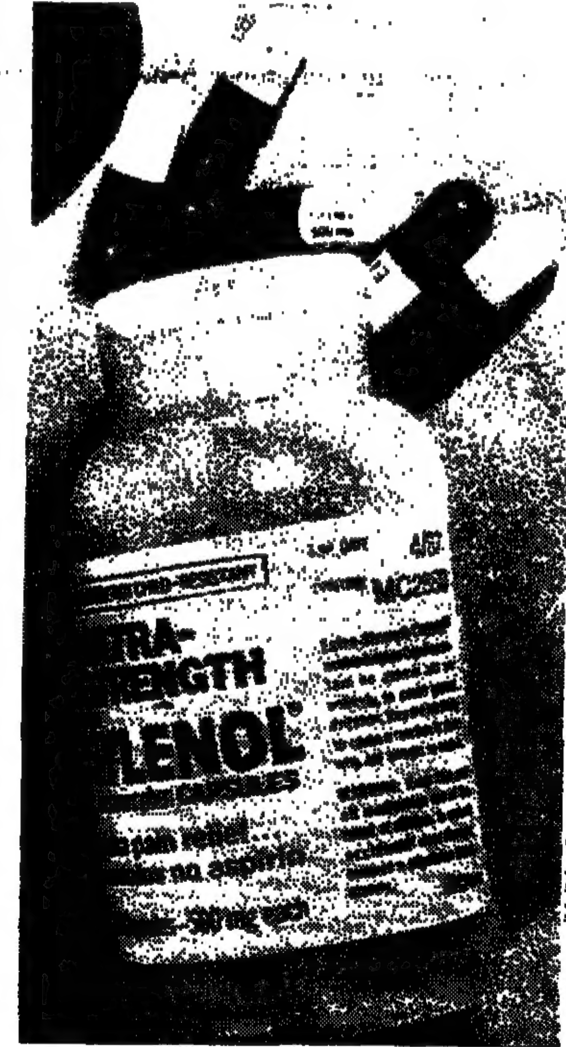
Schon nach den Giftmorden in Chicago hatte die Firma Johnson & Johnson umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen unternommen, um den Zugang Unbefugter zu den Kapseln zu erschweren. Die Fläschchen mit den Kapseln wurden dreifach versiegelt. Nach dem Zyankali-Anschlag von New York jedoch streckte die Firma die Waffen: „Es gibt keine eingriffsicheren Verpackungen. Wir können bei der Produktion von Kapseln die Sicherheit unserer Kunden nicht mehr garantieren", erklärte Firmenchef James Burke. Die Vergütung der bisher ausgelieferten Tylenol-Kapseln sowie die Umstellung auf Tablettenform wird die Firma rund 150 Millionen Dollar kosten. Sie kann das verkraften, ohne in Existenznöte zu geraten.

In der Flasche war noch mehr Zyankali

Vermutungen, daß das Zyankali in den beiden Fläschchen, die man in der letzten Woche entdeckte, bereits bei der Produktion zugefügt wurde, hält man bei Johnson & Johnson für unwahrscheinlich, weil die erste Flasche mit dem Gift, das Diane Elsroth umbrachte, in einem Produktionsbetrieb in Pennsylvania hergestellt wurde, während die zweite Flasche, die man vier Tage später entdeckte, in Puerto Rico, in einem Zweigwerk der Firma, produziert wurde.

„Dennoch", sagt James Burke, „wäre ich nicht unglücklich, wenn sich herausstellte, daß die Vergiftung der Kapseln während des Produktionsprozesses oder in einem unserer Lagerhäuser stattgefunden hätte. Es würde den Kreis der möglichen Täter erheblich einschränken. Ich bin sicher, daß wir ihn in kurzer Zeit ausfindig machen würden."

Im Hause der Familie des Michael Notarnicola, wo Diane Elsroth die Giftkapseln schluckte, gibt es inzwischen doppelten Grund, erleichtert aufzuatmen. Nachdem Michael von der Liste der Verdächtigten gestrichen worden war, wurde bekannt, daß seine Mutter, als sie vom Tod der Diane Elsroth erfuhr, einen Schwächeanfall erlitt und eine Kapsel Tylenol aus der gleichen Flasche nahm, aus der auch Diane Elsroth sich bedient hatte. Die Polizei fand später heraus, daß sich zu diesem Zeitpunkt noch drei Zyankali-Kapseln in der Flasche befanden.



Aus dem Verkehr gezogen: „Tylenol"-Kapseln FOTO: AP

Probleme mit Eva, dem Hottentotten-Mädchen

Manch heftigen Verfechter der Rassentrennung in Südafrika klärt ein Buch des Historikers Hans Heese nun auf, daß in Buren-Adern mehr Blut von farbigen Sklaven und Hottentotten fließt, als man glauben möchte.

Von MONIKA GERMANI

Noch bevor das Buch zu kaufen war, lagen bereits die ersten Verleumdungsklagen vor. Verleumdet fühlten sich mehrere Personen von der Behauptung des Historikers Hans Heese, daß die Vorfahren der heutigen Buren einen guten Schuß Farbigen-Blutes in die Ahnenreihe einbrachten. In der Tat liest sich der Anhang von Heeses Buch „Group Sonder Grenze" (Gruppe ohne Grenze) wie ein „Who's who" der Buren-Gesellschaft.

Schon der Vater des deutschstämmigen Südafrikaners hatte vor zehn Jahren die Buren mit der These aufgeschreckt, daß rund 70 Prozent aller Weißen des Landes einen Farbigen-Blutanteil haben. Ein Aufschrei des Protestes ging durch das Burentum.

Hans Heese, Leiter des Historischen Instituts der Farbigen-Universität Belville am Kap, entwickelt in seinem Buch, wie es historisch zu diesem pikanten Tatbestand kam: Kapstadt war im Jahre 1652 von Jan van Riebeeck im Auftrag der holländischen Ostindien-Kompanie gegründet worden. Er hatte den Auftrag, ein Fort „mit dem Namen Kap der Guten Hoffnung zu bauen, in dem etwa 80 Mann Unterkunft finden, einen Garten auf dem besten Land anzulegen und sich mit den Eingeborenen gutzustellen, um Rinder von ihnen einzuhandeln", wie es in den Anweisungen für van Riebeeck hieß. Der Stützpunkt diente dazu, die Handelsschiffe auf ihrem Weg von und nach Ostindien mit Gemüse und Fleisch zu versorgen.

Hier am Kap der Guten Hoffnung stand die Wiege der südafrikanischen Farbigen, der Cape Coloureds, Nachkommen aus Verbindungen zwischen Weißen und den ortsansässigen Hottentotten und Buschleuten sowie Sklaven aus Java und Indien, die seit 1657 hierher gebracht wurden. Das erste Dutzend Sklaven aus Madagaskar und Java, erwies sich als so nützlich, daß bald weitere importiert wurden. Gegenüber den Schwarzen aus Westafrika gaben die Weißen am Kap den Sklaven aus Ceylon, Malabar, Bengalen und von der Coromandel-Küste den Vorzug.

Vom Zeitpunkt der Gründung des Forts bis ungefähr 1795, als die Engländer das Kap besetzten und erstmalig eine Rassentrennung einführten, haben sich die weißen Siedler nach Ansicht von Heese munter mit den hübschen Sklavinnen gemischt. Und er weist darauf hin: „Alle freigelassenen Sklaven, die damals Weiße heirateten, wurden automatisch mit ihren Kindern in die Gemeinschaft der Weißen aufgenommen." Der Autor selbst bekennt freimütig und amüsiert, daß unter seinen Vorfahren Hottentotten waren. Väterlicherseits ist Heese Nachkomme deutscher Missionare aus Stettin, seine Mutter hat hugenottische Vorfahren und unter ihren Ahnen ist auch Eva, das Hottentotten-Mädchen, das schon bald nach der Gründung im Fort Kap der Guten Hoffnung lebte und zur Stammmutter vieler Buren-Familien wurde.

Wie sich aus dem Anhang zu seinem Buch ergibt, befindet sich Hans Heese damit in bester Gesellschaft: So heiratete ein Johannes Pretorius im Jahre 1714 Constantia von Batavia, Witwe des Joost Venture. Hendrik Willem du Plooy ehelichte seine Sklavin Regina van Bengalen.

Aus einer Tagebuch-Aufzeichnung des Jan van Riebeeck vom 6. Juli 1658 geht hervor, daß es schon damals zu Eheschließungen zwischen Siedlern und Sklavinnen gekommen ist. Heirat mit einem Weißen bedeutete für diese Frauen den Aufstieg in die „gute Gesellschaft" der kleinen Kolonie. Die genetische Herkunft spielte dabei kaum eine Rolle, wichtig waren Stand, Beruf und vor allem die Religion. Die richtige Kombination konnte dazu führen, daß eine Person schwarzer oder farbiger Herkunft in die weiße Gesellschaft aufgenommen wurde, aber auch umgekehrt ein Weißer in die Gruppe der Kap-Farbigen gehörte. So erklärt Heese in seinem Buch, mehr als die rassische Qualifikation habe die kulturelle Identität dazu beigetragen, daß eine Person von den Weißen als ihrer Gruppe zugehörig anerkannt wurde.

Buchautor Hans Heese wendet sich gegen die Apartheid-Politik der Buren. Doch er verurteilt auch die scheinheilig praktizierte Rassentrennung von farbigen Politikern, sogenannten christlichen Führern in Südafrika, die nicht bereit seien, eine schwarze Studentin in ihrem Haus aufzunehmen, weil die Lebensgewohnheiten zu verschieden sind.

Die Opposition ist noch nicht in Tritt gekommen

Von ULRICH REITZ

Die saarländische Landesregierung fühlt sich von CDU und FDP nicht gefordert. Dementsprechend schlecht fällt das Zeugnis aus, das die Sozialdemokraten ihren Kollegen auf der Oppositionsbank ausstellen. „Oppositionspolitik findet hier praktisch nicht statt." Der Vorwurf trifft besonders die Christdemokraten, die es nach dem Wahlverlust vom 10. März noch nicht geschafft haben, wieder Tritt zu fassen.

CDU-Fraktionschef Günter Schwarz hat freilich eine Erklärung für das auch in den eigenen Rängen bemängelte Erscheinungsbild: Im ersten Oppositionsjahr hätten für die CDU „Kritik und Kontrolle" im Vordergrund parlamentarischen Agierens gestanden. Am kommenden Freitag soll wieder einmal ein neuer



Anfang gemacht werden: Die CDU-Delegierten wählen dann eine neue Führungsspitze.

Bislang fehlte es der Saar-CDU aber nicht nur an Führungspersonal – mit der Folge, daß die Fraktion auch die Aufgaben der Parteiführung übernehmen mußte und damit hoffnungslos überlastet war – sondern auch an einer erfolgversprechenden politischen Linie. Die Versuche etwa, das gegenwärtige Konzept der Landesregierung zur Sanierung von Arbed-Saarstahl auf das Konto der CDU zu verbuchen, werden in der SPD Parteizentrale nur belächelt. Denn die frühere Landesregierung setzte auf die Ehe mit dem Luxemburger Mutterkonzern von Saarstahl, die im Zuge der Nationalisierung der Stahlmärkte scheiterte. Nach anfänglicher Kritik unterstützen Christ- und Freidemokraten die Landesregierung jetzt in Bonn bei ihrem Vorhaben, Arbed-Luxemburg aus der Verantwortung für das Völklinger Unternehmen zu entlassen. Auf diesem vielleicht wahlentscheidenden Feld hat die Opposition der Regierung die Meinungsführerschaft überlassen.

Politischen Beobachtern fällt auf, daß die Opposition weniger mit Hilfe tragfähiger Alternativ-Konzepte die Auseinandersetzung mit der Landesregierung sucht, sondern sich an „Personen hochzieht". So wird beispielsweise auf die mehrmaligen – fruchtlosen – Aufforderungen aus der Opposition an Ministerpräsident Oskar Lafontaine verwiesen, seinen Umweltminister Jo Leinen zu entlassen. CDU und FDP „berauben sich ohne Not aller ihrer Instrumente". Dies könne auch der Regierungspartei nicht recht sein: „Was will die Opposition eigentlich noch machen, wenn wirklich mal ein Hammer kommt?", fragt SPD-Sprecher Burghard Schneider.

Ob die CDU mit einer neuen Führungsmannschaft den schon im Mai vergangenen Jahres angekündeten Aufbruch jetzt endlich einleiten kann, ist fraglich. Denn Peter Jacoby, dem die besten Chancen auf den Landesvorsitz eingeräumt werden, ist mit dem Ruf belastet, nur die zweitbeste Lösung zu sein. Er meldete immerhin öffentlich Vorbehalte gegen seine in die Diskussion geworfene Kandidatur an.

Unsicherheiten zeigte Jacoby auch, als er gegen eine reguläre Personalentscheidung der Landesregierung mit einem überzogenen Vergleich Sturm lief. Er nannte den Beschluß der Landesregierung, den Vertrag eines der beiden Chefs der saarländischen Sport-Totogesellschaft, Ferdi Behles, nicht zu verlängern, ein weiteres „Beispiel einer rücksichtslosen parteipolitischen Gleichschaltung und Säuberungswelle durch die SPD". Dieses Vorgehen erinnere, so Jacoby weiter, in Stil und Verfahren an hinlänglich bekannte skrupellose Vorgehensweisen, die ansonsten das Kennzeichen ganz anderer Staats- und Gesellschaftssysteme seien.

Aber: CDU-Mitglied Behles wurde 1981 auf Vorschlag der CDU/FDP-Koalition zum Toto-Chef gemacht wurde. Außerdem beschloß der Saar-Toto-Aufsichtsrat noch in der Regierungszeit Zeyers einstimmig, Behles Vertrag nicht zu verlängern.

Es ist noch keineswegs klar, ob Jacoby 1991 gegen Lafontaine antreten wird. Klaus Töpfer, der rheinland-pfälzische Umweltminister, hat es immerhin nur abgelehnt, den CDU-Landesvorsitz jetzt zu übernehmen. Den Weg zurück an die Saar hat er sich indes nicht verbaut. Doch sollte nicht Töpfer, sondern Frankfurts OB Walter Wallmann nach der Bundestagswahl in Bonn ein Umweltministerium übernehmen, dann sinken die Chancen des Mainzers auf eine Spitzenkandidatur. Denn Oskar Lafontaine kann nach Überzeugung der Bonner CDU-Spitze nur mit einem Gegenpol, der eine Plattform hat, die der eines Ministerpräsidenten vergleichbar ist (Geißler), geschlagen werden. Die Konsequenz: In der Saar-CDU stellt man sich darauf ein, Jacoby als prononciert saarländische Lösung gegen Lafontaine aufzubauen.

Frauen in die Bundeswehr? – Zwei Politikerinnen nehmen Stellung

Doch nur Lückenbüßer für die Männer

Von ANNEMARIE RENGER

Seit Wochen wollen uns bestimmte Medien, Politiker und Politikerinnen weismachen, daß sich die Bundeswehr vor Bewerbungen von Frauen zum freiwilligen Militärdienst kaum noch retten könne.

Bei mehr als einer Million arbeitsloser Frauen könnte man hierfür sogar Verständnis haben. Geworben wird für Soldatinnen mit und ohne Waffendienst, in Freiwilligenkontingenten oder sogar als Wehrpflichtige. Nicht nur die Widersprüchlichkeit der Ziele und Argumente zeigt, daß diese Diskussion ganz und gar unvernünftig ist.

Artikel 12a Absatz 4 des Grundgesetzes schließt nach seiner Intention Soldatinnen aus. Dabei soll es bleiben. Dies hat vor kurzem auch der Bundeskanzler bekräftigt.

Der Planungsstab der Bundeswehr hatte schon 1983 nachgewiesen, daß nur mit Reformen, nicht aber mit den vorgesehenen 15 000 Soldatinnen die Folgen der geburtenschwachen Jahrgänge für die Bundeswehr aufgefangen werden können. Das Bundesverfassungsgericht hat entgegen der persönlichen Auffassung von Bundesverfassungsgerichtspräsident Zeidler entschieden, daß weder die grundgesetzliche Regelung, die für Frauen den Dienst mit der Waffe in der Bundeswehr ausschließt, noch die Wehrpflicht nur für Männer etwas mit mangelnder Gleichberechtigung zu tun hat.



Annemarie Renger (SPD)
FOTO: JUPP DARCHINGER

Auch die FDP, heute plötzlich Befürworter des Einsatzes von Soldatinnen, erklärte durch den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Ronneburger noch im August 1984: „Für die Liberalen kommt weder eine Wehrpflicht noch ein freiwilliger Dienst für Frauen in Frage."

Welche Blüten die Diskussion treibt, zeigte die Forderung von Alice Schwarzer, die Wehrpflicht für Frauen deshalb einzuführen, damit auch Frauen den Wehrdienst aus Gewissensgründen verweigern können.

Die CSU-Abgeordnete Frau Krone-Appuhn überraschte mit der Forderung, Frauen sollten an der Waffe „bis zum Einsatz an der Panzerhaubitze" ausgebildet werden.

Mit mehr Gleichberechtigung für die Frau haben solche Forderungen wenig gemein. Zum einen besteht die Gefahr, daß mit der Argumentationskette der Befürworter eines freiwilligen Dienstes – zur Zeit noch psychologische – Vorbereitungen für die – verfassungswidrige – Wehrpflicht auch von Frauen getroffen werden. Für eine solche neue Belastung der Frauen ausgerechnet unter der Parole „mehr Gleichberechtigung" zu werben, ist angesichts der Benachteiligungen von Frauen in Beruf und Gesellschaft besonders perfide. Nebenbei bemerkt werden die beruflichen Nachteile, die junge Männer durch ihren Wehrdienst hinnehmen müssen, bei den meisten Frauen schon heute durch Mutterschaft und Kindererziehung aufgewogen.

Zum anderen sollen Frauen mal wieder bloße Lückenbüßer für die Männer spielen. Unübertroffen plastisch wird dies durch Äußerungen, die man aus dem Verteidigungsministerium vernimmt. Danach stehen bei über zwei Millionen Arbeitslosen zur Zeit genügend Männer für den Wehrdienst zur Verfügung. Die innenpolitisch nicht opportune Frage nach der Verpflichtung von Soldatinnen könne deshalb getrost bis zu einer Hochkonjunktur mit Arbeitskräftemangel verschoben werden. Lückenbüßer zu sein, ist für Frauen in der Bundeswehr nichts Neues. Als es für die Bundeswehr darum ging, mehr Ärzte zu gewinnen, durften auch Frauen als Ärztinnen in der Bundeswehr Dienst tun. Bis heute ist es allerdings für Frauen, die sich für den Sanitätsdienst bewerben, im Gegensatz zu Männern nicht möglich, daß ihnen die Bundeswehr ihr medizinisches Studium finanziert. Qualifizierte Arbeitsplätze mit Aufstiegschancen wird es für Frauen in der Bundeswehr kaum geben. Dafür sprechen die Erfahrungen mit den rund 51 000 Frauen in der Zivilverwaltung der Bundeswehr, die ganz überwiegend in untergeordneten Positionen tätig sind. Bei über 185 000 Mitarbeitern war im September 1985 eine einzige Frau als Auszubildende im Höheren Dienst Beamtin auf Widerruf.

Soldatinnen, die in der Bundeswehr keinen Waffendienst tun dürfen – für eine entsprechende Grundgesetzänderung gibt es keine Mehrheit –, wird es nicht anders ergehen.

Die Diskussion um die Eingliederung von Soldatinnen in die Bundeswehr sollte endlich beendet werden. Wirkliche Personalengpässe könnte die Bundeswehr auch mit anderen Mitteln zum Beispiel über Rationalisierung oder veränderte Musterungskriterien auffangen. Schließlich darf man wohl auch davon ausgehen, daß die sich abzeichnende Intensivierung der MBFR-Verhandlungen in Wien ausgewogene Truppenreduzierungen ermöglicht.

Nicht Emanzipation – Chancengerechtigkeit

Von URSULA KRONE-APPUHN

Das Thema „Frauen in die Bundeswehr" ist plötzlich auf Anstoß der FDP wieder in aller Munde. Doch schon vor Jahren forderten der Landesvorstand der Frauen-Union der CSU und der Bundesvorstand der CDU-Frauenvereinigung die Öffnung der Bundeswehr für freiwillig dienende Frauen. Die FDP hat einen neuen Ansatz: Nicht Arbeitsplätze und Emanzipation oder notwendige Friedenspräsenz der Bundeswehr spielen für sie eine Rolle, sondern der Gedanke, daß Frauen schon dann freiwillig dienen können sollen, wenn sie nicht direkt gebraucht werden. Diese Idee ist richtig. Frauen wollen keine Lückenbüßer sein.

Um Frauen den Dienst in der Bundeswehr auch mit Waffen zu ermöglichen, will die FDP notfalls das Grundgesetz ändern. Ob die notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit im Deutschen Bundestag dazu aufgebracht werden würde, kann man wohl mit Recht bezweifeln. Eine Änderung des Grundgesetzes ist für den freiwilligen Dienst von Frauen überhaupt nicht erforderlich, denn Frauen sollen ja nicht mit Waffen in den Kampftruppen dienen, sondern nur in der Lage sein, sich notfalls selbst zu verteidigen.

Quer durch die Parteien ist die Frage des freiwilligen Dienstes der Frauen in der Bundeswehr ein Generationsproblem. Nur die Grünen haben sich grundsätzlich gegen die Integration von Frauen in die Streitkräfte ausgesprochen. Bei der Diskussion der Problematik „Frauen in Uniform" muß man vor allen Dingen Lehren aus den Erfahrungen ziehen, die Frauen nicht nur im Zweiten Weltkrieg, sondern auch danach gesammelt haben. Wer als sogenannte „Drahtamsel" beispielsweise Funkerin in der Wehrmacht war und Uniform trug, wurde nach Ende des Krieges nicht nur von den Russen, sondern auch von den Amerikanern zur Zwangsarbeit geholt. Der Grund: Die Frauen hatten keinen Kombattantenstatus nach dem Kriegsvölkerrecht. Dies muß heute Anlaß sein, Frauen in Uniform diesen Status zu geben, selbst dann, wenn sie nicht Dienst an den Waffen machen.

In allen NATO-Staaten – außer in der Bundesrepublik Deutschland – dienen Frauen in den Streitkräften. Bei den Skandinaviern sind es die „Lottas", bei den Engländern leisten die Frauen Hilfsdienste, die Franzosen beschäftigen Telefonistinnen in Uniform, haben aber auch einen weiblichen Admiral. Nur die USA haben Frauen auch in den Kampftruppen. Sogar das konservative Südafrika hat sie in den Streitkräften.

Was also könnten wir nun tun? Es gibt viele Mädchen, die gern in der Bundeswehr dienen wollen. Was hindert uns daran, ihnen jetzt die Streitkräfte zu öffnen, wo wir sie noch nicht brauchen und sie also nicht Lückenbüßer wären? Wir wollen keine Putzfrauen in Uniform, sondern Aufstiegschancen für Frauen bis zum General. Das hat nichts mit Gleichheit von Mann und Frau zu tun, sondern mit Gleichwertigkeit der Frauen. Es geht also nicht um Ausbildungs- und Arbeitsplätze und auch nicht um Emanzipation, sondern um Chancengerechtigkeit. Um diese zu erfüllen, brauchen Frauen eine Ausbildung an der Waffe. Wir wollen allerdings nicht den Einsatz der Frauen in den Kampftruppen und begründen das mit den israelischen Erfahrungen, wo in den Kriegen gegen die Araber erkannt wurde, daß Frauen im Nahkampf und unmittelbar an der Front Männer zu besonderer Aggressivität reizen.

Ursula Krone-Appuhn (CSU)
FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

Im Sanitätsdienst, bei der Logistik, in Fernmeldeeinheiten gibt es genügend Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen. Es ist auch nicht einzusehen, warum eine Geräteeinheit beim Territorialheer unbedingt von einem Oberleutnant betreut werden muß, der Luft- und Raumfahrt studiert hat. Das ist eine überqualifizierte Ausbildung, eine Frau mit einer einfacheren Ausbildung könnte das genau so gut tun. Frauen können erfolgreich bei der „Eloka", der Elektronischen Kampfführung, arbeiten. Diese technische Aufklärung ist nicht nur Zielerfassung, sondern ebenso Aufklärung zur Feindabwehr, womit ein Radar dann keine Waffe wäre, was Juristen generell behaupten. Das heißt: Man kann Frauen ebenso gut in ein Frühwarnflugzeug setzen wie auf ein Abwehrradargerät des Heeres oder der Marine; und gleichfalls können Frauen in den Stäben dienen.

Man sieht, die Skala der Verwendungsmöglichkeiten in der Bundeswehr ist weitgespannt. Nur über eines müssen sich die Frauen im klaren sein. Wer in die Bundeswehr eintritt, egal in welche Teilstreitkraft, ist dort nicht als Frau, um sich selbst zu verwirklichen. Sie hat Soldat zu sein und sich unter Berücksichtigung ihrer physischen und psychischen Belastbarkeit den militärischen Gegebenheiten anzupassen.

Maier präzisiert Bedenken gegen Kolleg-Abitur

HANS KRUMP, Bonn

Zwei Monate vor der Kultusminister-Konferenz (KMK) im April, auf der über die Anerkennung der nordrhein-westfälischen Kollegschul-Abschlüsse befunden werden soll, ist Bayern in dieser heiklen Angelegenheit wieder initiativ geworden: In einem Schreiben im Namen auch der Kultusminister und -senatoren der unionsregierten Länder hat Bayerns Kultusminister Hans Maier (CSU) seinem Kollegen Hans Schwier (SPD) in Düsseldorf jetzt einen Fragenkatalog zugesandt, in dem die Bedenken gegen die seit 1976 laufenden Schulversuche präzisiert werden:

- „Schüler mit „Fachoberschulreife" (Realschulabschluß) werden auch dann in die elfte Jahrgangsstufe aufgenommen, wenn sie kein besonders qualifiziertes Zeugnis haben. Sie durchlaufen ein Probejahr, das wiederholt werden kann." Nach Ansicht der CDU/CSU-regierten Länder verstößt vor allem die Möglichkeit, das Eingangsjahr wiederholen zu dürfen, eklatant gegen Beschlüsse der Kultusminister. „Diese setzen ja gerade voraus, daß die Qualifikation bereits beim Übertritt in die gymnasiale Oberstufe vorhanden ist."

„Fachverengung"

- „Bei der Prüfung der vorgelegten Stundentafeln und „Materialien" sind Zweifel darüber aufgetreten, ob die Fächer ‚Deutsch mit Kinder- und Jugendliteratur' und ‚Biologie mit Sozialhygiene'" als Fächer im Sinne von KMK-Vereinbarungen zu bezeichnen sind. Die Kultusminister der Unionsländer sehen die „Gefahr einer Fachverengung gegenüber den Fächern Deutsch bzw. Biologie".
- Bei Nachprüfungen zu Beginn des folgenden Schuljahres haben „Abiturienten in Nordrhein-Westfalen einen beachtlichen Vorteil, da die Möglichkeit besteht, daß diese sich zunächst nur auf drei Fächer vorbereiten müssen. Das vierte Fach kann allein über die ‚Nachprüfung' mit einem Abstand von ca. sechs Wochen absolviert werden."

Vertragloser Zustand

In dem Brief wird Schwier aufgefordert, auf diese und weiter angeführte Bedenken in dem noch ausstehenden Abschlußbericht einzugehen, der die Voraussetzung für eine weitere Anerkennung des Abiturs an Kollegschulen sei. Maier schreibt, daß seit 31. Juli 1985 – der Versuch war ursprünglich bis zu diesem Datum begrenzt – „die Grundlage für die Anerkennung der Abiturzeugnisse der Kollegschule entfallen und ein ‚vertragsloser' Zustand eingetreten ist". Dafür sei allein NRW verantwortlich. „Solange Bedenken bestehen, ob der Erwerb der allgemeinen Hochschulreife an der Kollegschule nicht deutlich leichter ist als in anderen Bildungsgängen, kann das Kolleg-Abitur nicht anerkannt werden."

An den 22 Kollegschulen im bevölkerungsreichsten Bundesland kann neben Schulabschlüssen (rund 1000 Personen machen im Jahr das Abitur) auch eine Berufsausbildung erworben werden. Vertragsgemäß hätte Düsseldorf bis zum Ende des Schuljahres 1984/85 einen Ergebnisbericht vorlegen müssen. Da dies nicht geschehen ist, vermutete der Stuttgarter Kultusminister Mayer-Vorfelder auf der Sitzung der KMK im November, Düsseldorf wolle „auf Schleichwegen" von KMK-Vereinbarungen abweichen und dann später mit „Mitleidseffekten" operieren.

Czaja fordert mehr Geschichtsbewußtsein

AP, Bonn

Zu mehr Geschichts- und Volksbewußtsein in der Bundesrepublik Deutschland hat der Präsident des Bundes der Vertriebenen (BdV), Herbert Czaja, aufgefordert. Dazu müßten auch die politischen Parteien beitragen, erklärte der CDU-Bundestagsabgeordnete gestern in einem Interview mit der Jugendzeitung „Akzent". Schule, Medien, Elternhaus und Gesellschaft müßten wieder mehr zu einem „maßvollen, klugen, aber auch entschiedenen deutschen Geschichts- und Volksbewußtsein, das nach Europa und nach humanistischen Werten geöffnet ist, beitragen".

Der BdV-Präsident forderte ferner dazu auf, deutsche Rechtspositionen auch international zu wahren. „Gravierendes Unrecht erledigt sich nicht durch Zeitablauf", gab Czaja zu bedenken. Unerledigte geschichtliche Gegensätze schafften vielmehr neues Leid. Czaja wiederholte die Versöhnungsbereitschaft der Vertriebenen mit den östlichen Nachbarn der Bundesrepublik. „Wir brauchen die enge Zusammenarbeit im Alltag mit den Nachbarn."

TÜV setzt auf einen Kompromiß

UR. Bonn

Die Technischen Überwachungsvereine machen sich keine Illusionen mehr: Die von ihnen so vehement bekämpfte Zulassung freier Sachverständiger zur Abnahme von Autos nach Paragraph 29 der Straßenverkehrsordnung läßt sich nicht mehr verhindern. Die CDU, aber auch die SPD ließen gestern bei einer Anhörung im Bundestag erkennen, daß sie den Gesetzentwurf der Bundesregierung in seiner jetzigen Form durchbringen wollen. Die Autoprüfer hoffen dagegen, wie Ekkehard Pause von der Vereinigung der TÜV der WELT erklärte, daß der Entwurf doch noch abgeändert werden kann.

So setzt der TÜV sich dafür ein, die sogenannten „halben Fristen" bei Autoprüfungen beizubehalten. Nur so könne ein flächendeckendes Netz von Prüfstationen aufrecht erhalten werden. Die SPD ließ durchblicken, daß sie in dieser Frage noch mit sich reden lassen wolle. Darüberhinaus sollten, so Pause, die Anforderungen an die Qualifikation freiberuflicher Prüfer im Interesse der Verkehrssicherheit erhöht werden.

Craxi trifft Kohl in Bonn

dpa, Bonn

Zu einer neuen Runde deutsch-italienischer Regierungskonsultationen kommt der italienische Ministerpräsident Bettino Craxi heute nach Bonn. Bundeskanzler Helmut Kohl wird den Gast aus Rom mit seiner Delegation vor dem Kanzleramt mit militärischen Ehren begrüßen. An den eintägigen Gesprächen sind die Außen-, Verteidigungs-, Finanz- und Landwirtschaftsminister beteiligt. Gesprächsthemen werden EG-Fragen, die Ost-West-Beziehungen, die Nahost-Problematik und die internationale Wirtschaftslage sein.

Scheel und Weyer sollen aussagen

AP, Düsseldorf

Der frühere Bundespräsident Walter Scheel und der ehemalige nordrhein-westfälische Innenminister Willi Weyer sollen im März vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß des Nordrhein-Westfälischen Landtages vernommen werden. Der Ausschuß beschloß, die beiden FDP-Politiker über das Wissen der Verwaltung von Zuwendungen der Wirtschafts- und sozialpolitischen Vereinigung an die FDP zu befragen. Auch der frühere Düsseldorfer Finanzminister Hans Wertz (SPD) soll dazu vernommen werden.

Geldbuße für GEW-Vorsitzenden

DW. Berlin

Wegen des Aufrufes zu einem Streik aus Protest gegen den NATO-Doppelbeschluß im Herbst 1983 hat das Oberverwaltungsgericht Berlin den Studienrat und Landesvorsitzenden der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Reiner Fahlbusch, zu einer Geldbuße in Höhe eines halben Monatsgehaltes verurteilt. Das Gericht wertete „die mehrfachen Aufrufe gegen die Raketennachrüstung als schuldhaftes Dienstvergehen". An dem Streik während der UNO-Friedenswoche nahmen mehrere tausend Pädagogen teil.

Barschel will den Werften helfen

AP, Kiel

Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Barschel hat die Bundesregierung aufgefordert, die steuerliche Belastung für die deutschen Schiffahrtsunternehmen zu verringern. Vor dem Landtag in Kiel sprach sich Barschel auch dafür aus, die Form der Zuschüsse für den Schiffbau zu ändern. An Stelle der bisher gewährten Reederhilfe in Höhe von 12,5 Prozent der Baukosten sollten 20 Prozent für Umbauten gewährt werden. Dies sei vertretbar, weil die Flotte dadurch modernisiert und keine neuen Schiffe gebaut würden.

DIE WELT (USPS 605-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Engt Moskau Spielraum der Bündnispartner ein?

Unbehagen im Warschauer Pakt vor dem KPdSU-Parteitag

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Wenige Tage vor der Eröffnung des 27. Kongresses der KPdSU blicken die politischen Führungen der Staaten des Warschauer Pakts mit Spannung, Erwartung und ein wenig Unbehagen auf den großen sowjetischen Bruder.

Auch wenn sich bereits die Umrisse der Gorbatschow-Ära mit ihrer Disziplinierungs- und Modernisierungskampagne innerhalb der Sowjetunion abzuzeichnen beginnen: Noch weiß man in den osteuropäischen Hauptstädten nicht, wohin der Weg der neuen sowjetischen Führung und ihres ersten Mannes genau führen wird.

Von den kleineren Partnern Moskaus mit Beifall begrüßte Wiederherstellung der Gesprächsbeziehungen zwischen UdSSR und USA, also der „Geist von Genf", ist für die Staaten im Vorfeld ein zweischneidiges Schwert.

Einerseits können die an verstärkten Westkontakten interessierten Länder, wie vor allem die „DDR" und Ungarn, nur unter der Voraussetzung einer verbesserten Atmosphäre zwischen den Supermächten ihre „kleine Westpolitik" erfolgreich fortsetzen. Eine neue Eiszeit zwischen Moskau und Washington müßte auf die Dauer auch das Ende für die bisherigen Budapester und Ostberliner politischen Linie bedeuten.

Andererseits ist der Spielraum, den Honecker und Kadar – um hier nur die beiden exponiertesten kommunistischen Parteichefs zu nennen – in den vergangenen Jahren in Richtung Westen gewannen, nicht zuletzt auch eine Folge der jahrelangen Inaktivität und Verkrustung der Sowjets und ihrer „Gerontokratie".

Energischer Gorbatschow

Jetzt regiert im Kreml ein energischer Mann, der bereits zu verstehen gegeben hat, daß er – und er allein – bei den Westbeziehungen den Ton angeben will. Hier besteht die Gefahr einer politischen Beschränkung für die osteuropäischen Führer.

Gorbatschow will das östliche Bündnis mit mehr Inhalt erfüllen. Er will häufigere Gipfelkonferenzen mit den anderen Chefs der Warschauer Pakt-Staaten und mit den kommunistischen Parteien. Das bedeutet eine straffere Koordinierung politischer Aktionen. Noch ist nicht abzusehen, wie sich diese neue Tendenz auswirken wird. Der Manövrierraum der einzelnen Ostbockstaaten war niemals sehr groß, aber auf einigen Gebieten bildete sich so etwas wie eine Autonomie heraus: Etwa die gesamtdeutschen Beziehungen Ost-Berlins zu Bonn oder auch die ungarischen Verbindungen zur westlichen Welt.

Musterschüler getadelt

Sicher ist, daß Gorbatschow im Gegensatz zu seinem Vorgänger die Ostblockbezieungen unsentimental und kühl-machtpolitisch analysiert. So kommt es, daß ein früheres Lieblingskind Moskaus, Bulgarien, seine Position als „Musterschüler" je verloren hat. Was auf den ersten Blick niemand für möglich hielt, trat ein: Die Sowjets (und das heißt: Gorbatschow) wurden zu scharfen Kritikern des bisher so hoch gelobten bulgarischen Weges. Moskau warf den Bulgaren vor, minderwertige Waren zu produzieren und die Wirklichkeit mit geschönten Erfolgsmeldungen zu vertuschen.

Gorbatschow hat mit wenigen Ausnahmen nicht viel Grund, mit den wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften seiner Bündnispartner zufrieden zu sein. Polen, der wichtigste Partner, befindet sich in einer Agonie ohne Ende. Es ist nicht abzusehen, daß das Land an der Weichsel vor Ende dieses Jahrhunderts jemals wieder Tritt fassen wird. Die Tschechoslowakei, bisher gleichfalls als besonders moskautreu geltende, hat bereits ebenso Moskauer Unwillen zu spüren bekommen. Prag fühlte sich dem innersowjetischen Konkurrenten Gorbatschows, wie etwa dem gestürzten Romanow, enger verbunden als dem Parteichef. Außerdem drängen die „neuen" Sowjets auch an der Moldau auf eine Rationalisierung und Modernisierung der erstarrten kommunistischen Politik.

Rumänien mit seiner eigenwilligen, zugleich aber in endlosen wirtschaftlichen Schwierigkeiten verstrickten Führung, kann von Gorbatschow nicht viel Gutes erwarten. Der neue Mann in Moskau, dem Ceausescu und dessen Stil persönlich nicht liegen, könnte auch von Bukarest mehr Disziplin und Gemeinsamkeit fordern.

Der Streit um § 116 / Wie sieht das Streikrecht im Ausland aus

London brach Allmacht der Gewerkschaften

REINER GATERMANN, London

„Die Gewerkschaften regierten Großbritannien, das konnten wir nicht hinnehmen", begründet Premierministerin Margaret Thatcher die Reformen im Arbeits- und Gewerkschaftsrecht. In drei Etappen – 1980, 1982 und 1984 – wurde die Allmacht der Gewerkschaften weitgehend beschnitten. Das Streikrecht ist gesetzlich verankert; aber – im Gegensatz zur Bundesrepublik – machen sich die Streikenden des Arbeitsvertragsbruches schuldig. Sie können daher ohne Anspruch auf Wiedereinstellung oder finanzielle Entschädigung fristlos entlassen werden.

Der Arbeitgeber darf nach Ende des Konflikts allerdings keine selektive Wiedereinstellung vornehmen. In einem solchen Fall tritt für die Nichtausgewählten wieder das normale Arbeitsrecht mit Kündigungsschutz und Abfindung in Kraft.

Seit 1982 wird ein Streik so definiert: Es muß sich um einen Konflikt zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgeber handeln, der Streit muß Einkommen oder Arbeitsbedingungen betreffen. Andere Konfliktursachen sind gesetzwidrig. Den Begriff der Aussperrung gibt es nicht.

Die Möglichkeiten des Sympathiestreiks sind seit 1980 erheblich eingeschränkt. Sie sind lediglich zulässig, wenn dadurch die Produktion des ursprünglich bestreikten Unternehmens beeinflußt werden kann.

Die konservative Regierung griff auch drastisch in die internen Angelegenheiten der Arbeiterbewegung ein. So muß jetzt jeder Streikbeschluß durch eine geheime Urabstimmung gefaßt werden, deren Kosten von der Regierung erstattet werden. Der ursprüngliche Beschluß der Gewerkschaften, die Annahme dieses „Blutgeldes" zu verweigern, wird immer häufiger durchlöchert.

Die Gewerkschaften müssen – anders als vor der Reform – für die durch illegale Kampfmaßnahmen angerichteten wirtschaftlichen oder Sachschäden aufkommen. Darüber hinaus jedoch neigen die Gerichte bei Mißachtung ihrer Urteile zu dem drastischen Schritt, das Vermögen der widerspenstigen Gewerkschaft zu beschlagnahmen, wie jetzt im Fall der Sogat '82.

Paris kennt kein Gesetz über Aussperrung

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Seit 1946 ist das Streikrecht in der französischen Verfassung fest verankert. Es ist grundsätzlich unbeschränkt und kann von jedem einzelnen Arbeitnehmer ausgeübt werden. Dagegen ist die Aussperrung nicht gesetzlich geregelt. Sie wird aber von der Rechtsprechung anerkannt, wenn ihr eine streikbedingte Lähmung des Betriebes vorausgegangen ist.

Im Unterschied zu den zahlreichen anderen arbeitsrechtlichen Reformen der sozialistischen Regierung wurden die beiden Rechte nicht erweitert oder begrenzt – mit Ausnahme des öffentlichen Dienstes, in dem einerseits Streiks einige Tage vorher angekündigt werden müssen und ein Notdienst sicherzustellen ist, bei dem andererseits aber die Bediensteten während der Streikdauer nach einem komplizierten Schlüssel einen Teil ihrer Bezüge fortbezahlt erhalten.

Für die übrige Wirtschaft gilt die Regel, daß der Arbeitgeber bei Streiks wie bei Aussperrungen keine Bezahlung schuldet. Zulieferer und Kundenunternehmen, die indirekt durch den Streik betroffen werden und deshalb zur Arbeitseinstellung oder Kurzarbeit gezwungen sind, brauchen ebenfalls keine Zahlungen zu leisten. Jedoch werden deren Arbeitnehmer von der Arbeitslosenversicherung entschädigt. Auch bei der Aussperrung kann ab drei Tagen eine solche Entschädigung erfolgen.

Allerdings darf in Frankreich das Streikrecht nicht „mißbraucht" werden. Dazu gehören die Fälle, in denen die Streikenden Straftaten begehen. Im allgemeinen sehen die Gerichte Bummel- und Rollstreiks als rechtswidrig an, sofern dadurch ein Betrieb desorganisiert wird. Ausdrücklich erlaubt sind bloße Warnstreiks. „Wilde" Streiks werden von den Gerichten strenger behandelt.

Im Unterschied zur Bundesrepublik ist es in Frankreich selten, daß ganze Wirtschaftszweige durch Streiks lahmgelegt werden. Das erklärt sich daraus, daß die französischen Gewerkschaften nicht branchenmäßig, sondern politisch organisiert sind und keinen gemeinsamen Dachverband besitzen. Es kommt kaum vor, daß alle sechs großen Gewerkschaften zusammen streiken.

In Italien haben Arbeitsgerichte das Wort

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Obwohl oder gerade weil es eines der streikfreudigsten Länder der europäischen Gemeinschaft ist, hat Italien kein Streikrecht sondern nur eine Streikpraxis. Das Recht zum Streik ist in der italienischen Verfassung niedergelegt. Zu der in dem gleichen Verfassungsartikel ins Auge gefaßten gesetzlichen Regelung ist es aber bis heute nicht gekommen.

Die Streikpraktiken sind daher überwiegend der Ermessensfreiheit der Gewerkschaften überlassen, der lediglich die Rechtsprechung der Gerichte gegenübersteht. Diese Rechtsprechung unterlag manchen Zeittendenzen.

Anfang der siebziger Jahre waren die Arbeitsgerichte noch geneigt, das in dem Arbeiterschutzgesetz von 1970 festgelegte Verbot „anti-gewerkschaftlicher Aktionen" von Seiten der Arbeitgeber auch auf die Streikpraxis auszudehnen. Inzwischen tendiert die Mehrzahl der Arbeitsrichter dazu, bei Wahrung des elementaren Streikrechts alles zu unterbinden, was zu materiellen Schäden von Personen und Sachen führen könnte.

Dieser Trend spiegelt die Reaktion der öffentlichen Meinung auf die Auswüchse der Streikbewegungen wider. Ihm entspricht auch der Versuch der Gewerkschaften, im Rahmen von Absprachen unter den einzelnen Arbeitnehmerorganisationen zu einer Reglementierung der Streikpraxis zumindest im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen zu gelangen.

So wurde dabei vereinbart, Streiks mit einer angemessenen Frist anzukündigen oder Streikformen zu verwenden, die eine Mindestfunktion der öffentlichen Dienstleistungen gewährleisten. Versuche, hierbei zu einer Art von Urabstimmung zu gelangen, scheiterten dabei jedoch genau so wie die Aufstellung eines alle Arbeitnehmerorganisationen bindenden Verhaltenskodex.

Eine Aussperrung durch die Arbeitgeber ist verboten. Nicht bekannt ist auch die Einrichtung einer Streikkasse. Einkommensausfälle werden im Anschluß eines Tarifvertrages von den Arbeitgebern stillschweigend als „Prämie" oder Geschenk ausgeglichen.

Iran massiert Truppen: Neuer Vorstoß möglich

Irak wehrt Angriff auf Basra ab / Kämpfe am Schatt

DETLEV AHLERS, Basra

Bei der am 9. Februar begonnenen iranischen Offensive im Golfkrieg werden täglich etwa 1000 Soldaten getötet oder verwundet, mehr Iraner als Iraker. Die iranischen Soldaten haben zum ersten Mal seit Kriegsbeginn den Schatt el-Arab überquert und halten mit etwa 30 000 Mann die Südspitze Iraks, ein ungefähr 70 Quadratkilometer großes Gebiet mit der Hafenstadt Fao, besetzt.

Zwei weitere Angriffe nordöstlich und südöstlich der zweitgrößten irakischen Stadt Basra wurden abgewehrt. Nördlich von Basra gelang es den Irakern, die Iraner etwa zwei Kilometer von den im März 1985 eroberten Stellungen zurückzudrängen. Zwischen der Grenze und dem iranischen Ahvaz sind etwa 120 000 Soldaten zusammengezogen, so daß ein weiterer Angriff in den nächsten Tagen nicht auszuschließen ist.

Wie während der letzten großen Offensive Irans im März 1985 ist der Schatt el-Arab umkämpft, der etwa 200 Kilometer lange Zusammenfluß von Euphrat und Tigris in den Persischen Golf. Er bildet im letzten Viertel die gemeinsame Grenze, deren Verlauf umstritten ist. Der Schatt ist der einzige Seezugang Iraks, das seit der Eroberung Faos ein Binnenland ist. Das hat praktisch zunächst keine Auswirkung – Fao kann bereits seit Kriegsbeginn nicht mehr genutzt werden –, wird jedoch auf Dauer die Kampfmoral der Iraker und ihr Vertrauen in die Regierung destabilisieren.

Das III. und das VII. irakische Korps verteidigen die Südfront am Schatt mit etwa 90 000 Mann, die seit Tagen mit langen Kolonnen von Panzern und Panzerschützenwagen aus dem Norden verstärkt werden. Allerdings ist das gesamte Kampfgebiet sumpfig. In den letzten Tagen hat es häufig geregnet. Panzer sind unter diesen Umständen unbeweglich.

Khorramschar als Ziel

So können die an Bevölkerung um das Dreifache überlegenen Iraner die etwa um das Doppelte größere Zahl der irakischen schweren Waffen ausgleichen. Die um etwa das Fünffache überlegene irakische Luftwaffe konnte bei den gegenwärtigen Wetterbedingungen oft nicht eingreifen.

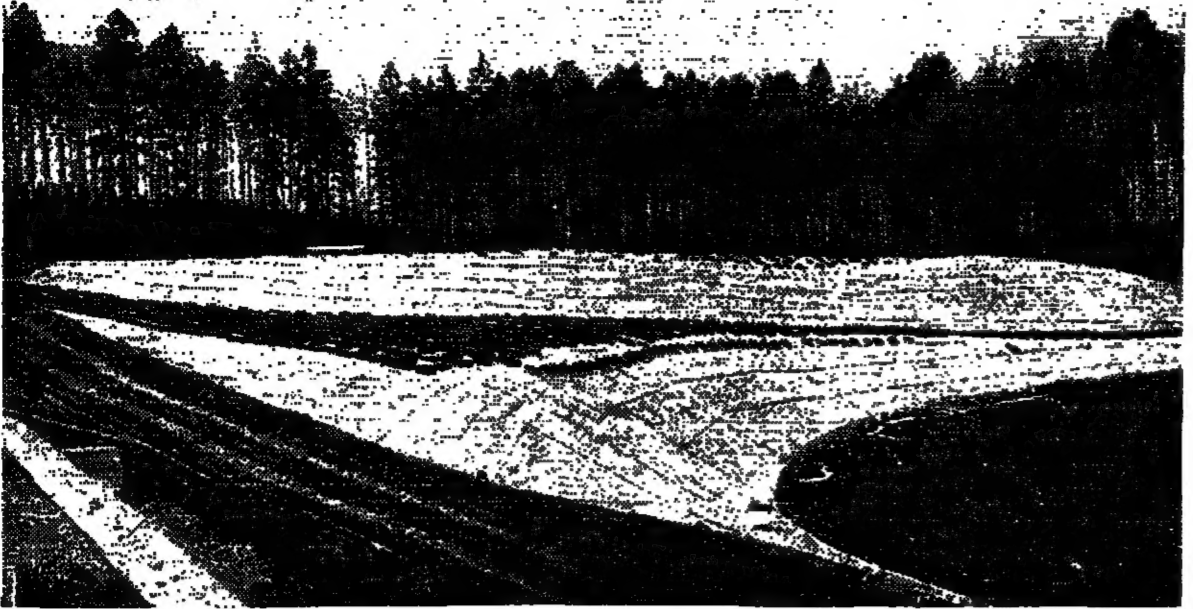
Der Kommandeur des III. Kors, Generalmajor al-Raschid, sagte auf einer Pressekonferenz in seinem Hauptquartier nördlich von Basra, seine Soldaten seien „imstande und bereit", die iranische Stadt Khorramschar zu erobern oder mit Artillerie zu beschießen. Er nannte die Stadt „Mohammera", was den Anspruch der Iraker unterstreichen sollte, daß sie und die gesamte Region östlich des Schatt eigentlich zu Arabien, das heißt Irak, gehören. Allerdings habe Präsident Saddam Hussein einen solchen Befehl „noch nicht" gegeben. Außerdem würde er auch der jetzigen irakischen Politik, weder gegnerisches Gebiet zu besetzen noch die Zivilbevölkerung anzugreifen, widersprechen.

Basra verteidigen

Auf die Frage, warum sein Korps dem im äußersten Süden in Bedrängnis geratenen VII. Korps nicht zu Hilfe eile, sagte der General, er habe den Auftrag, Basra zu verteidigen. „Was ist wichtiger – eine kleine Einöde oder Basra?" Eine weitere Offensive der Iraner würde ihn „erfreuen", denn seine Soldaten seien „hochmotiviert, sie zu schlagen". Bei einer der drei iranischen Teiloffensiven habe sein Korps vier Soldaten verloren.

Die gesamten irakischen Verluste sind wesentlich höher. Auf der Route Bagdad–Basra sind zahlreiche Taxis mit flaggengeschmückten Särgen auf dem Dach anzutreffen. Geschäftsleute berichten, daß das größte Hospital Basras zum ersten Mal seit Kriegsbeginn unter militärische Verwaltung gestellt worden sei.

In New York hat sich – wie die Agenturen ergänzend melden – der Weltsicherheitsrat mit dem Golfkrieg befaßt. Der irakische Außenminister Tarik Asis sagte, die jüngsten Militäroperationen Irans zielten darauf ab, das Land im Norden des Persischen Golfs an sich zu reißen, die Völker zu versklaven, die Reichtümer zu plündern und Anarchie und Zerstörung zu verbreiten. Der iranische UNO-Botschafter Radschai Chorassani, der der Sitzung fern blieb, nannte auf einer Pressekonferenz die Bedingungen für seine Teilnahme an den Beratungen: Verurteilung Iraks Als Aggressor, Verurteilung des Einsatzes von chemischen Waffen durch Irak und Verurteilung der irakischen Angriffe auf Wohngebiete Irans.



Wenn man verhindern will, daß Schadstoffe aus Deponien ausgewaschen werden und in den Boden eindringen, reichen herkömmliche Verfahren, wie die Abdeckung dieser Industriemüll-Halde bei Karsau (Kreis Lörrach), nicht aus FOTO: DPA

Altlasten stellen die Technik vor Probleme

Von RICHARD SCHWALBE

Wissenschaft und Technik sind noch immer weitgehend ratlos, wenn es um die Bodensanierung auf verunreinigten Flächen ehemaliger Industriestandorte oder der Umgebung von Müllplätzen geht. Geringes Wissen um die biologischen und chemischen Vorgänge im Boden und erst kurze Erfahrungen mit der Technik zur Schadstoffentfernung machen Umweltverunreinigungen in diesem Bereich auch in der Zukunft zu einem Problem.

Bis heute existiert kein allgemein anerkanntes Verfahren, um geschädigten Boden zuverlässig von Verunreinigungen zu befreien. Mit dieser unumwunden zugegebenen Tatsache kennzeichneten Fachleute jetzt in Düsseldorf den Zustand der neben Luft und Wasser dritten Lebensgrundlage. Während der „Envitec '86", einer Fachausstellung über Technik für den Umweltschutz, diskutierten sie die heutige Situation des Bodens und die technischen Möglichkeiten seiner Reinigung.

Der Schutz des Bodens wird immer dringlicher

Nachdem die Verschmutzung von Luft und Wasser schon seit längerem Anstrengungen zum Schutz dieser Umweltbereiche erfordert, ist der Boden erst in letzter Zeit ins Blickfeld gerückt. Ausschlaggebend waren hierfür in erster Linie die Probleme mit sog. Altlasten. Das sind Flächen, auf denen das Erdreich durch industrielle Produktionen oder die Ablagerung von Abfällen mit Schadstoffen verunreinigt ist. Nach Schätzungen des Umweltbundesamtes gibt es in der Bundesrepublik etwa 35 000 dieser Altlasten, von denen rund 5000 als gefährlich einzustufen sind.

Eine Gefahr stellen die Bodenverunreinigungen deshalb dar, weil Schadstoffe wie Chemikalien, Öl oder Schwermetalle unter ungünstigen Bedingungen in das Grundwasser gelangen oder in die Luft entweichen können. Von dort kommen sie dann möglicherweise über das Trinkwasser oder die Nahrungsmittel bis zum Menschen. Mineralöl im Grundwasser und der Austritt von Chemikalien aus Mülldeponien sind Beispiele dafür.

Zur Entfernung der Schadstoffe experimentiert man derzeit mit einer ganzen Reihe verschiedener Verfahren, die jedoch noch zahlreiche Fehler haben, und die auch alle noch nicht lange erprobt sind. Als einfachste Möglichkeit zur Beseitigung eines eventuellen Gefahrenherdes erschien in der Vergangenheit das Ausgraben.

Nach heutigem Wissen ist diese Methode allerdings so gut wie nirgends einsetzbar. In der Bundesrepublik weiß man nämlich inzwischen kaum noch, wohin mit den dabei entstehenden gefährlichen Abfällen. Das Ausgraben oder Ausbaggern selbst *ist darüber hinaus ebenfalls riskant*, da die Schadstoffe die Arbeiter gefährden können.

Eine weitere in der Vergangenheit eingesetzte Methode ist die Einkapselung des verunreinigten Bereichs. Dazu dichtet man das Gelände gegen die Umgebung durch Wände ab, der Untergrund und die Oberfläche erhalten eine Abdichtung aus Ton oder Kunststoffbahnen. Über das Verhalten der Dichtung und deren Zuverlässigkeit über Jahrzehnte hinaus weiß man heute jedoch noch so gut wie nichts.

Bringt man den Boden in eine Verbrennungsanlage, so lassen sich nur die brennbaren Bestandteile entfernen. Sie finden sich dann im Abgas wieder. Schwermetalle, die sich unter Umständen fest mit den Bodenteilchen verbinden, bleiben zurück. Der behandelte Boden ist hinterher absolut steril und kann nur mit Mühe neu belebt werden. Außerdem ist er zum großen Teil zu Staub zerfallen.

Die Hoffnung richtet sich auf biologische Verfahren

Am aussichtsreichsten erscheinen noch die biologischen und biochemischen Methoden zur Bodenreinigung. Bei ihnen werden entweder Bakterien eingesetzt, die sich von den Schadstoffen ernähren und sie so in ungefährliche chemische Verbindungen überführen, oder man spült den Boden mit einer geeigneten Flüssigkeit durch. Sie nimmt die Schadstoffe auf, kann abgepumpt und anschließend gereinigt werden.

Diese Verfahren sind allesamt sehr neu, und so weiß man auch noch wenig über ihre Wirkungsweise. Ungeklärt ist beispielsweise, ob die Bakterien überhaupt ausreichende und angenehme Lebensbedingungen im Boden finden, und ob die „Bodenwäsche" verfahrenstechnisch beherrschbar ist. Aber nicht nur die Altlasten stellen eine Gefahr für den Boden dar. In Düsseldorf fügten die Fachleute dem derzeit pessimistischen Bild über die Sanierungsmöglichkeiten noch einige weitere allgemeine Bedenken über den Bodenzustand an.

Verantwortlich für die Güte des Bodens und Träger des Lebens auf unserer Erde ist die nur 30 cm dicke Humusschicht an der Oberfläche. Sie ist durch die dichte Besiedlung mit Mikroorganismen und Kleinlebewesen biologisch sehr aktiv. Im Zusammenspiel mit den darunterliegenden mineralischen Schichten ergibt sich daraus ein hohes Selbstreinigungsvermögen des Bodens.

Durch Schadstoffe in der Luft und im Wasser ist diese Selbstreinigungskraft jedoch zunehmend bedroht. Etwa 3,5 Tonnen Schwebstoffe gehen auf jeden Hektar Land im Jahr nieder. Damit werden unter anderem Verbindungen in das Erdreich eingetragen, die zu dessen zunehmender Versauerung führen. In der Folge werden sowohl die vorhandenen Nährstoffe wie beispielsweise auch Schwermetalle gelöst und mit dem Regen in tiefere Schichten ausgeschwemmt.

Der Boden verarmt dadurch nicht nur, er kann sogar regelrecht zur Quelle von dort zuvor gebundenen Schadstoffen werden. Mit dem Absterben der Mikroorganismen sinkt schließlich auch das natürliche Selbstreinigungsvermögen.

Selbst über die Stoffumwandlung im Boden ist heute noch sehr wenig bekannt. Mit Lösungsvorschlägen für die Probleme konnten die in Düsseldorf versammelten Wissenschaftler so auch kaum aufwarten – bevor die Schadstoffentstehung an der Quelle eingedämmt ist und bevor brauchbare Verfahren für die Bodensanierung existieren, geht man deshalb erst einmal daran, den bisherigen Umgang mit gefährlichen Stoffen zu überdenken. So wurde mittlerweile schon von der bisher vertretenen Meinung abgegangen, Mülldeponien ließen sich durch einfache Abdichtung mit Ton sicher von der Umgebung trennen.

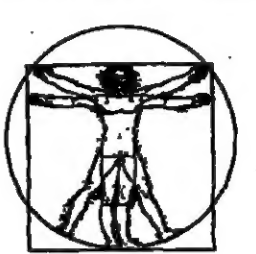
NOTIZEN

Befunde per Glasfaser

Hannover (lni) – In einem weltweit bislang einmaligen Versuchsprogramm wollen Ärzte in der niedersächsischen Landeshauptstadt Videoübertragungen per Glasfaserkabel von Klinik zu Klinik erproben. Mit einem Kostenaufwand von 300 000 Mark, der vom Land Niedersachsen getragen wird, sollen die technischen Voraussetzungen geschaffen werden. Mit Hilfe der Glasfaserübertragung, so Krankenhausdirektor Klaus Beste, könne eine schnelle und direkte Erörterung von Befunden ermöglicht werden. Statt in engen Operationsräumen könnten so auch medizinisch interessante Fälle in Sälen über Großprojektionswände verfolgt werden.

Tierschutz in China

Peking (dpa) – Die chinesische Regierung hat umfassende gesetzgeberische Maßnahmen zum Schutz seltener Tierarten angekündigt. Der stellvertretende Forstminister Dong Zhiyong gab bekannt, daß rücksichtloses Jagen z. B. den Bestand der Tiger im Land auf nur noch etwa 200 Exemplare dezimiert



hat. In China sind nach offiziellen Angaben 20 seltene Tierarten vom Aussterben bedroht. Dazu gehören neben Pandabären auch Gibbon-Affen, die in den Dschungeln Südchinas lebenden Elefanten, Haubenkraniche und Flußdelphine.

Schneller Chip

Brüssel (cvb.) – In den Vereinigten Staaten ist ein neuer Mikroprozessor-Chip entwickelt worden, der bis zu 15 Millionen Instruktionen pro Sekunde verarbeiten kann. Die Taktfrequenz des neuen Chips liegt bei 40 Megahertz und ist somit zehn mal schneller als die meisten gebräuchlichen Mikroprozessoren. Die industrielle Entwicklung stammt – nach Forschungsarbeiten an der Stanford Universität – von General Electric.

Wie man Höchstwerte spielend unterbietet

München plant das „sauberste" Kohlekraftwerk der Welt

Von PETER SCHMALZ

Hält ein neues, in München geplantes Kohlekraftwerk im praktischen Betrieb die Abgaswerte ein, die von Technikern auf dem Papier errechnet wurden, dann werden selbst neueste Anlagen im Vergleich zum Münchner Werk geradezu Dreckschleudern sein. Der Kohleblock, der ab 1989 jährlich 500 Megawatt Fernwärme und 200 Megawatt Strom liefern wird, soll Abgaswerte haben, die bisher nur von den besonders umweltfreundlichen Gasfeuerungen erreicht werden. Schon frohlockt Münchens Oberbürgermeister Georg Kronawitter: „Uns ist ein entscheidender Durchbruch zu geringeren Emissionswerten gelungen, der Signalwirkung für die ganze Bundesrepublik haben dürfte."

Durch den Schlot sollen nur noch 25 Milligramm Schwefeldioxid je Kubikmeter Abluft steigen. Erst Vergleichszahlen verdeutlichen, wie niedrig dieser Wert ist: Nach der Großfeueranlagenverordnung (GFAVO) ist mit 400 Milligramm das 16fache erlaubt, ein Nachbarblock, der im Frühjahr stillgelegt wird, stößt zur Zeit sogar 1577 Milligramm aus. Mit 100 Milligramm Stickoxiden je Kubikmeter produziert die geplante Anlage nur die Hälfte der erlaubten Menge, das alte Werk bringt es sogar auf 1290 Milligramm. Weitere Werte: 20 Milligramm Staub gegenüber 50 Milligramm der GFAVO; 10 Milligramm Chlorwasserstoff, erlaubt sind 100; 0,3 Milligramm Fluorwasserstoff, 15 Milligramm werden derzeit genehmigt.

Für die Zukunft gebaut

„Dieser Erfolg", sagte Oberbürgermeister Kronawitter der WELT, „war nur durch harte und lange Verhandlungen mit der Industrie möglich. Ich wollte nicht in die Situation wie die Ministerpräsidenten Albrecht und Rau kommen und in einigen Jahren ein Kraftwerk einweihen müssen, das dann geltenden Umweltanforderungen nicht mehr entspricht."

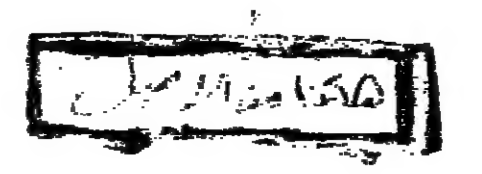
Die extrem niedrigen Werte wurden durch Primärmaßnahmen bei der Feuerung und durch eine ungewöhnlich große Dimensionierung der Katalysatoren in der Entstickungsanlage und durch eine Kombination herkömmlicher Rauchgaswäschen mit einer abschließenden Natronlaugenwäsche erzielt. Die Industrie, erinnert sich der städtische Wärmetechniker Karl Abt, zeigte sich von den Münchner Sonderwünschen anfangs wenig begeistert, zog dann aber mit, nachdem die Techniker der Stadtwerke immer günstigere Werte errechnet hatten. Die Verhandlungen mit zwei deutschen Firmen laufen bereits seit August vergangenen Jahres, welche der beiden Firmen den Zuschlag erhalten wird, entscheidet der Stadtrat in der kommenden Woche.

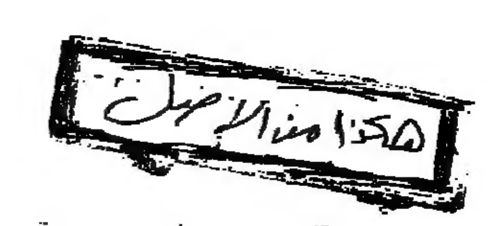
Teure Luftreinigung

Fest steht jedenfalls: Die niedrigeren Abgaswerte müssen mit 40 Prozent höheren Kosten im Entschwefelungs- und Entstickungsbereich bezahlt werden, womit die Ausgaben für die Luftreinigung um 60 Millionen auf 210 Millionen Mark klettern. Gut ein Viertel der Gesamtinvestitionen des Kraftwerksblockes von 820 Millionen Mark fließen somit in Maßnahmen für den Umweltschutz. Durch einen 20-Jahres-Vertrag sicherte die Stadt auch den Verkauf der Gipsmenge, die bei der Rauchgaswäsche als Restprodukt anfällt, und drückt damit die Betriebskosten der Luftreinigungsanlage.

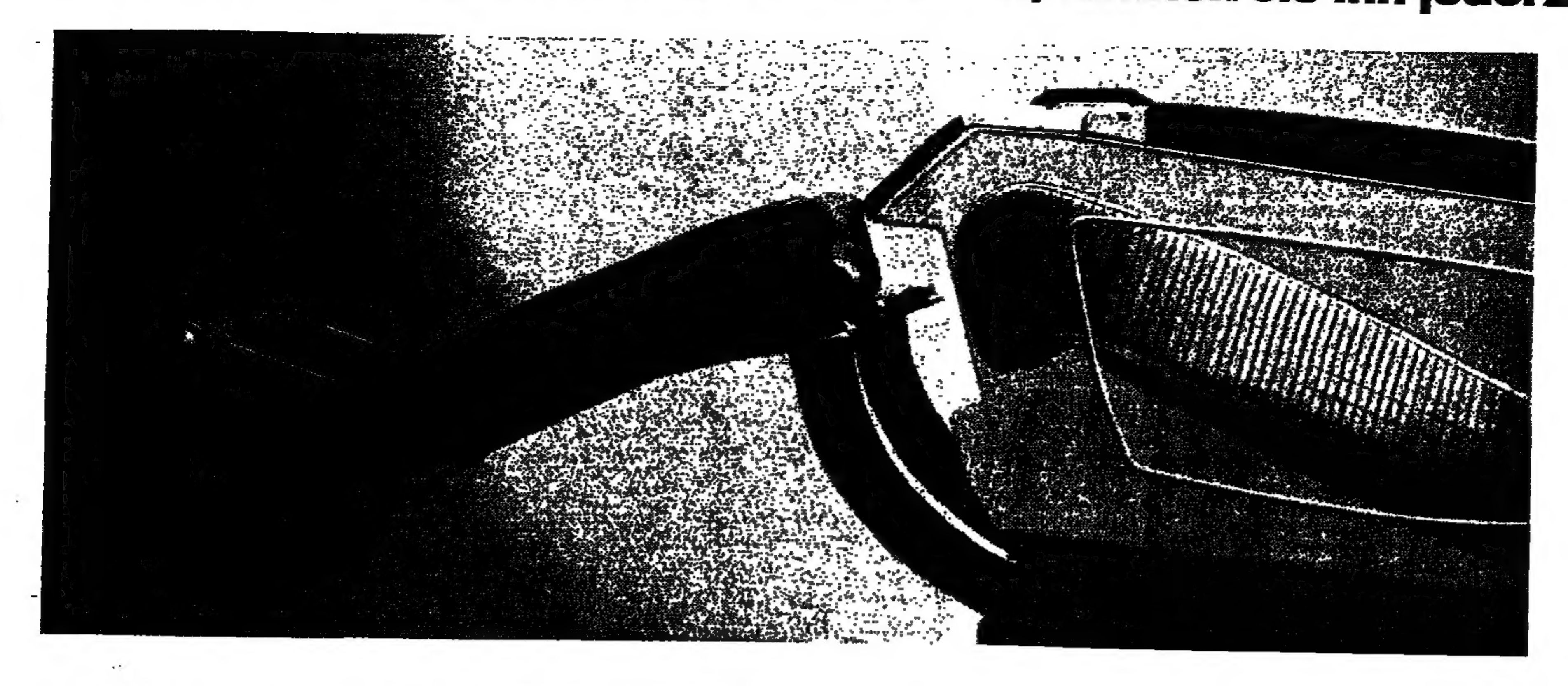
Das sauberste Kohlekraftwerk der Welt soll noch einen weiteren positiven Umwelteffekt bieten, indem die Münchner Stadtwerke mit diesem und einem weiteren Block, der Müll verbrennt, die Fernwärmekapazität von derzeit 2200 auf über 3000 Megawatt erweitern und im Stadtgebiet damit mehrere tausend Kohle- oder Öl-einzelheizungen ersetzen. Die bayerische Landeshauptstadt wird dann über das dichteste Fernwärmenetz in Deutschland verfügen.

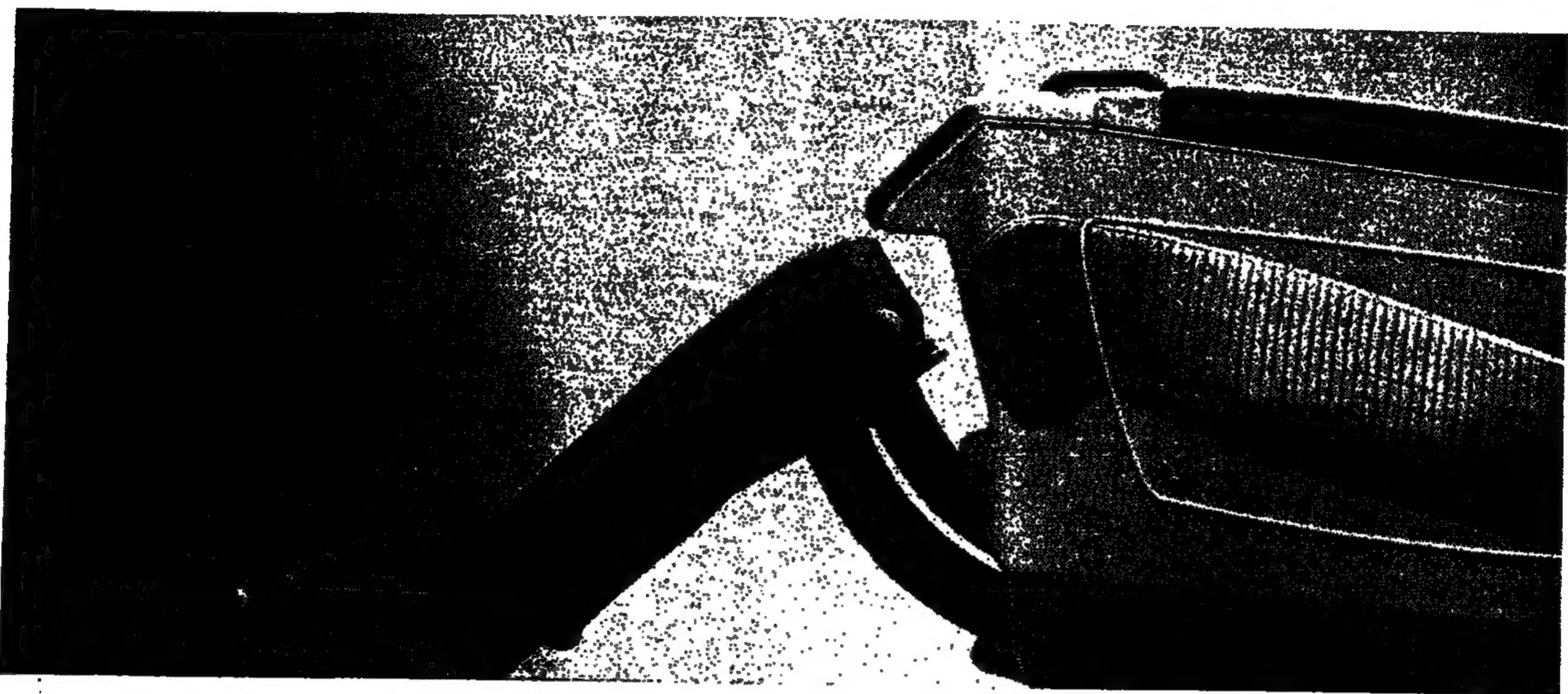
Auch die vor allem von Grünen und einigen SPD-Stadträten geäußerte Sorge, die dafür notwendige Trasse durch den Englischen Garten zerstöre Teile des wichtigsten Erholungsparks der bayerischen Landeshauptstadt, wird mit einer technischen Kraftanstrengung zerstreut: Dem U-Bahn-Bau ähnlich, wird ein Stollen unterirdisch in 20 Meter Tiefe vorangetrieben. „Damit", so Kronawitter, „ist sichergestellt, daß weder die Pflanzen des Englischen Gartens noch das Grundwasser beeinträchtigt werden." Und er vergißt nicht die Anmerkung: „Zum Glück haben wir im Gegensatz zu manchen anderen Städten die finanziellen Möglichkeiten für solche Umweltmaßnahmen."

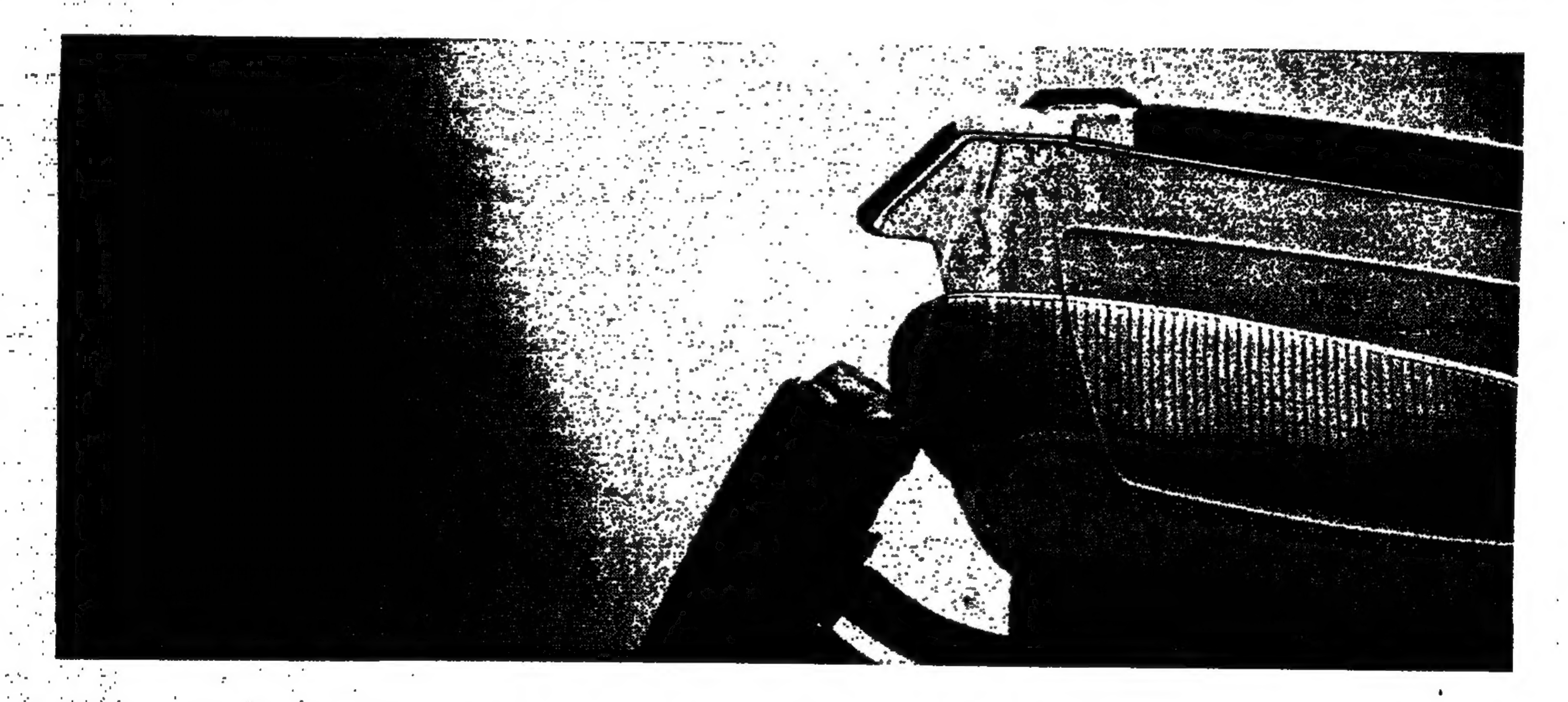


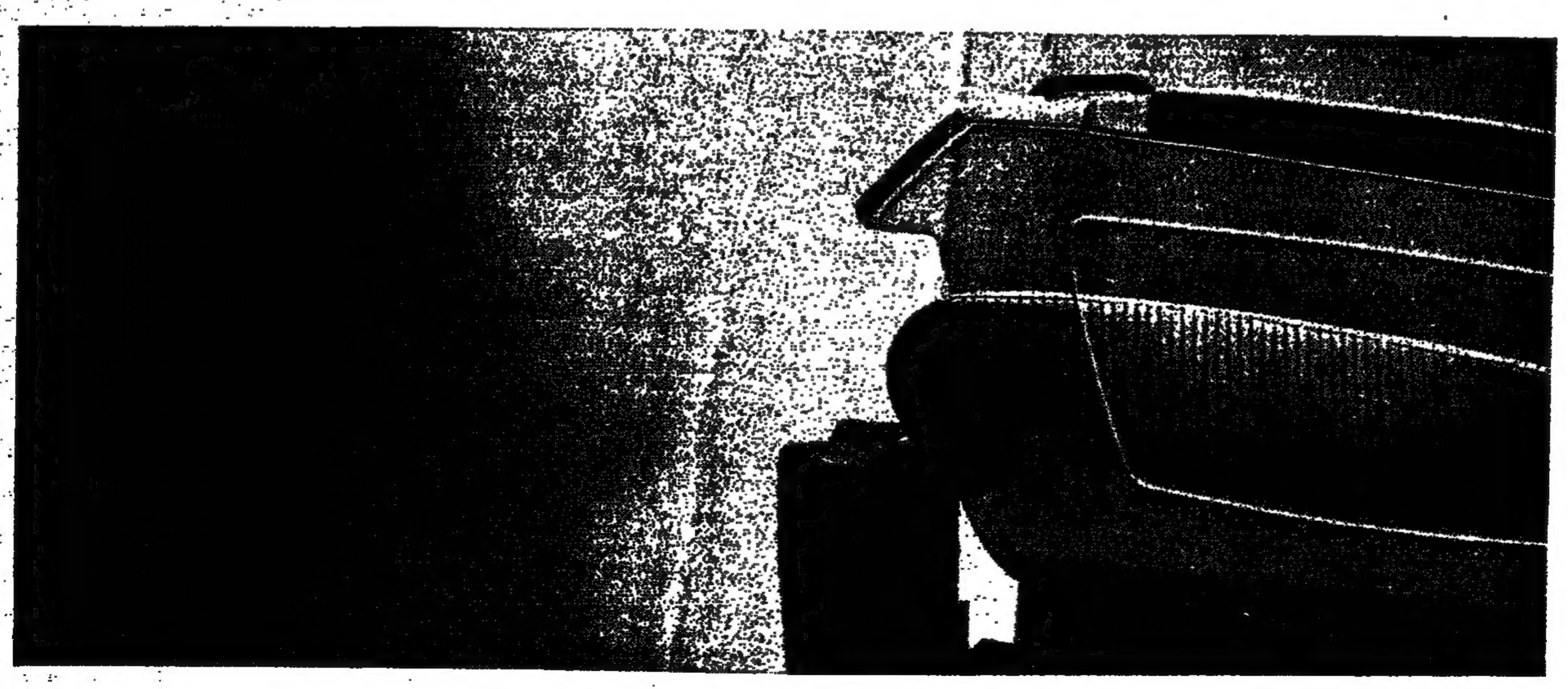


Falls Ihnen der Komfort unserer First Class zu hoch ist, können Sie ihn jederzeit senken.









Mit dem hohen Niveau unseres First Class-Service werden Sie sich wahrscheinlich mit Leichtigkeit abfinden. Und nach exquisiten Vor-, Haupt- und Nachspeisen höchstens noch einen Wunsch haben: für einen erholsamen Schlaf auch die Fussstütze an Ihrem Slumberette-Fauteuil mit einem Knopfdruck auf das höchste Niveau zu heben und gleichzeitig die Rückenlehne so tief wie möglich zu senken.

swissair

DORTMUND

Horst Hrubesch: Plötzliches Ende der Karriere

dpa, Dortmund

Eine große Karriere hat ein plötzliches Ende gefunden. „Kurz und schmerzvoll", nennt Horst Hrubesch (34) den Abschied vom Fußball, der durch eine Leistenoperation erzwungen wird. Ein Jahrzehnt lang stand sein *Name für Engagement*, für spektakuläre Treffer und nicht zuletzt für Erfolg: Zwei seiner zahllosen Tore brachten der Nationalelf den Europameister-Titel 1980. Mit dem Hamburger SV wurde er 1983 Europacup-Sieger der Landesmeister und dreimal deutscher Meister.

Das Finale seiner Laufbahn wurde von einem seltsamen Zwiespalt bestimmt. Beim HSV wird ihm noch heute nachgetrauert, denn mit seinem Wechsel nach Belgien 1983 begannen die Hamburger Probleme. Hrubeschs Bundesliga-Rückkehr zu Borussia Dortmund aber verlief enttäuschend. Voller Selbstbewußtsein war er in seiner westfälischen Heimat noch einmal angetreten. „Ein guter Mittelstürmer schießt 15 Tore pro Saison", hatte er gesagt. Es kam anders: Dreimal traf er – per Kopf, wie gehabt –, davon einmal ins eigene Netz.

Spielerische Qualitäten waren nicht seine Vorzüge, Ehrgeiz und Durchsetzungsvermögen brachten ihn an die Spitze. Nun mußte er einem Jahrzehnt Kraftfußball Tribut zollen: „Die Bundesliga ist noch athletischer, noch schneller geworden. Zudem mußte ich auf meine alten Tage noch Abwehraufgaben übernehmen." Im Westfalen-Stadion durchschritt er zum Ende der Hinrunde ein tiefes Tal: Er wurde ausgepfiffen und ausgelacht. „Das hat mich sehr getroffen, das habe ich nicht so einfach weggesteckt", gesteht er.

*„Horst Hrubesch hat einen Bauch*wandbruch, der nach einer alten Leistenbruch-Operation durch Überbelastung aufgetreten ist", lautet die Diagnose des Hamburger Arztes Dr. Ulrich Mann, der den Eingriff am Montag vornehmen wird.

136 Tore erzielte er in 222 Bundesliga-Spielen. 21mal stand er in der Nationalmannschaft. Den Fans wird das einstige „Kopfball-Ungeheuer", wie sie ihn nannten, trotz verunglückter Comebacks in positiver Erinnerung bleiben. Den Abschied hatte auch er sich anders vorgestellt: „Aber nun muß ich an meine Gesundheit und an meine Zukunft denken."

FUSSBALL / Vereins-Präsidenten diskutieren

Große Reformpläne: Bundesliga in Gruppen?

W. NIERSBACH, Düsseldorf

Weißer Karton mit grünem Streifen, die Initialen DFB eingedruckt, 139 Seiten stark (plus Anhang), das alles unter dem Titel: „Situationsanalyse Lizenz-Fußball mit Verbesserungsvorschlägen einschließlich spieltechnischer *Maßnahmen". Das* ist das Werk mit brisantem, beinahe schon revolutionärem Inhalt. Es liegt bei allen Bundesliga-Präsidenten auf dem Tisch. Der deutsche Fußball plant die tiefgreifendste Reform seit der Bundesliga-Gründung im Jahre 1963.

Alarmierende Fakten, das geht aus der Studie des Liga-Ausschusses ungeschminkt hervor, zwingen zum Handeln: Zum 31. Dezember 1984 hatten die 38 Lizenzvereine Verbindlichkeiten von zusammen 157 518 000 Mark, wobei die erste Klasse mit 102 und die zweite mit 54 Millionen in der Kreide stand.

Hermann Neuberger hat schon klare Position bezogen, er favorisiert ein Modell mit zwei Profi-Klassen von jeweils 16 Klubs und der Einführung einer Winterpause. Die Präsidenten treffen sich heute und morgen in Frankfurt, um darüber zu beraten. Neuberger ist eingeladen und wird morgen erscheinen. Die wichtigste Frage: Findet die Bundesliga zu einem einheitlichen Kurs? Zuletzt stimmten die Manager für eine Reduzierung, die Präsidenten dagegen.

Die nachfolgenden Reformen könnten schon 1986/87 in Gang gesetzt werden.

● **Modell 1:** Wunschziel von Hermann Neuberger: Reduzierung der ersten und zweiten Bundesliga auf jeweils 16 Klubs. Darunter vier Regionalligen Nord/Berlin, Süd, West, Südwest mit jeweils 16 Klubs, darunter acht Amateurligen mit jeweils 16 Vereinen. Elfwöchige Winterpause von Anfang Dezember bis Anfang März.

● **Modell 2:** Die Bundesliga bleibt bei 18 Vereinen, die zweite Liga wird auf 18 Klubs reduziert, darunter vier Regionalligen sowie acht Amateur-Oberligen wie bei Modell 1. Neunwöchige Winterpause von Anfang Dezember bis Mitte/Ende Februar.

Die Überlegungen gehen jedoch noch viel weiter. Ausgearbeitet hat der Liga-Ausschuß auch Pläne, vom herkömmlichen Ligen-System abzuweichen und statt dessen die Klassen nach regionalen Gesichtspunkten oder nach einem Plazierungsschlüssel aufzuteilen. Es gäbe eine zweigeteilte Bundesliga mit jeweils acht (bzw. neun) Vereinen. Die ersten vier jeder Untergruppe spielen anschließend in einer Meisterrunde, der Rest kämpft um den Klassenerhalt.

Nach regionaler Zuteilung würden, basierend auf dem Abschluß der Saison 1983/84, in der Gruppe Süd spielen: Stuttgart, Bayern München, Kaiserslautern, Mannheim, Frankfurt, Köln, Leverkusen, Düsseldorf. Im Norden wären Hamburg, Bremen, Braunschweig, Bielefeld, Dortmund, Uerdingen, Bochum, Mönchengladbach.

Legt man die Abschlußtabelle für die Aufteilung zugrunde, gäbe es eine Gruppe 1 mit den Plätzen 1, 4, 5, 8, 9, 12, 13 und 16 sowie eine Gruppe 2 mit den Rängen 2, 3, 6, 7, 10, 11, 14 und 15. Entsprechend sähe die Reform in der zweiten Liga aus.

Modelle zur Auf- und Abstiegsregelung liegen ebenfalls vor. Darüber *hinaus hält es der Liga-Ausschuß für* empfehlenswert, eine relativ lange Winterpause mit einem Liga-Pokal-Wettbewerb zu überbrücken. An ihm sollen nur die 32 (bzw. 36) Profi-Vereine teilnehmen, und zwar mit einem K.-o.-System wie im herkömmlichen DFB-Pokal sowie einer Setzliste, wie man sie im Tennis kennt. Damit soll einerseits vermieden werden, daß starke Klubs sofort aufeinandertreffen. Andererseits sollen die Zweitligisten Heimrecht erhalten.

Eine zusätzliche Variante wäre die Einführung einer offiziellen Hallenrunde mit wiederum 36 Klubs. Es gäbe für zwölf Vorrundengruppen die Schauplätze Bremen, Dortmund, Essen, Frankfurt und Karlsruhe. Die zwölf Gruppensieger würden die Zwischenrunde in der Berliner Deutschlandhalle und der Stuttgarter Schleyer-Halle austragen. Das Endturnier der besten sechs soll in der Münchner Olympiahalle übers Parkett gehen. Das Handicap bisher: Überall gibt es verschiedene Spielfeldmaße. Die Regeln müßten vereinheitlicht werden.

*

Schon jetzt steht fest, daß es auch am Samstag kein komplettes Bundesliga-Programm geben wird. Gestern hätte nur in Bremen (gegen Düsseldorf) und München (gegen Köln) gespielt werden können.

TENNIS / Graf im Halbfinale gegen Sukova

Freude ja, Zufriedenheit „überhaupt nicht . . ."

dpa/sid, Boca West

Sie sprach scheinbar in Widersprüchen. „Ich freue mich riesig", sagte sie. Aber auch: „Zufrieden bin ich überhaupt nicht." Steffi Graf, 16 Jahre alt, bewegte sich zwischen Gegensätzen. Zum zweiten Mal hintereinander hat sie in Boca West (Florida) das Halbfinale des mit 4,5 Millionen Mark dotierten Grand-Prix-Tennisturniers erreicht. Da kommt selbstverständlich Freude auf. Aber beim 6:2, 6:7, 6:3-Sieg über die Amerikanerin Zina Garrison war sie mit ihrer Leistung nicht zufrieden. Vor dem Einzug ins Finale steht jetzt noch ein Spiel gegen die Tschechoslowakin Helena Sukova, die Barbara Potter (USA) mit 6:1, 6:2 besiegte.

Zwei Stunden und sieben Minuten dauerte das Spiel von Steffi Graf. Danach schimpfte sie erst einmal über sich selbst: „Ich hätte niemals den zweiten Satz verlieren dürfen und mir somit eine Stunde Spielzeit und die ganze Regenunterbrechung ersparen können." Im zweiten Satz vergab Steffi Graf beim Stande von 5:4 zwei Matchbälle gegen die sechs Jahre ältere Texanerin, geriet mit 5:6 in Rückstand und unterlag im Tiebreak mit 3:7. Ihr Vater Peter kommentierte: „Das hat mich sechs Jahre meines Lebens gekostet."

Das Spiel war wegen Regen bereits abgesetzt, dann aber doch drei Stunden später begonnen worden. Die erste Regenpause kam bereits nach dem 1:1 im ersten Satz, während des ersten Spiels des dritten Satzes (beim Stand von 40:30 für Zina Garrison) folgte eine 90 Minuten lange Pause, nach der die Amerikanerin ihren Aufschlag verlor und schnell 0:2 in Rückstand geriet. Nachdem sie „nochmal für zehn Minuten den Faden verloren" hatte, war Steffi Graf endlich mit sich selbst zufrieden: „Dann habe ich endlich meine Vorhand durchgezogen. Und dann war die Garrison kaputt. Aber die ist ja auch viel gerannt. Na ja, ich hätte es jedenfalls leichter haben können. Wenn ich gegen Helena Sukova eine Chancen haben will, muß ich mich gewaltig steigern."

Eines hat Steffi Graf schon jetzt erreicht: Sie bleibt auch nach diesem Turnier auf Platz vier der Weltrangliste. Vorjahrssiegerin Martina Navratilova, die Nummer eins, hatte auf einen Start verzichtet, weil sie angeblich „schon zu viele Turniere gespielt" hat. Und Hana Mandlikova (Nummer drei) mußte wegen einer *Armverletzung verzichten. Bleibt nur* noch Chris Evert-Lloyd (Nummer zwei), die mit einem 6:2, 6:0 über Terry Phelps ebenfalls das Halbfinale erreichte und dort auf Katy Rinaldi (7:6, 6:2 gegen Carling Basset) trifft.

Im Mixed zog Steffi Graf mit ihrem spanischen Partner Emilio Sanchez ins Viertelfinale ein. Beide besiegten die Amerikaner Kelvin Belcher/Lori McNeil 6:2, 6:1. Bettina Bunge und Eva Pfaff unterlagen in ihrem Doppel den Amerikanerinnen Garrison/Rinaldi mit 6:3, 3:6, 4:6.

SPORT-NACHRICHTEN

Abstieg droht

Gemünden (sid) – Der deutschen Tischtennis-Nationalmannschaft droht der Abstieg aus der Europaliga. In Gemünden am Main unterlagen Wosik, Roßkopf, Fetzner und Olga Nemes der CSSR mit 2:5. Nur ein Sieg über Ungarn (11. März in Böblingen) kann den Klassenerhalt sichern.

Schweizer Schnellste

Königssee (dpa) – Die Schweizer Ralph Pichler und Celest Poltera fuhren im Training zur Zweierbob-Weltmeisterschaft am Wochenende in Königssee zweimal Bestzeit (50,67 und 50,86 Sekunden). Die Bobs aus der Bundesrepublik belegten die Plätze sechs, neun und zehn.

Zum dritten Mal Thiel

Berlin (sid) – Torwart Andreas Thiel (Gummersbach) ist von Lesern des Fachblattes „Handball-Woche" zum dritten Mal hintereinander zum „Handballer des Jahres" gewählt worden.

Heute: Biathlon-WM

Oslo (sid) – Am Holmenkollen in Oslo beginnt heute die Weltmeisterschaft im Biathlon mit dem Lauf über 20 km, in dem Peter Angerer in Sarajewo die Goldmedaille gewonnen hatte. Das Erste Fernseh-Programm (ARD) zeigt die Entscheidung ab 12.55 Uhr.

„Fall Beab": Anzeige

Bonn (dpa) – Rechtsanwalt Dirk Bernhardt aus Troisdorf hat bei der Bonner Staatsanwaltschaft Anzeige wegen Nötigung gegen den Schwimmwart Jürgen Konzel vom Deutschen Schwimm-Verband erstattet. Bernhardt sieht diesen Tatbestand erfüllt, weil Kozel dem Schwimmer Rolf Beab 600 Mark Startgeld und Prämie gestrichen habe, nur weil Beab beim Schwimmfest in Bonn nicht im Mannschaftsquartier, sondern zu Hause bei seiner schwangeren Frau übernachtet habe.

Kandidat Hansen

Berchtesgaden (sid) – Willi Weyer, der scheidende Präsident des Deutschen Sportbundes hat seine Vorschläge für die Umbildung des DSB-Präsidiums bekanntgegeben. Danach soll der 60 Jahre alte Kieler Hans Hansen am 3. Mai in Saarbrücken als einziger Kandidat für die Nachfolge Weyers antreten. Für Hansen soll der Tübinger Professor Ommo Grupe neben Dieter Graf Landsberg-Velen und Erika Dienstl zum Vize-Präsidenten aufsteigen.

ZAHLEN

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Boca West, Damen, Viertelfinale: Graf (Deutschland) – Garrison (USA) 6:2, 6:7, 6:3, Sukova (CSSR) – Potter (USA) 6:1, 6:2, Rinaldi (USA) – Bassett (Kanada) 7:6, 6:2, Evert-Lloyd – Phelps (beide USA) 6:2, 6:0.

TISCHTENNIS

Europaliga, Deutschland – CSSR 2:5. – Einzelergebnisse: Wosik – Pansky 22:20, 15:21, 21:14, Roßkopf – Javurek 21:12, 15:21, 19:21, Nemes – Hrachova 16:21, 16:21, Fetzner/Roßkopf – Pansky/Javurek 21:13, 21:17, Nemes/Roßkopf – Hrachova/Pansky 21:15, 15:21, 13:21, Wosik – Javurek 19:21, 19:21, Roßkopf – Pansky 15:21, 14:21.

STAND●PUNKT / *Das häßliche Spiel um den kranken Völler*

Die Operationsnarben sind noch frisch, aber dem Patienten geht es schon viel besser. Vor allem, so meint Rudi Völler, sei endlich der seelische Druck von ihm genommen. Er hat wieder Hoffnung für die WM in Mexiko. Völler ist ein ungemein wichtiger Spieler, jeder sollte ihm die Daumen drücken. Aber leider denken nicht alle so. Denn das Schauspiel, das der SV Werder Bremen und Bayern München jetzt auf dem Rücken von Völler austragen, besitzt finsteres Provinz-Niveau.

Monatelang konnte dem kranken Völler nicht geholfen werden – warum auch immer. Plötzlich, nachdem sich endlich ein Weg abzeichnet, bombardieren sich beide Klubs mit Vorwürfen und Anschuldigungen. Auf einmal geht es um Berufsehre, Eitelkeiten und Rechthaberei.

Die Bremer sind sauer, daß Teamchef Franz Beckenbauer, ohne Rücksprache mit ihnen zu halten, Rudi Völler an den Münchner Vereinsarzt Müller-Wohlfarth verwiesen hat. Der wiederum schickte Völler nach einer Untersuchung zu einem belgischen Spezialisten, der Völler auch operiert hat. Mit der Diagnose von Müller-Wohlfarth, Völler habe eine „weiche Leiste", die Verletzung könne unmöglich vom Tritt des Bayern-Liberos Augenthaler stammen, wollten die Münchner die Rehabilitierung des Spielers.

Bremens Arzt Dr. Meschede aber bleibt bei seinem Befund: „Es handelt sich nachweisbar um eine Entzündung im Adduktoren-Ansatz, hervorgerufen durch das Foul Augenthalers. Eine Operation war unumgänglich." Schützenhilfe erhielt Meschede vom Freiburger Sportmediziner Klümper: „Ich habe Völler genau untersucht. Eine weiche Leiste konnte ich nicht feststellen."

Hätten sie doch lieber alle geschwiegen. Mit Ruhm bekleckert haben sie sich nämlich alle nicht bei diesem Foul und den Folgen an Rudi Völler. Der Spieler, um dessen Gesundheit es hier geht, wird sich mit Grausen abwenden. Ihm haben sie nicht helfen können, das mußten andere tun. Durch gegenseitiges Angreifen und Verteidigen zeigen sie nachträglich noch ihre eigene Hilflosigkeit.

ULRICH DOST

Im deutschen Bergbau werden mit Kevlar* nicht nur die Kohle, sondern auch die Kosten abgebaut.

Ein Beispiel ist das Bergwerk Ensdorf im Saarland. Da läuft manches viel besser, seit die Förderbänder mit KEVLAR im Einsatz sind. Weil es bei diesen Bändern viel weniger Reparaturen gibt.

Bei vielen Bändern hatte man bisher häufig Probleme. Und dadurch Stillstand und Ärger und Zeitverlust und Reparaturkosten. Die Ursache dafür waren nicht zuletzt auch Korrosionsprobleme bei der Verstärkung.

Heute verwendet die Saarbergwerke AG mit KEVLAR verstärkte Förderbänder. Für den Bergbau werden von großen Herstellern wie Depreux, Dunlop-C.C.T. und Balatros GmbH Förderbänder auf Basis von KEVLAR geliefert.

KEVLAR ist nicht nur völlig korrosionsfrei, sondern auch selbstverlöschend. Dadurch wird auch verhindert, daß ein Brand durch das Förderband zum Lauffeuer wird – und sich verheerend ausbreitet. Das ist ein wichtiger Sicherheitsfaktor. Doch das ist nicht alles: Weil KEVLAR bei gleichem Gewicht die fünffache Festigkeit von Stahl hat, sind die Bänder auf Basis von KEVLAR erheblich leichter. Das vereinfacht die Handhabung und spart Kosten. Und durch das geringe Gewicht ist natürlich auch der Energieverbrauch niedriger. Im Bergwerk Ensdorf sieht man deshalb für die Zukunft nicht mehr schwarz.

Im Hafen von Rotterdam läuft das längste Sparprogramm.

Die 22 km Förderbänder, die im EMO-Hafen von der Firma Trelleborg installiert wurden, sind bereits mit KEVLAR verstärkt. Und das macht sich bezahlt. Weil es weniger Reparaturen und dadurch auch weniger Stillstandzeiten gibt als bei stahlverstärkten Bändern. Bei 6000 Tonnen Förderleistung pro Stunde spart man da wirklich eine ganze Menge am laufenden Band.



Korrosionsfreie Förderbänder in Rotterdam.

Kevlar ist eine außergewöhnlich starke und vielseitige Faser.

Keine andere Faser-Art bietet eine solche Kombination von Eigenschaften: KEVLAR ist extrem leicht und zugleich extrem stabil. Bei gleichem Gewicht hat es die fünffache Festigkeit von normalem Stahl. Durch seine Flexibilität ist es mühelos formbar, aber kaum dehnbar. KEVLAR ist auch korrosionsfrei, nicht magnetisch und leitet keine Elektrizität. Temperaturen spielen dabei kaum eine Rolle. Denn KEVLAR verkraftet –40°C genauso problemlos wie +130°C. Außerdem ist KEVLAR hitzebeständig, selbstverlöschend und verkohlt erst bei Temperaturen über 425°C.

KEVLAR gibt es in Form von Fäden und Fasern, aus denen die jeweiligen Produkte entwickelt werden.



Kevlar macht Flugzeuge sicherer, stabiler und schöner.

KEVLAR bietet Konstrukteuren und Designern außergewöhnliche Möglichkeiten. Weil es extrem leicht, stabil und robust ist und sich in jede Form bringen läßt.

Das geringe Gewicht geht übrigens nicht zu Lasten der Sicherheit. Ganz im Gegenteil. KEVLAR erhöht sogar noch die Festigkeit. Hinzu kommt, daß man KEVLAR auch mit anderen Fasern kombinieren kann. Und dadurch die Möglichkeiten noch erweitert. So wurde KEVLAR beispielsweise beim Airbus A 310 zur Verstärkung mit Kohlefasern kombiniert.

Kevlar macht Autos leichter, sicherer und umweltfreundlicher.

Die Karosserie-Außenteile des Audi Sport Quattro und des Audi Quattro Rallye sind aus KEVLAR. Dadurch wurden beim Audi Sport Quattro ca. 65 kg Gewicht eingespart. Und die Rallye-Version ist sogar ca. zwei Zentner leichter als eine „Ganzstahlkarosserie". Doch auch in anderen Bereichen fährt man mit KEVLAR besser. So sind beispielsweise die Hochgeschwindigkeits-Reifen führender Hersteller wie Michelin, Pirelli, Kléber und Dunlop mit KEVLAR verstärkt.

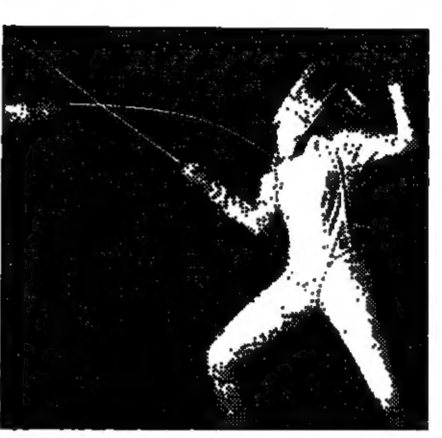
Gerade bei Autoteilen mit sehr hoher Beanspruchung hat sich KEVLAR bewährt. So setzen Audi und Daimler-Benz für ihre kultivierten Hochleistungstriebwerke zum Teil mit KEVLAR verstärkte Kühlwasserschläuche ein, weil sie besonders hitzebeständig sind. Und diese Schläuche verkraften die extremen Beanspruchungen problemlos ein paar hunderttausend Kilometer. Dadurch konnten Entwicklungen realisiert werden, die Motoren mehr leisten und zugleich sauberer laufen lassen. Serienmäßig werden von Ford Zylinderkopfdichtungen und von Opel Kupplungsbeläge eingebaut, die mit KEVLAR statt Asbest verstärkt sind. Und für die neuen in Deutschland produzierten Pkw-Modelle verwenden die meisten Automobil-Hersteller wie Audi, Daimler-Benz, Ford, Opel und VW teilweise asbestfreie mit KEVLAR verstärkte Scheibenbremsbeläge.



Hitzebeständige Kühlwasserschläuche für Hochleistungstriebwerke.

Kevlar kann sogar Revolverkugeln stoppen.

Einen außergewöhnlichen Beweis für die extrem hohe Festigkeit von KEVLAR liefern Kugelschutzwesten, wie sie auch die Polizei verwendet. Schon eine 1 kg leichte Weste aus KEVLAR kann eine Kugel aus einer 0,38 Special stoppen. Bei Fechtsportlern soll Schutzkleidung aus KEVLAR in Zukunft sogar Vorschrift sein. Auch bei Sturzhelmen, Rennanzügen und Arbeitshandschuhen sorgt KEVLAR für besseren Schutz.



Leichte, stichfeste Fechtkleidung.

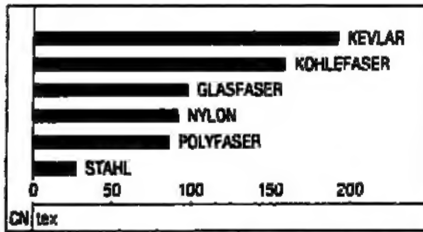
Kevlar legt die schwersten Tanker an die Leine.

Selbst Supertanker werden von Tauen aus KEVLAR problemlos festgehalten. Denn sie sind kaum dehnbar und genauso stabil wie Stahlseile, obwohl sie wesentlich weniger wiegen. Und weil sie sehr flexibel sind, kann man sie leichter handhaben. Außerdem gibt es bei Tauen aus KEVLAR weder Korrosion noch den gefürchteten Peitscheneffekt.

Kevlar ist keine Zukunftsvision, sondern Realität.

Auch wenn es ein bißchen fantastisch klingt, es stimmt. Alles, was wir hier über KEVLAR sagen, ist erprobt, bewährt, bewiesen. Und schon diese wenigen Beispiele zeigen, daß KEVLAR ein faszinierendes Material ist. Es zeigt Möglichkeiten auf, um mit bisher schier unlösbaren Problemen fertig zu werden. Und in den 90er Jahren wird vieles ohne KEVLAR undenkbar sein. Darum sollten Sie heute schon mehr darüber wissen.

Spezifische Zugfestigkeit.



KEVLAR ist 5mal stärker als Stahl

KEVLAR*

eine Technologie-Faser von Du Pont

Die „Engineering-Fibres Division" von Du Pont hat im High Tech-Bereich vielfach Pionierarbeit geleistet. Und kann dadurch Möglichkeiten aufzeigen, wie man die Festigkeit, Zuverlässigkeit und Sicherheit von Produkten verbessert. Das gilt heute genauso wie für die Zukunft. Beispiele für diese Entwicklungen sind Produkte wie Teflon*, Tyvek*, Typar*, Nomex*, Cordura* und hochfestes Nylon.

Du Pont de Nemours (Deutschland) GmbH, Hans-Böckler-Straße 33, 4000 Düsseldorf 30.

Du Pont. Ihr Partner für Entwicklungen

*Eingetragenes Warenzeichen von Du Pont



Baum und Hirsch sehen Bedenken ausgeräumt

gba. Bonn

Mit dem Auszug aus der Sitzung des Bundestagsinnenausschusses, der gestern noch einmal über die Gesetzentwürfe zum neuen Personalausweis und Paß sowie zu deren Nutzung bei polizeilicher Fahndung beriet, haben Sozialdemokraten und Grüne ihre ablehnende Haltung bekräftigt. Den von Union und FDP verabredeten Zeitplan konnten sie allerdings nicht durcheinanderbringen.

In einer Sitzungspause erklärte der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionschef Karl Miltner, die Gesetze würden wie geplant in dieser Woche in zweiter und dritter Lesung verabschiedet. Miltner äußerte ebenso wie die innenpolitischen Sprecher der Unionsfraktion, Laufs und Fellner, Unverständnis über die Haltung der Opposition. Immerhin seien die anstehenden Gesetze seit langem beraten worden, auch enthalte die in der Koalition am Dienstagabend vereinbarte Fassung des Paragraphen 163 d der Strafprozeßordnung („Schleppnetzfahndung") „keine gravierenden Änderungen". Zudem hätten SPD und Grüne keine eigenen Änderungsanträge gestellt.

Laufs erklärte zu dem Verhalten der SPD, daß die sozialdemokratischen Kollegen schon in der Vergangenheit an den Beratungen dieser Gesetze „so gut wie nicht teilgenommen" hätten. Deshalb sei es jetzt „blanke Heuchelei", wenn die SPD geltend mache, ihr genüge die Zeit zur Beratung in der Ausschußsitzung nicht.

Fellner wies darauf hin, alle Datenschutzbeauftragten hätten in der Anhörung klar gemacht, daß ihnen die Bestimmungen in dem umstrittenen Paragraphen zwar nicht weit genug gingen, doch würde diese Formulierung auf alle Fälle mehr Rechtssicherheit und mehr Datenschutz gegenüber dem Ist-Zustand für die Bürger bringen.

In der Union wurde die in der Koalitionsrunde vom Dienstagabend gefundene Formulierung ebenso positiv bewertet wie bei den Freien Demokraten. FDP-Chef Bangemann sprach von einem „erstklassigen Ergebnis". Auch seine Parteifreunde Baum und Hirsch sehen ihre in den vergangenen Tagen vorgebrachten Bedenken jetzt ausgeräumt.

„Ein sowjetisches Raketen-Reservat in Ostsibirien, das ist unzumutbar"

WELT-Interview mit dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Alfred Dregger hat sich in die Diskussion um die amerikanischen Erwägungen für eine Antwort auf die Gorbatschow-Vorschläge mit einem mahnenden Appell eingeschaltet. Nur wenn alle sowjetischen Mittelstreckensystem verschwänden, könnten auch „alle amerikanischen Mittelstreckensysteme aus Westeuropa abgezogen werden", erklärte Dregger in einem WELT-Interview. Die Fragen stellte Manfred Schell.

WELT: Über die Verhandlungspositionen, die zur Zeit für die Abrüstungsverhandlungen zwischen Ost und West in Washington erwogen werden, wird heftig spekuliert . . .

Dregger: Es gibt bisher keine Festlegungen; aber solche stehen bevor. Für ein Land wie die Bundesrepublik Deutschland, an der Grenze von Ost und West mitten in Europa und ohne eigene Atomwaffen, geht es dabei um Existenzfragen.

WELT: Wird für atomare Mittelstreckenraketen eine differenzierte Null-Lösung erwogen?

Dregger: Wenn schon eine Null-Lösung für atomare Mittelstreckenraketen, dann sollte sie vollständig und uneingeschränkt sein. Wenn alle amerikanischen Pershing 2 und Marschflugkörper verschwinden, dann müssen auch alle vergleichbaren sowjetischen Mittelstreckenraketen verschwinden. Ihnen ein Reservat in Ostsibirien einzuräumen, ist unzumutbar. Die SS 20 ist beweglich. Sie kann aus Ostsibirien sehr schnell nach Westen in Stellungen verlegt werden, aus denen sie ganz Europa bedrohen kann.

Da die Bundesrepublik Deutschland auf eigene Atomwaffen verzichtet und ihren atomaren Schutz treuhänderisch den USA übertragen hat (was niemand vergessen sollte), wäre beim Abzug der amerikanischen Pershing 2 und Marschflugkörper die Bundesrepublik Deutschland zwar insofern atomwaffenfrei, aber in gar keiner Weise atomwaffenbedrohungsfrei. Im Gegenteil, unsere Bedrohung durch sowjetische Atomwaffen würde mangels eines Gegengewichtes erheblich wachsen.

WELT: Was würde der Abzug aller Pershing 2 und Marschflugkörper von deutschem Boden für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland militärstrategisch bedeuten?

Dregger: Die Präsenz amerikanischer Atomwaffen auf deutschem Boden bedeutet für eine expansive Sowjetunion, daß sie bei uns nicht nur auf deutsche und andere NATO-Soldaten stieße, sondern auch auf die Weltmacht USA mit all ihren militärischen Resourcen einschließlich Atomwaffen. Das ist der beste Schutz, den eine Mittelmacht in exponierter Lage überhaupt erhalten kann. Die Stationierung amerikanischer Atomwaffen auf deutschem Boden bedeutet gleichzeitig, daß die USA mit ihrer nationalen Existenz, mit ihren Städten, für unsere Sicherheit haften, da jeder Krieg in Europa unvermeidlich auf die USA übergreifen würde.

Dieses amerikanische Risiko würde durch den Abzug aller Pershing 2 und Marschflugkörper von deutschem Boden vermindert, das deutsche Risiko würde entsprechend vergrößert, da die Ankoppelung durch amerikanische Mittelstreckenraketen an die strategischen Systeme in den USA sehr geschwächt würde. Das wäre für die Bundesrepublik Deutschland um so shwerwiegender, als Frankreich und Großbritannien es bis heute mit Entschiedenheit ablehnen, ihre Atomwaffen auf deutschem Boden zu stationieren und das damit verbundene Risiko zu tragen.

Hinzu kommt die außerordentliche Bedrohung gerade der Bundesrepublik Deutschland durch die sowjetischen Kurz- und Mittelstreckensysteme kürzerer Reichweite (22 21, 22 und 23), bei denen die Sowjetunion eine Überlegenheit von rund 7:1 hat.

Fazit: Die Bundesrepublik Deutschland, die anders als Frankreich und Großbritannien nicht über eigene Atomwaffen verfügt, entbehrte des Schutzes durch auf ihrem Boden stationierte Atomwaffen und wäre voll dem Bedrohungspotential der gesamten sowjetischen Kurzstreckensysteme und der in wenigen Tagen vom Osten Sibiriens nach Westen zu verlagernden sowjetischen SS 20-Mittelstreckensysteme ausgesetzt.

Ich meine: Nur wenn alle sowjetischen Mittelstreckensysteme verschwinden, können auch alle amerikanischen Mittelstreckensysteme aus Westeurpa abgezogen werden. Außerdem ist es dringend erforderlich, in eine solche Lösung auch die Kurz- und Mittelstreckensysteme kürzerer Reichweite mit dem Ziel einzubeziehen, Gleichgewicht auf niedrigerer Ebene herzustellen.

WELT: Wie werden sich die anderen von einer differenzierten Null-Lösung betroffenen Mächte gegenüber diesen Erwägungen verhalten?

Dregger: Frankreich und Großbritannien lehnen es ab, sich von den weit überlegenen Weltmächten vorschreiben zu lassen, welches atomare Potential sie sich zulegen können. Auch Japan, das insbesonders von den in Ostsibirien stationierten Mittelstreckenraketen bedroht ist, aber auch andere nicht-nukleare Länder Westeuropas, wie zum Beispiel die Niederlande, können von einer solchen Lösung nicht begeistert sein. Alle Völker haben das Recht darauf, in gleicher Sicherheit zu leben. Für die Sowjetunion gibt es weder eine politische noch eine moralische Rechtfertigung, ihre Nachbarn durch ein ungeheures Vernichtungspotential unter Druck zu setzen.

Schlußfolgerung: Wenn Null-Lösung, dann global, dann sollten die Kurz- und Mittelstreckensysteme vollständig verschwinden. Das gleiche gilt für die chemischen Waffen. Die interkontinental-strategischen Systeme der USA und der Sowjetunion sollten auf ein vernünftiges Maß zurückgeführt werden, was auf die Bereitschaft von Frankreich und Großbritannien Einfluß haben könnte, Begrenzungsmaßnahmen für ihre nationalen Atomstreitkräfte zuzustimmen. Die Bundesrepublik Deutschland sowie die anderen nicht-nuklearen Länder Westeuropas dürfen in einem Abrüstungsprozeß, den wir prinzipiell begrüßen, nicht zu einer Zone verminderter Sicherheit werden. Sie müssen in ihrer gefährdeten Lage durch atomare Waffen ihrer Verbündeten, die auf ihrem Boden stationiert sind, den gleichen Schutz genießen wie diese selbst.

Kiel will Vorgänge um Mülldeponie aufklären

Initiative der Sozialdemokraten / Ost-Berlin nutzt Marktlücke

GEORG BAUER, Kiel

Ein Untersuchungsausschuß des Schleswig-Holsteinischen Landtags unter Vorsitz des CDU-Landtagsabgeordneten Hans Detlev Stäcker hat nun das Wort. Auf Initiative der SPD-Landtagsfraktion eingerichtet, wird er sich mit den Vorgängen um die „DDR"-Sondermülldeponie Schönberg vor den Toren Lübecks auseinandersetzen. Auf das 15köpfige Gremium, das sich aus acht Christ- und sechs Sozialdemokraten sowie einem SSW-Landtagsabgeordneten zusammensetzt, kommt eine Flut von Fragen zu.

840 000 Tonnen

Hat die Landesregierung, wie der SPD-Oppositionsführer Björn Engholm formulierte, die Öffentlichkeit bewußt über die in Schönberg abgelagerten Stoffe im unklaren gelassen und die vom Umweltbundesamt geäußerten Bedenken gegen die Deponie ignoriert? Wird die Landesregierung via Bonn ausreichend über die Absichten der „DDR" in Zusammenhang mit Schönberg informiert? Welche Einflußmöglichkeiten hat Schleswig-Holstein auf den außerhalb des Hoheitsgebietes liegenden größten Müllhaufen Europas? Wie stark ist das Interesse der anderen Bundesländer am Erhalt der Deponie?

In der Landtagsdebatte reagierte Landwirtschaftsminister Günther Flessner gestern auf die Vorwürfe der SPD. „Die Sozialdemokraten", sagte er, „verfahren offensichtlich nach dem Motto: Laß die Landesregierung die umweltpolitische Dreckarbeit mit der DDR machen, wir reden mit der DDR über Abrüstung." Flessner zeigte gleichzeitig ein Dilemma auf, von dem Christdemokraten und Sozialdemokraten in gleichem Maße betroffen sind. In dem Bemühen, das Problembewußtsein für die Deponie bei Parteifreunden in anderen Bundesländern zu wecken, stoßen Genossen und CDU-Parteimitglieder auf wenig Gegenliebe. Selbst der hessische Umweltminister Joschka Fischer räumte kürzlich ein, daß Transporter aus Hessen auch im nächsten Jahr die Deponie ansteuern müßten.

Mit der Deponie nutzt Ost-Berlin eine Marktlücke im Westen. 840 000 Tonnen Müll lagerten Unternehmen aus der Bundesrepublik Deutschland, Italien, Österreich und die Niederlande im vergangenen Jahr in Schönberg ab. Ununterbrochen rollen die Transporter über den Grenzübergang Schlutup. Nach inoffiziellen Schätzungen kassierte die „DDR" dafür einen Betrag von 50 bis 60 Millionen Mark, die sie – angelegt auf einem Sonderkonto der Deutschen Bank – für Wareneinkäufe in der Bundesrepublik nutzt.

Auslöser des erneuten Streits um Schönberg sind Zeitungsberichte, in denen die Behauptung aufgestellt wird, Ost-Berlin gestatte das Ablagern hochgiftiger Stoffe in Schönberg. Ein von Kiel erarbeiteter Katalog aus dem Jahre 1983, der nicht erlaubte Stoffe auflistet, sei von der „DDR" negativ verändert worden. Flessner hatte diese Darstellungen jüngst als unzutreffend zurückgewiesen. Ein entsprechender Vorstoß der „DDR", der auf eine Änderung der Aufnahmemodalitäten zielte und über den Bonn informiert worden war, sei ad acta gelegt worden, nachdem Schleswig-Holstein Bedenken geäußert hätte.

In der Diskussion um Schönberg waren auch Unstimmigkeiten zwischen Kiel und Bonn offenkundig geworden. Vor allem der mangelnde Informationsfluß aus Bonn war bei der Landesregierung auf Kritik gestoßen.

Eine „Zeitbombe"?

Bei der parlamentarischen Kontroverse in der von den Grünen beantragten Aktuellen Stunde des Bundestages lastete der SPD-Abgeordnete Reinhold Hiller gestern der Bundesregierung an, bisher nichts getan zu haben, um mit der „DDR" eine rechtsverbindliche Vereinbarung über die Sicherheit der Müllagerung in Schönberg zu erreichen. Hiller sprach im Fall dieser Deponie von einer „Zeitbombe". Der CDU-Politiker Rolf Olderog unterstrich, Expertengespräche und die sorgfältige Prüfung aller von der „DDR" zur Verfügung gestellten Unterlagen hätten keine Anhaltspunkte für Sicherheitsbedenken gegeben. Die Kieler Landesregierung habe sich seit langem bemüht, den lawinenartig anwachsenden „Mülltourismus" in Grenzen zu halten.

Hellenbroich entlastet Spranger

WERNER KAHL, Bonn

Der frühere Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Heribert Hellenbroich, hat bei einer weiteren Vernehmung gestern vor dem Spionage-Untersuchungsausschuß des Bundestages den von der Opposition heftig angegriffenen Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Carl-Dieter Spranger (CSU), entlastet. Bei der Vernehmung Hellenbroichs, der wegen des Falles Tiedge im Sommer vorigen Jahres entlassen worden war, ging es um die Rolle Sprangers in der Aufsicht über das Bundesamt für Verfassungsschutz. Schwerpunkt der Gespräche zwischen dem Verfassungsschutz und Spranger sei stets der Wunsch des Staatssekretärs nach weitgehender Aufklärung der Bevölkerung durch „offene Berichte" über linksextremistische Einflüsse, subversive kommunistische Aktionen und die Tätigkeit des „DDD"-Staatssicherheitsdienstes in der Bundesrepublik Deutschland gewesen, sagte Hellenbroich. In die nachrichtendienstlichen Aufgaben des Verfassungsschutzes habe sich Spranger keinesfalls eingemischt.

Die Grünen seien, nach Angaben Hellenbroichs, während seiner Amtszeit nicht „beobachtet" worden. Im Kölner Amt wurde die Auffassung vertreten, daß die Grünen in ihrer Gesamtheit keine verfassungsfeindlichen Ziele verfolgten. Der Verfassungsschutz habe sich deshalb auf die Beobachtung linksextremistischer Aktivitäten konzentriert. Dies habe auch Spranger akzeptiert, betonte Hellenbroich.

In den Gesprächen mit dem Vertreter des Bundesinnenministeriums sei es jedoch durchaus zu Spannungen gekommen, räumte Hellenbroich ein, weil Spranger „lesbare Berichte" und nicht „knorriges Beamtendeutsch" verlangt habe. Die Vernehmung Hellenbroichs war bei Redaktionsschluß noch nicht beendet.

Die SPD will im Ausschuß weitere zehn Zeugen hören. Nachdem sich bisher keinerlei Verdachtsmomente ergeben haben, daß Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) von der Affäre des früheren Regierungsdirektors Hans-Joachim Tiedge in der Spionageabwehr Kenntnis hatte, schoß sich die Opposition in den letzten Wochen Spranger ein.

Auto-Quoten

Sbt. (Washington) – Die „Großen Drei" unter den US-Autoherstellern haben im vergangenen Jahr nach Steuern 8,1 Milliarden Dollar verdient. Das ist ein gewaltiger Brokken, auch wenn das Rekordergebnis von 1984 um 1,7 Milliarden Dollar unterschritten wurde. Zu danken haben General Motors, Ford und Chrysler diesen Geldregen nicht so sehr ihrem eigenen Fleiße, sondern den Japanern, die seit 1981 die Belieferung des amerikanischen Marktes freiwillig beschränken. Erst jetzt kündigten sie die Einhaltung einer Exportquote von 2,3 Millionen Wagen im kommenden Haushaltsjahr, dem sechsten, an.

Neue Berechnungen zeigen die Auswirkungen eines solchen Quotensystem: Bei anhaltend starker Nachfrage ermöglichte es den Japanern, den Liefermix zugunsten teurer Autos mit höherer Gewinnspanne zu verändern und die Preise im Durchschnitt um 2500 Dollar anzuheben. Angesichts des stark überbewerteten Yen machte die „Subvention" im Sommer sogar 2700 Dollar für einen Wagen aus, der 10 000 Dollar kostete. Der gebremste Wettbewerb erlaubte es wiederum Detroit, ebenfalls höhere Preise zu fordern. Für die 7,8 Millionen Pkws, die 1985 verkauft wurden, waren es im Schnitt 1000 Dollar.

Wer zahlte die Zeche? Natürlich die Verbraucher, die 1984 und 1985 zusätzlich 26,6 Milliarden Dollar hinblättern mußten. Jeder der geretteten 44 000 Arbeitsplätze wurde mit jährlich 300 000 Dollar subventioniert, wobei der Jahreslohn nur ein Zehntel ausmachte. Es war überdies das schlechteste protektionistische Rezept: Zölle wären wenigstens dem US-Fiskus zugute gekommen.

In der Schwebe

adh. – Der ungesunde Schwebezustand bei der notleidend gewordenen Deutschen Anlagen-Leasing (DAL) dauert an. Nachdem die mit zehn Prozent am wenigstens bei der größten deutschen Leasing-Gesellschaft beteiligten Dresdner Bank einen geordneten Rückzug versucht – daran ist trotz der offziell fehelenden Bestätigung nicht zu zweifeln – herrscht bei den übrigen Partnern in dem teuren Engagement neben Säuernis vor allem Hektik. Bisher sind die beteiligten Landesbanken bei der Stange geblieben, auch wenn es ihnen zum Teil alles andere als leicht gefallen ist. Mit der Übernahme hoher Sanierungsbeiträge wurde die Hoffnung verbunden, wenigstens die gesunden Teile der DAL, und das ist immerhin ein Leasingbestand von sieben Milliarden Mark, dauerhaft zu erhalten. Gelingen kann das freilich nur, wenn endlich Ruhe einkehrt in Sachen DAL und ein sauberes, dauerhaftes Konzept klar wird.

AUSSENWIRTSCHAFT / Der DIHT warnt vor Zersplitterung der Aktivitäten

Kritik an „Vasco-da-Gama-Attitüde" von verschiedenen Landespolitikern

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Die häufig überzogenen und oft unkoordinierten außenwirtschaftlichen Aktivitäten der Bundesländer werden vom Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT) kritisiert. DIHT-Präsident Otto Wolff von Amerongen warnte auf der Vorstandssitzung der Kammerorganisation vor einer Zersplitterung des Gütesiegels „Made in Germany". Um diesen Gefahren zu begegnen, fordert der DIHT mehr Transparenz und Koordination.

Durch eigene Auslandsrepräsentanzen, durch außenwirtschaftliche Subventionen und auch durch die „Vasco-da-Gama-Attitüde" verschiedener Landespolitiker draußen in der Welt droht nach Ansicht Otto Wolffs die Gefahr, daß nicht das Produkt „Made in Germany", sondern das Nebenprodukt zum Beispiel „Made in Bayern" oder „Made in Baden-Württemberg" um Marktanteile kämpfe. In einer Denkschrift, die vom DIHT-Vorstand gestern verabschiedet wurde, wird darauf hingewiesen, daß bei der föderalen Struktur der Bundesrepublik auch die Exportförderung durch die Länder nützlich sein könne, sofern sie bestehende Bundesmaßnahmen sinnvoll ergänze oder Lücken fülle.

„Bedenklich sind solche Maßnahmen soweit sie – zum Beispiel durch eine zu starke Förderung der Subventionsmentalität – gegen ordnungspolitische Grundsätze verstoßen, soweit sie eindeutig Zuständigkeiten des Bundes betreffen und soweit sie nicht einem erkennbaren Bedarf der davon betroffenen Wirtschaft entgegenkommen", heißt es in der Denkschrift. Häufig entsprächen die Aktivitäten der Bundesländer diesen Kriterien nicht oder nur ungenügend. Die Gefahren einer solchen Entwicklung lägen in der Überschneidung von Bundes- und Länderprogrammen bei gleicher Zielrichtung, in der wettbewerbsverzerrenden Wirkung der damit verbundenen finanziellen Unterstützung nach innen und in dem uneinheitlichen Bild, das die Bundesrepublik und ihre staatlichen Untergliederungen draußen bieten. Somit drohe letztlich die Ineffizienz der eingeschlagenen Wege und Mittel. Dies führe nicht nur zu einer Verwirrung deutscher Unternehmen, sondern auch bei den Partnern.

Um Abhilfe zu schaffen, plädiert der Handelstag für mehr Koordinierung zwischen allen Beteiligten. So sollte einerseits die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern im außenwirtschaftlichen Bereich vertieft werden. Zum anderen sollten aber auch Bund und Länder die Zusammenarbeit mit den Industrie- und Handelskammern im Inland und den deutschen Auslandshandelskammern verbessern.

Zu den Maßnahmen mit langer Tradition gehörten die Auslandsmesse-Förderung und die Exportberatungs-Programme. Sie seien in den vergangenen Jahren erheblich ausgeweitet worden. Dabei gerieten Unternehmen solcher Bundesländer in den Rückstand, die den finanziellen Wettlauf nicht mitgemacht haben oder in denen solche Programme gar nicht bestehen. Unterschiedliche Förderungsmöglichkeiten wirkten wettbewerbsverzerrend. Eine Abstimmung und Harmonisierung, vor allem in den dafür zuständigen Bundes-Länder-Ausschüssen, wäre daher wünschenswert. Bei den Repräsentanzen der Bundesländer im Ausland kritisiert der DIHT den häufig unverhältnismäßig hohen Aufwand.

Reisen in wichtige Länder, auf denen sich Vertreter der Bundesregierung und von Länderregierungen von Wirtschaftsdelegationen begleiten lassen, können nach Ansicht des DIHT als Mittel der Kontaktanbahnung oder des Einstiegs in fremde Märkte sinnvoll und notwendig sein. Häufig mangele es aber an ausreichender Zusammenarbeit bei der Vorbereitung, zum Teil liefen die Aktivitäten zu kurzfristig, zum Teil leide die Effizienz der Delegation darunter, daß die außenwirtschaftlichen Anliegen stark hinter den politischen Prioritäten zurückträten. Für die Einheitlichkeit und Nachhaltigkeit der Vertretung deutscher Wirtschaftsinteressen im Ausland sei bereits in einem sehr frühen Stadium eine größere Transparenz erforderlich. Die Kammerorganisation sei bereit, eine entsprechende Stelle zu schaffen.

AKTIENMARKT

Degab sieht deutsche Börse in grundsolider Verfassung

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Einen Kurssteigerungsspielraum von 15 bis 25 Prozent bei fünf- bis zehnprozentigem (temporären) Rückschlagsrisiko sieht die zum Konzern der Deutschen Bank gehörende Deutsche Gesellschaft für Anlageberatung (Degab) für den deutschen Aktienmarkt im laufenden Jahr. Das im nun vierten Aufschwungjahr erreichte Kursniveau deutscher Aktien habe in der Gesamtkonjunktur, im jetzt erst beim Faktor zwölf liegenden Kurs/Gewinnverhältnis der Aktien und in den 1986 weiter steigenden Unternehmensgewinnen eine grundsolide Basis. Mithin gäbe es keinen erkennbaren Grund zum nachhaltigen Abknicken der Hausse.

Nach einem mehr als ein Jahrzehnt andauernden Aushöhlungsprozeß der Ertragskraft deutscher Unternehmen werden sich deren Gewinne 1986 nach Degab-Einschätzung im vierten Besserungsjahr um weitere „gut zehn" (1985: gut 20) Prozent erhöhen. Parallel dazu gewinne der Konjunkturaufschwung an Tempo, verminderе sich das Defizit der öffentlichen Haushalte weiter, habe der gesunkene Kapitalmarktzins mit sechs Prozent wohl noch nicht sein unteres Ende erreicht.

Nach Branchen sortiert, kommt die Degab bei den von ihr analysierten 140 deutschen Aktienwerten für 1986 zu folgenden Ertragserwartungen. Konsumbezogene Werte dürften mit 20 Prozent Gewinnbesserung, darunter Warenhäuser sogar mit plus 40 Prozent, an der Spitze stehen. Die Autoindustrie dürfte auf ihrem hohen 1983er Gewinniveau verharren. In der Investitionsgüterindustrie könnte der Maschinenbau erneut 25 Prozent und die Elektroindustrie noch 7,5 Prozent an Gewinn zulegen.

Die Stahlwerte, die 1985 mit einem etwa eine Milliarde DM ausmachenden Ertragsumschwung „endlich nennenswert" in die schwarzen Zahlen zurückkehrten, könnten ihre Gewinne um mehr als 20 Prozent steigern. Für andere „zyklische Bereiche" (NE-Metallverarbeitung, Papier, Glas) wird ein mehr oder weniger konstantes Ertragsniveau erwartet, für Bauindustrie und Baustofferzeuger wenigstens ein Stopp der Ertragstalfahrt, für die blühende Chemieindustrie hingegen „auf recht hohem Ertragsniveau" eine weitere Besserung um acht Prozent.

Die Leistungsfähigkeit des Aktienmarktes, folgert die Degab, komme nicht nur den Anlegern, sondern zunehmend auch den Unternehmen direkt zugute. Schon im bisherigen Verlauf von 1986 seien die Kapitalerhöhungen („zu für die Unternehmen recht attraktiven Emissionskursen") 2¼ Milliarden DM aufgebracht worden. Mehr als zehn (nach neun) Milliarden dürften es gewiß bis Jahresende werden. Und abermals sei dabei eine sicherlich 15 bis 20 Fälle ausmachende Zahl von Börsen-Neueinführungen vor allem aus dem Kreis mittelständischer Unternehmen zu erwarten.

Ende der Schußfahrt?

Von DANKWARD SEITZ

Sie freuen sich schon wieder. In den Alpen liegt der Schnee meterhoch, und der Absatz läuft wie seit langem nicht mehr. Statt der befürchteten Stagnation signalisieren erste Marktuntersuchungen den Herstellern von Ski und Zubehör ein unverhofftes Wachstum von weltweit vier Prozent auf etwa 9,4 Millionen Paar Ski in der laufenden Saison. Optimismus, zumindest Zuversicht herrscht angesichts dieses zaghaften Frühlingserwachens auf der 24. Internationalen Sportartikelmesse in München auf den Ständen. Doch ob damit die konjunkturelle Eiszeit für die Brett-Anbieter schon vorbei ist, wagt niemand zu sagen. Und wer wird sich denn die Stimmung verderben lassen?

Die Bescheidenheit der Ski-Produzenten geht auf die bitteren Erfahrungen der letzten Jahre zurück: Bis fast gegen Ende der 80er Jahre schienen die Bäume für die Branche mit durchschnittlich zweistelligen Zuwachsraten in den Himmel zu wachsen. Die Ernüchterung allerdings, die dann kam, war umso herber. Von rund zwölf Millionen Paar Ski, die noch 1980 weltweit verkauft werden konnten, schrumpfte der Markt binnen drei Jahren dramatisch auf unter neun Millionen. Und echtes Wachstum ist ihm seitdem auch nicht mehr abzuringen.

Viele, auch namhafte Skihersteller blieben im Kampf um Marktanteile auf der Strecke. Wer bis heute überlebte, zählt sich gerne zur Elite, auch wenn er noch immer teuer dafür bezahlen muß, daß die Branche (ohne Ausnahme) mit dem Anfschwung des weißen Sports allzu sorglos zu große Produktionskapazitäten aufgebaut hat. Da bedeutet selbst das leichte Anziehen des Weltmarktes noch lange keine durchgreifende Ertragserholung. So schätzen Branchenkenner, daß von den zehn größten Skifabrikanten nur drei schwarze Zahlen schreiben und einer um die Nullmarke herumwedelt. Alle anderen fahren mehr oder weniger hohe Verluste ein.

Freuen kann sich die Branche, die nach eigenem Bekunden Preiserhöhungen dringend nötig hätte, daß diesmal am deutschen Markt relative Ruhe herrschte. Mit einem Volumen von etwa 1,1 (1980: noch 1,5) Millionen Paar Ski ist er in Zentraleuropa (3,5 Millionen) der bedeutendste – aber auch mit einem im Durchschnitt um zwölf Prozent niedrigeren Preisniveau der billigste. Während in den vergangenen Jahren schon Anfang Dezember mit Sonderangeboten von selbst besten Skimodellen der Markt aus den Angeln gehoben wurde, gab es in den letzten Monaten lediglich Preisnachlässe für Auslaufware.

Diese Preisstabilität mag zum einen dadurch bedingt sein, daß einige Unternehmen zur Vernunft gekommen sind. Mehr noch aber dürfte es wohl nur Ausdruck des harten Wettbewerbs sein. Inzwischen werden nämlich über 70 Prozent aller Ski am deutschen Markt nur noch von zehn großen Händlern (Kaufhäuser, Einkaufsverbände) verkauft. Dabei werden oft so ein Branchenkenner, noch nicht einmal Deckungsbeiträge erzielt.

Als ein weiteres Handicap erweist sich dabei für die Ski-Industrie, so ein Hersteller, daß sich der Handel zunehmend auf weniger Marken konzentriert. So hielten vor zehn Jahren sechs Firmen einen deutschen Marktanteil von 40 Prozent; inzwischen sind es schon 67 Prozent. Und mit jährlichen kostspieligen Modellwechseln oder technischen Neuerungen sind auch keine großen Erfolge mehr vorzuprogrammieren, denn „die Deutschen fahren in Europa nicht die billigsten, aber dafür die ältesten Ski" (vier bis fünf Jahre).

Die generelle Zuversicht, die das leichte Marktwachstum nur unter den Skiproduzenten ausgelöst hat, ist mit Vorsicht zu genießen. Die derzeit guten Schneeverhältnisse in den Alpen mögen den Absatz in Europa etwas beleben, doch getragen wird die steigende Nachfrage von den Ländern in Übersee, vor allem den USA, Kanada und Japan. Nur hiervon können die wenigsten europäischen Hersteller profitieren. Und so eindrucksvoll und berauschend hohe Absatzzahlen im Bereich Langlauf-Ski (Volumen: weltweit 3,5 Millionen, Bundesrepublik 0,64 Millionen Paar) auch sein mögen, „das eigentliche Geld wird nur mit Alpin-Ski verdient".

Zu alledem ist inzwischen bei den führenden Skiherstellern ein Rationalisierungsprozeß in Gang gekommen, der schon bald endgültig die Spreu vom Weizen trennen wird. Mit Millionen-Beträgen, die sich nur wenige angesichts ihrer Ertragslage leisten können, wird die Produktion auf numerisch gesteuerte Maschinen umgestellt. Neben höherer Qualität soll dies eine Arbeitszeitersparnis sowie eine zusätzliche Kapazitätsausweitung von jeweils rund 20 Prozent ermöglichen. Wer da nicht mithalten kann, dürfte zumindest den 90er Jahren kaum zuversichtlich entgegensehen.

AUF EIN WORT



„In den letzten Dekaden der Automobilgeschichte hat sich vor allem die deutsche Industrie mit großem Erfolg auf eine Ausrichtung ihrer Produkte konzentriert, die man mit Hochleistung und Qualität umschreiben kann. Hochleistung heißt dabei nicht Höchstgeschwindigkeit, sondern das Streben nach technischer Perfektion – wobei die Geschwindigkeit nur ein dauerhafter Ausweis perfekter Konstruktionsarbeit ist."

Eberhard von Kuenheim, Vorstandsvorsitzender der Bayerischen Motoren Werke AG, München.
FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

HWWA kritisiert Bonns Steuerpolitik

rtr, Hamburg

Kritik an der Steuerpolitik der Bundesregierung hat das HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung geübt. Die volkswirtschaftliche Steuerquote in der Bundesrepublik werde auch 1989 – trotz der zweistufigen Steuerreform 1986/88 und anderer steuerlicher Entlastungen – nur wenig niedriger sein als 1982 (23,7 Prozent), dem letzten Jahr der sozial-liberalen Koalition, heißt es in dem jüngsten Konjunkturbericht des Instituts. Von einer Senkung der gesamtwirtschaftlichen Stuerbelastung könne auf absehbare Zeit keine Rede sein.

POLEN-SCHULDEN

Warschau kann auch 1986 die Zinsen nicht bezahlen

cgs. Wien

Polen ist nicht imstande, 1986 seine Auslandsschulden zu bezahlen. Wenige Tage vor den Verhandlungen mit westlichen Banken am 24. Februar in Frankfurt und mit westlichen Regierungsvertretern im „Pariser Club" am 6. März stellt sich die Schuldenfrage so dar: Warschau müßte 1986 mehr als 5 Milliarden Dollar Zinsen an westliche Regierungen und Banken, einschließlich Banken in Libyen, Irak und den Vereinigten Arabischen Emiraten zahlen. 1985 aber wurden im Außenhandel mit westlichen Ländern (einschließlich Dienstleistungen) nicht mehr als 2 Milliarden Dollar erwirtschaftet.

Die Auslandsschulden Polens werden auf 30 Milliarden Dollar geschätzt. Durch den sinkenden Dollarkurs könnte sich dieser Betrag um 800 Millionen verringert haben, da viele Polen-Kredite in anderen westlichen Währungen gegeben wurden. Zbgniew Karcz, Direktor der Auslandsabteilung im Finanzminsterium, sprach von 3 Milliarden Dollar, die Polen zusätzlich benötige, um die diesjährigen Zinsen – bei einem durchschnittlichen Zinssatz von zehn Prozent – bezahlen zu können. Finanzminster Stanislaw Nieckarz sagte, zusätzlich zum polnischen Handelsüberschuß benötige Polen „weit mehr als 1000 Millionen Dollar" an weiteren Krediten, um einer neuerlichen Umschuldung zu entgehen.

Die polnische Regierung hofft, daß der Internationale Währungsfonds (IWF) ihren Aufnahmeantrag akzeptieren und ihr damit weitere Kreditmöglichkeiten erschließen wird. Jedoch müßte Polen auch nach Beitritt zum Währungsfonds mindestens ein Jahr warten, bevor alle Formalitäten erledigt sind, die Warschau besondere Ziehungsrechte in der Höhe von 750 bis 1000 Millionen Dollar erschließen.

US-INDUSTRIE

Schwächerer Dollar bewirkt eine bessere Auslastung

Sbt. Washington

Die USA haben den Tiefpunkt in der industriellen Kapazitätsauslastung, die im Oktober auf 79,8 Prozent gesunken war, überwunden. Seitdem ist, wie die Notenbank in Washington mitteilte, ein deutlicher Aufwärtstrend festzustellen, der auf das im vierten Quartal 1985 beschleunigte Wirtschaftswachstum und die Abwertung des Dollars zurückzuführen ist. In einigen Branchen ist die verbesserte Wettbewerbsfähigkeit bereits durchgeschlagen. In den USA erhöhte sich die Industrieproduktion im Januar um 0,3 Prozent, verglichen mit 0,7 und 0,8 Prozent in den beiden Vormonaten.

Im Januar nahm die Auslastung um 0,1 auf 80,8 Prozent zu, so daß das Plus seit Oktober ein volles Prozent ausmachte. Noch nicht erreicht sind die vor zwölf Monaten registrierten 81,1 Prozent. In der Weiterverarbeitung betrug das Ergebnis 80,6 (80,7), wobei die Hersteller langlebiger Gebrauchsgüter 78,4 (79,3) und die Konsumgüter-Produzenten 84 (82,8) Prozent erzielten. Auf 82,2 Prozent erholt hat sich der Auslastungsgrad in der Automobilindustrie, der von Januar 1985 bis Oktober von 85,6 auf 74 Prozent geschrumpft war.

Die höchste Auslastung meldete im Januar die Mineralölindustrie mit 91,8 (Vorjahr: 87,7) Prozent, gefolgt von der Raum- und Luftfahrtindustrie mit 87,7 (80,3) Prozent. In der Metallverarbeitung waren es 81,1 (80), im Maschinenbau 73,2 (76) und bei Elektrogeräten 72,9 (78,4) Prozent.

Im Bergbau sank die Auslastung seit Jahresfrist von 82,6 auf 80,6 Prozent, was auf die reduzierte Bohrtätigkeit in der Ölbranche zurückzuführen ist, und bei den Versorgungsgesellschaften von 83,5 auf 81 Prozent. Als Inflationsschwelle gilt eine durchschnittliche Auslastung von 85 bis 86 Prozent.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Bei Auslandsvermögen bilden USA Schwerpunkt

Frankfurt (dpa/VWD) – Bei den Auslandsvermögen der deutschen Unternehmen bilden die Vereinigten Staaten einen immer deutlicheren Schwerpunkt. Wie die Deutsche Bundesbank mitteilte, erreichten die Vermögen der Firmen aus der Bundesrepublik in den USA Ende 1984 einen Bilanzwert von 35,6 Mrd. DM. Sie übertrafen damit erstmals diejenigen der US-Unternehmen im Bundesgebiet (33,6 Mrd. DM).

Industriepreise gefallen

Wiesbaden (dpa/VWD) – Die günstige Entwicklung beim Mineralöl hat im Januar gegenüber Dezember 1985 zu einem Rückgang der Erzeugerpreise für gewerbliche Produkte um 0,2 Prozent geführt. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, blieben damit die Preise innerhalb Jahresfrist konstant. Im November und Dezember 1985 hatten sich die Industriepreise noch um 1,3 Prozent beziehungsweise 0,9 Prozent erhöht.

Weniger Beschäftigte

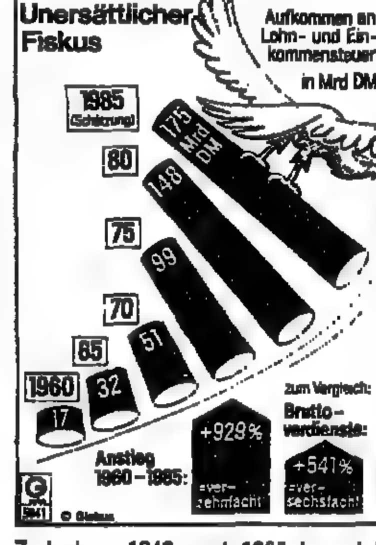
Wiesbaden (AP) – Im Bauhauptgewerbe der Bundesrepublik waren im Dezember 1985 etwas weniger Menschen beschäftigt als ein Jahr zuvor. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, ging die Zahl der Beschäftigten um 0,6 Prozent auf 1.012.900 zurück. Im Vergleich zum vergangenen November gab es einen Rückgang um 2,8 Prozent.

Bausparen gefragt

Bonn (Go.) – Der Aufwärtstrend der Neuabschlüsse bei den privaten Bausparkassen hat sich 1985 verstärkt. Die Bausparsumme der neu abgeschlossenen Verträge erhöhte sich im vergangenen Jahr um 8,7 Prozent auf 55 Mrd. DM. Im Vorjahr war die Bausparsumme nur um 2,4 Prozent gestiegen. Die Zahl der neuen Verträge nahm 1985 um 4,3 Prozent auf 1,7 Mill. zu. Der Geldeingang lag um 3,2 Prozent über dem Vorjahresergebnis.

Streit um Baugesetzbuch

Bonn (Go.) – Nach wie vor konträr bewerten Bundesregierung und Opposition den von Bauminister Oscar Schneider vorgelegten Entwurf



Zwischen 1960 und 1985 hat sich das Aufkommen an Lohn- und Einkommensteuer verzehnfacht. Die Arbeitnehmerverdienste haben sich im gleichen Zeitraum „nur" versechsfacht. Das liegt vor allem daran, daß immer mehr Arbeitnehmer mit steigenden Verdiensten in die Progressionszone des Steurtarifs hineinrutschen. Steuerreformen, wie die jetzt in Kraft getretene, sollen diesen Trend zu höherer Steuerbelastung unterbrechen.
QUELLE: GLOBUS

eines Baugesetzbuches. Während sich Schneider nach einem Gespräch mit Landräten, Oberkreisdirektoren und Oberbürgermeistern in seiner Überzeugung bestärkt sieht, daß das Baugesetzbuch noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden müsse, plädierte der Verstand der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik für eine Zurückstellung. Der Regierungsentwurf sei völlig unzureichend.

Guter Besuch

Hannover (dos) – Weitgehend zufrieden sind Aussteller und Veranstalter mit den Ergebnissen der gestern in Hannover zu Ende gegangenen Internationalen Bau-Fachmesse Constructa. Trotz der ungünstigen Rahmenbedingungen wurden rund 185 000 Besucher aus 35 Ländern gezählt, nur geringfügig weniger als zur letzten Constructa im Jahre 1982. Von den Ausstellern rechnen zwei Drittel mit einem guten Nachmesse-Geschäft.

NEUE TECHNIKEN

„Dritte Welt einbeziehen"

HH. Bonn

Die größten wirtschaftlichen Fortschritte werden in den kommenden Jahren in der Elektronik stattfinden. Die neuen Technologien dürfen daher den Entwicklungsländern nicht vorenthalten werden, wenn man deren Wettbewerbsfähigkeit nicht beschränken und den Abstand zu den Industrieländern nicht noch vergrößern will. Das erklärte der Generalsekretär der Internationalen Fernmeldeunion (ITU), Butler, gestern im Bundestagsausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Er erinnerte daran, daß schätzungsweise 46 Prozent des Bruttosozialprodukts der USA von „Informationsarbeitern" erstellt werde. In der Bundesrepublik werde bereits knapp ein Drittel der Arbeitskräfte als „Informationsarbeiter" eingestuft. In ähnliche Richtung gehe die Entwicklung in der Dritten Welt. Vor allem in Ländern mit großen Entfernungen und vielen Inseln sei der Bedarf an Fernmeldeverbindungen für ihre Infrastruktur weit größer als in Industrieländern.

Die Digitaltechnik sei nicht zuletzt deshalb für die Dritte Welt zu empfehlen, weil sie in Anschaffung und Betrieb billiger sowie leichter zu installieren und zu warten sei. Außerdem verfüge sie über eine bessere Qualität und größere Betriebszuverlässigkeit. Die Masse der Bevölkerung lebe im ländlichen Raum, der nur mit Hilfe dieser neuen Technik in die bestehenden Informationssysteme einbezogen werden könne. Die Empfehlungen der ITU gehen dahin, Entwicklungsprogramme nur noch als ausgewogen und erfolgversprechend anzusehen, wenn dieser Aspekt berücksichtigt sei.

HAUS- UND GRUNDEIGENTÜMER / Die WELT sprach mit Theodor Paul, Präsident des Zentralverbandes

Zu viele Wohnungen werden gebaut und gefördert

ARNULF GOSCH, Bonn

Eine „Wertevernichtung" gewaltigen Ausmaßes befürchtet der Präsident des Zentralverbandes der deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer, Theodor Paul, für den Fall, daß die Wohnungsbauförderung, speziell die Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus, im bisherigen Umfang aufrechterhalten bleibt und daß, wie von Bundesbauminister Oscar Schneider gefordert, bis auf weiteres Jahr für Jahr rund 300 000 Wohnungen anstatt höchstens 200 000 Einheiten in der Bundesrepublik neu erstellt werden. In einem Gespräch mit der WELT schloß Paul nicht aus, daß sich in den kommenden Jahren die Frage nach einer Beendigung auch der Eigentumsförderung stellen könnte. Der gesättigte Wohnungsmarkt und die wachsenden Leerstände könnten durchaus ein „Umdenken" in dieser Frage erforderlich machen.

„Unter den gegebenen Umständen" hält Paul aber die staatliche Förderung des Einfamilienhaus- und Zweifamilienhaus-Eigentums weiterhin für nötig, wenn man erreichen wolle, daß auch einkommensschwächere Bevölkerungsgruppen die Möglichkeit erhalten, Eigentum zu bilden. Die Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus dagegen sei „nicht mehr zeitgemäß".

In der kommenden Legislaturperiode müßten Pauls Meinung nach „die Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft endlich auch in der Wohnungswirtschaft zur Anwendung gelangen". Dazu bedürfe es eindeutiger ordnungspolitischer Entscheidungen. Die Versorgung breiter Schichten der Bevölkerung mit angemessenem Wohnraum könne bei dem jetzt erreichten Sättigungsgrad in einer sozialen Marktwirtschaft nicht mehr Aufgabe des Staates sein. „Private Investoren gewährleisteten den jetzigen Versorgungsstand am effektivsten", meinte der Präsident. Und dazu wäre erforderlich, daß der freien vertraglichen Vereinbarung zwischen Mieter und Vermieter größtmöglicher Raum gegeben werde, wobei auch durch Vertrag zum Beispiel ein Dauerwohnrecht gegeben werden könne.

Paul plädierte in diesem Zusammenhang für einen weiteren Abbau des Kündigungsschutzes, zumindest des, wie er meint, „doppelten Kündigungsschutzes". Es sei völlig ausreichend, wenn die Sozialklausel des Paragraphen 556a BGB weiter gilt. Aber die Vertragsfreiheit sollte doch so weit wie möglich wieder eingeführt werden.

Exakte Daten fehlen

Erheblichen Anteil an dem gegenwärtigen Wohnungsüberangebot habe der Mangel an exakten statistischen Unterlagen. Insofern seien die Wohnungsleerstände auch nicht dieser Bundesregierung anzulasten, sondern ihren Vorgängerinnen. Schon vor vielen Jahren habe seine Organisation gemeinsam mit dem Mieterbund und dem Gesamtverband Gemeinnütziger Wohnungsunternehmen Bundeskanzler Helmut Schmidt aufgefordert, eine Gebäudezählung durchzuführen, da anderenfalls Milliardenbeträge fehlinvestiert würden.

Auch von der nun endlich bevorstehenden Wohnungszählung verspricht sich der Haus- und Grundeigentümer-Präsident nicht allzu viel. Denn die Ergebnisse würden frühestens zwei Jahre später vorliegen, und dann befinde man sich vielleicht schon wieder in einer Entwicklung, in der die neuesten Erkenntnisse nicht mehr viel nutzten. In Gesprächen mit dem Statistischen Bundesamt dringt Paul immer wieder darauf, die Ergebnisse der Erhebung schneller als bisher üblich vorzulegen.

Mit dem vom Wiesbadener Amt ermittelten Mietpreisindex ist Paul ebenfalls nicht zufrieden. Das derzeitige Erhebungssystem für den Preisindex für Wohnungsmieten weise erhebliche Schwächen auf, weil die bei dieser Erhebung erfaßten Wohnungstypen nicht mehr repräsentativ für den gesamten Wohnungsmarkt seien. Paul erinnerte daran, daß in diesen Index auch die kommunalen Gebühren und Mieterhöhungen von Altbaumodernisierungen miteinflössen. Dieser Index diene also nicht der Klarheit und müßte daher den Erfordernissen der Praxis angepaßt werden.

Das Baugesetzbuch könnte nach Pauls Meinung durchaus noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden. Es bedürfe aber noch gründlicher Beratungen und Überarbeitungen, denn es gebe Teilprobleme, „über die man nicht im Eilgalopp hinweggehen" dürfe. Der Präsident kritisiert die vorgesehene Übertragung weiterer Kompetenzen beim Enteignungs- und Beitragsrecht auf die Länder, weil dies nur zu einer Rechtszersplitterung führen werde, „die wir einfach nicht gebrauchen können". Die daraus entstehende Rechtsunsicherheit würde zu einem starken Gefälle bei der Erneuerung und Erhaltung der Städte mit allen ungünstigen volkswirtschaftlichen Auswirkungen führen. Paul hält auch den Gebotskatalog, der in vollem Umfang aufrechterhalten bleiben soll, für „völlig überflüssig". Alle wüßten, daß zum Beispiel das Baugebot „überhaupt keine Rolle" mehr spiele.

Überflüssige Regelungen

Den größten Handlungsbedarf für die jetzige Bundesregierung sieht Paul bei Regelungen, die, obgleich nicht mehr nötig, aufrechterhalten werden. Das gelte zum Beispiel für die Regelung, Gebiete besonderen Wohnungsbedarfs auszuweisen. Das gelte aber auch für das seit 1971 geltende Gesetz über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum. Nur wenige Länder hätten dieses Verbot durch Verordnung in Kraft gesetzt. Nachdem sich die Wohnungsmarktlage inzwischen wesentlich entspannt habe, sollte die Bundesregierung dieses „wirklich überflüssige" Gesetz endlich aufheben.

Auch der gegen überhöhte Mietforderungen gerichtete Paragraph 5 Wirtschaftsstrafgesetz könne abgeschafft werden, weil er in den meisten Bundesländern praktisch keine Rolle mehr spiele und weil es ja immer noch die Mietwucherbestimmung im Strafrecht gebe.

Schließlich fordert Paul für die Hauseigentümer steuerfreie Rückstellungen für Modernisierungen oder Instandsetzungen. Wenn diese Mittel nicht innerhalb von fünf Jahren für die genannten Zwecke in Anspruch genommen würden, könnten sie nachversteuert werden. Dies wäre eine echte Hilfe für den Eigentümer und könnte die Modernisierung nachhaltig anreizen.

„DDR" / Werften haben gut gefüllte Auftragsbücher

UdSSR sorgt für Auslastung

dpa/VWD, Ost-Berlin

Für den „DDR"-Schiffbau an der Ostseeküste ist der in der Bundesrepublik gebräuchliche Begriff Werftenkrise ein Fremdwort. Das Produktionsprogramm ist langfristig festgelegt. Die Auslastung der vier Seewerften in Rostock, Stralsund und Wismar ist vor allem durch Aufträge aus der Sowjetunion gesichert, die der „DDR" etwa drei Viertel der Schiffsneubauten abnimmt.

Die jährliche Produktion des Kombinats Schiffbau mit Sitz in Rostock, in dem 1979 die Schiffbauindustrie einschließlich der zwei Binnenwerften und der Zulieferbetriebe zusammengefaßt wurde, erreicht etwa 400 000 Bruttoregistertonnen. Im vorigen Jahr lieferten die „DDR"-Werften 69 Schiffe aus. Davon waren 40 Fischereifahrzeuge und 25 Hochseefrachter. Die Sowjetunion stellte 1985 allein 62 in der „DDR" gebaute Schiffe in Dienst. In diesem Jahr ist die Auslieferung von 66 Schiffen geplant. Der größte Teil entfällt wiederum auf die Sowjetunion.

In einem Regierungsabkommen zwischen der Sowjetunion und der „DDR" für den Fünfjahresplan-Zeitraum 1986/1990 ist nach amtlichen Angaben in Ost-Berlin die Lieferung von mehr als 100 „Schiffen einer neuen Generation für Fischfang und -verarbeitung sowie von weiteren Schiffen für die See- und Binnenflotten der Sowjetunion" vereinbart worden. In den vergangenen fünf Jahren hat das Kombinat mit seinen jetzt rund 58 000 Beschäftigten 320 Schiffe gefertigt. Davon wurden „307 an Reeder in zwölf Ländern geliefert", wovon der Hauptanteil mit 254 Schiffsneubauten auf den Auftraggeber UdSSR entfiel. Dazu gehörten Container-Schiffe, Ro/Ro-Schiffe, Kühlschiffe, Fischereischiffe, Schwimmbagger und Binnenfahrgastschiffe.

Von den seit 1946 im Gebiet der „DDR" vom Stapel gelaufenen mehr als 5000 Schiffen stellten sowjetische Reedereien über 3300 in Dienst. Die Konzentration auf den Auftraggeber Sowjetunion hat sich dabei im Laufe der Zeit immer mehr verstärkt.

Die Warnowwerft in Rostock ist auf Hochseefrachter spezialisiert. Pro Jahr werden dort zehn bis zwölf Schiffe gebaut, unter anderem Mehrzweckfrachter und Container-Schiffe. Damit steht die Werft bei Frachtschiffen dieser Art weltweit an vierter Stelle.

Die Neptun-Werft in Rostock fertigt unter anderem Ro/Ro-Schiffe und Eimerkettenbagger. Zentrum des Fischereischiffbaus ist die Volkswerft Stralsund mit jährlich rund 35 Gefriertrawlern. Dort wurde etwa ein Drittel der sowjetischen Fischfangflotte gebaut.

Die Mathias-Thesen-Werft in Wismar ist in der „DDR" alleiniger Hersteller von Kühltransportschiffen für die Fischerei. Ferner werden dort Universalfrachtschiffe gebaut. Einen Großauftrag für den Bau von sechs Zweideck-Fährschiffen brachte die Vereinbarung mit der Sowjetunion über die Verbindung zwischen dem dafür eigens gebauten Hafen Mukran auf der Insel Rügen und dem litauischen Klaipeda (früher Memel).

Die erste dieser 190 Meter langen Eisenbahnfähren wird von April an erprobt und soll im Oktober den Fährverkehr aufnehmen. Die weiteren fünf Fährschiffe, von denen drei an die Sowjetunion geliefert werden, sollen in den folgenden Jahren bis 1990 ausgeliefert werden.

ÖL / Importsteuer überflüssig – Energiesparmaßnahmen nicht so schnell umkehrbar

Keine Verschwendung zu befürchten

Von SABINE SCHUCHART

Der von der Dollarschwäche begleitete rapide Preisverfall an den internationalen Ölmärkten beschert der deutschen Wirtschaft ein unerwartetes Konjunkturgeschenk. Doch die Freude über höheres Wachstum, mehr Arbeitsplätze und geringere Inflation ist nicht ungetrübt. Schon mehren sich die Stimmen, die in den sinkenden Preisen ein Signal für ungebremste Ölverschwendung sehen und eine Importsteuer auf Öl fordern.

Die niedrigere Ölrechnung käme dann nicht mehr privaten Verbrauchern und Unternehmen zugute, sondern flösse in Form höherer Steuereinnahmen in die Staatskasse. Die Verfechter der Steuer fordern dies, weil sie glauben, daß die marktbestimmten Ölpreise zu niedrig sind und eine zu große Verfügbarkeit dieses Rohstoffs vorgaukeln.

Tatsächlich sind die Preise, die gegenwärtig in der Bundesrepublik für Öl und Ölprodukte bezahlt werden müssen, inzwischen bereits wieder auf das Niveau von 1979 zu Beginn der zweiten Ölpreiskrise abgesackt. Denn im gleichen Ausmaß wie die deutsche Rohölimportbelastung, die heute um rund 20 bis 25 Pfennig pro Liter unter dem Durchschnittswert des vergangenen Jahres liegt, gaben auch die Heizöl- und Kraftstoffpreise in der Bundesrepublik nach.

Doch trotz dieses gewaltigen Preisverfalls ist die Furcht vor einem plötzlichen Hochschnellen der Ölnachfrage unbegründet. Die technischen Bedingungen und gesetzlichen Vorschriften (z. B. für Kraftwerke) lassen es nur sehr begrenzt zu, andere Energieträger beliebig durch Öl zu ersetzen. Lediglich die Verdrängung des schweren Heizöls, das häufig in bivalenten Anlagen industriell genutzt wird, könnte zu Lasten der Kohle gebremst werden. Doch ist sein Anteil am Gesamtölverbrauch inzwischen auf unter zehn Prozent geschrumpft.

Auch sind die seit 1974 ausgelösten Energiesparmaßnahmen nicht plötzlich umkehrbar; die infolge der Ölpreisbaisse steigenden Realeinkommen sorgen für eine schnellere Erneuerung von Kapitalgütern und damit für weitere Spareffekte. Kurzfristig spricht also nichts für administrative Preiserhöhungen.

Weit schwerer wiegt, wenn durch die Verunsicherung über die künftige Ölpreisentwicklung die Erschließung neuer teurer Ölfelder und die Investitionen in riskante Ölalternativen abgebremst werden. Diese Vorräte stünden also erst später zur Verfügung. Bei einem anhaltenden Ölpreiskollaps unterhalb der kritischen Grenze von 15 Dollar pro Barrel, ab der auch die Fortentwicklung kleinerer Non-Opec-Felder nicht mehr rentabel ist, sind deshalb international koordinierte Mindestpreisstrategien, wie sie die Internationale Energieagentur seit den 70er Jahren entwickelt hat, notwendig, um die Risiken für die Investoren zu begrenzen.

Unterbleibt jedoch ein solcher Kollaps und schwenkt das Öl nach weiteren kurzfristigen Preisabschlägen auf mittlere Sicht auf einen Preispfad von etwa 20 Dollar pro Barrel ein – was einige Ökonomen für realistisch halten – spricht von deutscher Seite nichts dafür, Öl durch zusätzliche fiskalische Lasten zu verteuern. Im Gegensatz zu den USA, die diese protektionistische Maßnahme erwägen, um ihre eigene Ölförderung rentabel zu halten, verfügt die Bundesrepublik nur über geringe Ölvorkommen.

Auch kann niemand nachweisen, daß der gegenwärtige Preistrend nicht genauer die tatsächliche Knappheit des Öls wiedergibt und damit effizientere Marktsignale setzt als der Preisboom 1980/81, der mit einer anhaltenden Wachstumsschwäche in den Industrieländern bezahlt wurde und letzlich auch das Opec-Kartell schwächte. Insofern kann der derzeitige Preisverfall auch als Korrektiv preispolitischer Überreaktionen und als Rückkehr zu einem besseren Interessenausgleich zwischen ölverbrauchenden und ölfördernden Staaten angesehen werden.

Das hat nichts damit zu tun, daß in den neunziger Jahren aufgrund der Reservenkonzentration auf die Golfregion neue politische Versorgungskrisen und drastische Preisschübe beim Öl wieder wahrscheinlicher werden. Doch die gegenwärtige Atempause ist auch eine Chance, die zusätzlichen Einkommen investiv zu nutzen, um sich mehr Flexibilität für diese Situation zu verschaffen.

Neuer Chairman bei Lloyd's

fu, London

Die in den letzten Jahren durch Skandale und Mitgliederverfehlungen strapazierte Versicherungsbörse Lloyd's of London hat vom 1. März an mit Alan Lord einen neuen Hauptgeschäftsführer und stellvertretenden Chairman. Lord, der einen Vertrag über fünf Jahre erhielt, war von 1980 bis 1984 Chef des Dunlop-Konzerns. Er tritt die Nachfolge von Ian Hay Davison an, der Mitte November letzten Jahres sein Amt als Hauptgeschäftsführer von Lloyd's unter spektakulären Umständen niederlegte.

Davison war 1982 von der Bank von England gebeten worden, die Selbstkontrollorgane innerhalb des Lloyd's-Versicherungsmarktes zu stärken, um damit weiteren Skandalen und Verfehlungen wirksam zu begegnen. Bewußt hatte man einen Außenseiter des Versicherungsgeschäfts mit dieser Aufgabe betraut. Um seine Autorität wirksam zu untermauern, war ihm der Posten des Hauptgeschäftsführers und Stellvertreters des Vorsitzenden des Lloyd's-Rates eingeräumt worden.

Doch im Lloyd's-Rat kam es zusehends zu erheblichen Unstimmigkeiten über die Exekutivbefugnisse des Hauptgeschäftsführers, die dieser im Rahmen seiner Kontrollaufgabe so weit wie möglich wahrzunehmen suchte. Alan Lord sind jetzt die gleichen Konditionen eingeräumt worden. Auch er ist vollkommener Außenseiter, also ohne Erfahrung im Versicherungsgeschäft. Er ist auch kein Mitglied von Lloyd's.

EG / Delors meldet neue finanzielle Ansprüche an

Appell zur Zusammenarbeit

WILHELM HADLER, Straßburg

EG-Präsident Jacques Delors hat davor gewarnt, bei den Bemühungen um eine Begrenzung der landwirtschaftlichen Überschüsse die Grundprinzipien der gemeinsamen Agrarpolitik anzutasten. Die Einheit des Marktes, die Gemeinschaftspräferenz und die finanzielle Solidarität der EG-Partner in Frage zu stellen, das würde bedeuten, „die vertragliche Bindung zwischen den Mitgliedern der Gemeinschaft zu zerreißen", sagte Delors gestern bei der Erläuterung des Arbeitsprogramms der Kommission für 1986 vor dem Europaparlament.

Nach Ansicht des früheren französischen Finanzministers ist der Zusammenhalt im Agrarbereich auch „die notwendige Ergänzung" des für 1992 anvisierten großräumigen europäischen Marktes und „unabdingbar für dessen Vollendung". Mittelfristig müßte erreicht werden, daß die Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes „sowohl im Denken als auch im Handeln zu einem unumkehrbaren Prozeß wird".

Zur „Vorbereitung des Terrains" für eine Neubelebung der Gemeinschaft kündigte Delors unter anderem Vorschläge der Kommission zur allmählichen Liberalisierung des Kapitalverkehrs an. Einige Mitgliedsländer machten den Abbau der bestehenden Beschränkungen nicht zu Unrecht zur Vorbedingung für den Übergang zur zweiten Stufe des Europäischen Währungssystems, sagte er.

Delors betonte auch die Bedeutung einer stärkeren Zusammenarbeit im Bereich von Forschung und Technologie. In europäischen Unternehmen und Forschungszentren müßten „klar formulierte Gelegenheiten" zur Zusammenarbeit geboten werden, die ihnen einen „Umweg nach Brüssel" lohnend erscheinen ließen.

Eindringlich plädierte der EG-Präsident für eine „kooperative Wachstumsstrategie" in der Wirtschaftspolitik. Dabei gehe es vor allem darum, Vorteil aus dem Multiplikatoreffekt zu ziehen, der in gemeinsamen Aktionen in Europa liege. Die EG wende sich damit von der Lokomotiv-Theorie ab. Jedes Land müsse seinen eigenen Spielraum nutzen, Zinsen zu senken, den Steuerdruck zu mindern oder mehr Anreize zur Schaffung von Arbeitsplätzen zu geben.

Wenige Wochen nach Inkrafttreten des neuen EG-Plafonds bei der Mehrwertsteuer meldete Delors bereits neue finanzielle Ansprüche der Kommission an. Er würde seine Pflicht gröblich vernachlässigen, sagte er, wenn er nicht bereits heute darauf aufmerksam mache, daß Mittel von mehr als 1,4 Prozent des Mehrwertsteueraufkommens nötig seien, um die von den Staats- und Regierungschefs feierlich beschlossenen Ziele der EG verwirklichen zu können. Hierbei gehe es um die innere Schlüssigkeit des Vorhabens. Ein strenges Haushaltsgebaren müsse sich mit „neuen finanziellen Vorstellungen und politischen Mut" verbinden.

BÜRO- UND INFORMATIONSTECHNIK

Markt hat sich verdoppelt

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Die Wachstumskurven der deutschen Büro- und Informationstechnik zeigen unverändert steil aufwärts. Die „weiterhin sehr lebhafte" Inlandsnachfrage und die Aussichten auf anhaltend gute Exporte vor allem in die europäischen Nachbarländer lassen eine Produktionsausweitung um „20 Prozent oder mehr" durchaus möglich erscheinen, meint Horst Nasko, Vorsitzender der Fachgemeinschaft Büro- und Informationstechnik (BIT) im VDMA.

Damit würde der Produktionswert der Branche auf mehr als 22 Mrd. DM steigen und der Inlandsmarkt (der zu einem guten Teil auch aus Importen versorgt wird) eine Größenordnung von 25 Mrd. DM erreichen. Darin ist der ebenso rasch wachsende Markt der Software noch nicht enthalten, der 1986 mit 16 Mrd. DM veranschlagt wird. Die Prognosen für 1986 bedeuten eine ungebrochene Fortsetzung der Vorjahresentwicklung. 1985 hat die Branche ihre Produktion um gut 23 Prozent auf 18,7 (15,3) Mrd. DM ausgeweitet. Damit gelang ihr binnen drei Jahren ein Sprung um 80 Prozent. Eine wesentliche Stütze war dabei die kräftige Auslandsnachfrage – fast 72 Prozent der deutschen Produktion – gehen in den Export.

Im Exportvolumen von 13,5 (11,2) Mrd. DM steckt freilich auch ein erheblicher (wenn auch nicht zu beziffernder) Anteil an Reexporten: Deutsche Computerhersteller beschaffen sich zahlreiche Geräte im Ausland, kombinieren sie mit eigenen und eigener Software und verkaufen das ganze Paket wieder ins Ausland. Mehr als vier Fünftel der Exporte flossen in den europäischen Raum, 60 Prozent allein in die EG.

Noch günstiger als das Auslandsgeschäft entwickelte sich 1985 aber der Inlandsmarkt. Mit einem Zuwachs von fast 23 Prozent erreichte er das Rekordvolumen von 21,6 (17,6) Mrd. DM. 1982 noch bei 10,7 Mrd. DM, hat er sich damit innerhalb von drei Jahren rundweg verdoppelt. Nasko führt die rasche Expansion auf die wachsende Bereitschaft mittelständischer Unternehmen zurück, in die Informationstechnik zu investieren.

Mit 16,4 (13,3) Mrd. DM hatte die Datenverarbeitung zwar wieder den (wachsenden) Löwenanteil an der Branchenproduktion. Doch erstmals seit Jahren konnten auch die Büromaschinenhersteller wieder durchatmen: Ihre Produktion nahm um 23 Prozent auf 2,3 (1,9) Mrd. DM zu.

Mit den Angaben über Beschäftigtenzahlen tut die Branche sich schwer. Zwar stieg sie in den produzierenden Betrieben um sechs Prozent auf 89 360 Mitarbeiter. Doch darin sind weder die Service- und Vertriebsbereiche noch die Software-Herstellung enthalten. Die Gesamtzahl der Arbeitsplätze wird darum auf 260 000 bis 300 000 geschätzt.

PORSCHE AG / „Exklusivität bleibt nach wie vor Unternehmensphilosophie" – Absatzziel bei 54 000 Fahrzeugen

Wachstum wird vom Exportgeschäft angetrieben

WERNER NEITZEL, Stuttgart

„Den selben Porsche noch einmal auf der Straße zu sehen, das wäre katastrophal." Auf diese etwas überspitzt klingende Formel bringt Peter W. Schutz, Vorstandsvorsitzender der Dr. Ing. h. c. F. Porsche AG, Stuttgart, die „nach wie vor gültige Unternehmensphilosophie", beim Bau und Absatz der Sportwagen eine „gewisse Exklusivität" beibehalten zu wollen.

Dies bedeute zugleich, daß auch bezogen auf den kommenden Fünfjahreszeitraum die Produktion sich in einer Bandbreite zwischen 50 000 und 60 000 Fahrzeuge pro Jahr bewegen werde. Für das laufende Geschäftsjahr 1985/86 (31. 7.) hat sich das Porsche-Management ein Produktions- und Absatzziel von 54 000 Fahrzeugen gesteckt, wobei der Umsatz auf 3,5 Mrd. DM steigen soll. In den ersten sechs Monaten des laufenden Geschäftsjahres waren mit 26 400 Fahrzeugen 19 Prozent mehr als in der Vergleichszeit des Vorjahres verkauft worden. Der Umsatz wuchs sogar um 33 Prozent auf 1,83 Mrd. DM.

Boom in den USA

Getragen wurde dieses Wachstum ausschließlich vom Auslandsgeschäft, wobei die Exportquote gemessen am Umsatz sogar auf 80 (75) Prozent zunahm. In die USA, auf die rund die Hälfte des gesamten Porsche-Absatzes entfallen, wurden in diesem Zeitraum 21 Prozent mehr verkauft, in das übrige Ausland sogar plus 40 Prozent, während der Inlandsverkauf um vier Prozent zurückging.

Eine „relative Marktschwäche" für Porsche-Wagen im Inland vermag Schutz nicht zu erkennen. Seine These: Die Marktdurchdringung sei hierzulande (bezogen auf die Einwohnerzahl) im Vergleich zu den USA viermal so groß, weshalb der für dieses Jahr erwartete Inlandsabsatz von 11 300 bis 11 400 Fahrzeugen gegenüber 12 200 im Vorjahr noch immer eine gute Zahl sei. Hinzu käme die zeitweilige Verunsicherung und Zurückhaltung potentieller Käufer wegen der Diskussion um Tempolimit und Katalysator.

„Der Dollarkurs interessiert uns derzeit nicht", meint lapidar Finanzchef Heinz Branitzki. „Erst ab August oder September, vorher haben wir keine freien Dollar. Dann aber wird er uns natürlich sehr stark interessieren", fügt er hinzu. Gleichwohl ist man aber bei Porsche in Anbetracht der hohen Abhängigkeit vom US-Geschäft auch für das kommende Geschäftsjahr einigermaßen gelassen. „Auch bei einem Dollarkurs von 2 DM würden wir ein Ergebnis erreichen, das sich noch sehen lassen kann", konstatiert Schutz, denn auch die Konkurrenz müsse sich auch zur Decke strecken. Anfang Februar hat Porsche nach fast zweijähriger Abstinenz in den USA die Preise um vier Prozent erhöht.

Mit eindrucksvollen Zahlen wartet Porsche für das abgelaufene Geschäftsjahr 1984/85 auf: Der Fahrzeugabsatz vergrößerte sich um zwölf Prozent auf über 49 000 Wagen, der Umsatz stieg um 27 Prozent auf 3,18 Milliarden DM, die Investitionen wurden auf 291 Mill. DM (plus 14 Prozent) hochgefahren und die Mitarbeiterzahl um 22 Prozent auf über 7900 Beschäftigte aufgestockt.

Liquidität verbessert

Dies alles vollzog sich bei verbesserter Liquidität (355 nach 324 Mill. DM), einem um über 44 Prozent erhöhten Cash-flow und einem um gut 27 Prozent gestiegenen Reingewinn. Nach wie vor ist die Bilanz von Bankschulden frei. Die Eigenkapitalquote (einschließlich Sonderposten) wuchs auf 29 (28) Prozent an. Aus dem mit 60,2 (46,2) Mill. DM ausgewiesenen Bilanzgewinn werden 25,2 Mill. DM ausgeschüttet. Die 35 Mill. DM Stammaktien werden mit unverändert 30 Prozent Dividende und einem zusätzlichen Bonus von fünf Prozent, die 35 Mill. DM stimmrechtslosen Vorzugsaktien mit 32 Prozent und fünf Prozent Bonus bedient. Für eine Kapitalerhöhung sieht Branitzki angesichts der Bilanzrelationen keine Notwendigkeit.

Die Produktionskapazität im Zuffenhausener Stammwerk, wo nunmehr noch der Bau eines neuen Karosseriewerks für 125 Mill. DM in Angriff genommen wird, wurde inzwischen von 81 auf 100 Fahrzeuge täglich aufgestockt. Die Lohnfertigung der Vierzylinder-Porsche im Audi-Werk Neckarsulm ist von 132 auf 150 Stück hochgefahren worden. An Entwicklungsleistungen für Fremde wurde aus dem Weissacher Entwicklungszentrum für 96 (119) Mill. DM „verkauft", das ist etwa ein Viertel der dortigen Gesamtleistung. Diese Quote soll wieder erhöht werden. Auch die Aufstockung der Belegschaft ging weiter: Ende Januar 1986 beschäftigte Porsche 8370 Mitarbeiter, also 455 mehr als am Bilanzstichtag.

Porsche	1984/85	±%
verkaufte Fahrzeuge	49 365	+ 12,3
dav. 924	3225	- 24,2
944	27 460	+ 19,7
911	13 591	+ 10,5
928	5089	+ 13,8
Gesamtumsatz (Mill. DM)	3176	+ 27,3
dav. Fahrz.umsatz	2812	+ 32,0
Exportquote (%)	75	(69)
Investitionen (Mill. DM)	291	+ 14,3
Abschreibungen	144	+ 41,2
Cash-flow [1]	300	+ 44,2
Nettogewinn [2]	168	+ 27,3
Jahresüberschuß	120	+ 30,3
in % vom Umsatz	3,8	(3,7)

[1] Jahresüberschuß + Abschreibungen + Zuf. zu Pensionsrückstellungen; [2] Gewinn je Aktie 120 (Vorjahr: adjustiert 94,29) DM (nach Angaben der Verwaltung).

IMPORTKOHLE

Preise haben nachgegeben

JB. Hamburg

Die Einfuhren von Steinkohle und Steinkohlenkoks in die Bundesrepublik sind 1985 um etwa elf Prozent auf 10,7 Mill. Tonnen gestiegen. Nach Angaben des Vereins Deutscher Kohleimporteure ist damit allerdings erst wieder das Niveau des Jahres 1982 erreicht worden. 1983 und 1984 hatten nicht kostendeckende Verkäufe des deutschen Steinkohlebergbaus zu Importpreiskonditionen die Importtätigkeit erheblich erschwert.

Die steigende Nachfrage nach Importkohle im Berichtsjahr 1985 ist von der Preisentwicklung begünstigt worden. Auf den internationalen Kohlemärkten hielt einmal der Angebotsdruck an, zum anderen profitierten deutsche Abnehmer von der DM-Aufwertung gegenüber dem Dollar. Kohle wird international nur auf Dollarbasis gehandelt. Nach Angaben der Importeure ist der Preis für Kraftwerkskohle aus Drittländern seit Jahresbeginn um rund 25 Prozent auf 130 DM je Tonne Steinkohle-Einheit (SKE) gesunken. Vor diesem Hintergrund, so betont der Verein, könnten die Importeure der Erosion der Heizölpreise und dem zeitlich später folgenden Rückgang der Erdgaspreise gelassen entgegensehen. Importkohle rangiere preislich auch heute noch deutlich unter den Preisen konkurrierender Energien. Der Wärmepreisvorteil der Importkohle gegenüber schwerem Heizöl betrage fast 80 Prozent, gegenüber heimischer Steinkohle knapp 100 Prozent.

Erneut fordern die Kohleimporteure, die bestehenden Restriktionen für den Importkohle-Einsatz im Wärmemarkt zugunsten der heimischen Steinkohle zu lockern. Ein Abbau der Restriktionen könnte verhindern, daß etwa leichtes Heizöl wegen der stark gesunkenen Preise wieder in verstärktem Maße eingesetzt werde und den eingeleiteten Diversifikationsprozeß der Energieversorgung beende. Im übrigen sei es energiepolitisch nicht zu akzeptieren, daß der Verbraucher deutsche Kohle durch Heizöl oder Erdgas ersetzen könne, ihm aber nicht die kostengünstigere Möglichkeit eingeräumt wird, Importkohle zu verfeuern.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Bürgschaft aus Hannover

Hannover (dos) – Das Land Niedersachsen hat dem in Konkurs geratenen Küchenmöbelhersteller Heinrich Beckermann GmbH, Cappeln, eine Bürgschaft in Höhe von 1,6 Mill. DM gewährt. Damit soll die Fortführung des Unternehmens, das gut 300 Mitarbeiter beschäftigt und zu den größeren der Branche zählt, zunächst gewährleistet und der Weg für eine Neuordnung geebnet werden. Nach Angaben des Oldenburger Wirtschaftsprüfers Horst Klose, der entsprechende Bemühungen unterstützt, werden derzeit Gespräche mit potentiellen Investoren geführt. Voraussetzung sei die Gründung einer Auffanggesellschaft. Erforderlich sei ein Mindestkapital von 6 Mill. DM.

Rekordjahr für Saab

Düsseldorf (Py.) – Mit einem Verkaufsrekord von über 107 000 (103 000) Pkw hat der schwedische Autohersteller Saab das Jahr 1985 abgeschlossen. Die USA (38 200) sind weiterhin der bedeutendste Einzelmarkt, gefolgt von Schweden, England, Finnland sowie der Bundesrepublik (3240 nach 3660 Verkäufen). Von der Gesamtfertigung entfielen allein 88 000 auf den „Saab 9000", der auch von der für 1986 geplanten Aufstockung der Gesamtkapazität von 125 000 Einheiten profitieren soll. Saab-Vizepräsident Bengt Ödmann will bis Ende 1986 einen Verkaufszuwachs von zehn Prozent erzielen.

Günstiges Bauspargeschäft

Düsseldorf (Py.) – Die Debeka-Bausparkasse AG, Koblenz, hat 1985 die Zahl der von ihr betreuten Bausparverträge um 12,6 Prozent auf 155 800 und die auf ihnen vereinbarte Bausparsumme um 10,4 Prozent auf knapp 4,4 Mrd. DM erhöht. Die eingelösten Verträge erhöhten sich um 4,7 Prozent. Nach Angaben des Institutes ist die günstige Entwicklung der Bausparkasse eine Folge besonders sparerfreundlicher Konditionen, unter anderem der Verzinsung der Beiträge bei Eingang und der Beteiligung der Sparer am Überschuß durch Gutschrift von Treueprämien.

Intech Fluidmesse

Düsseldorf (Py.) – Die Produkte von über 200 europäischen Herstellern von Erzeugnissen der Hydraulik, Pneumatik und Automation werden am 19. und 20. März 1986 in der Dortmunder Westfalenhalle zur Intech Fluidmesse erwartet. Die zum siebten Mal in der Bundesrepublik auftretende Fachmesse gibt eine kompakte Übersicht über die neuesten Entwicklungen dieses Technikbereichs. 1984 zählte die Intech Fluidmesse 4500 Besucher.

Längere Wartezeit

Hamburg (dpa/VWD) – Die Iduna Bausparkasse AG, Hamburg, befindet sich wieder im Aufwind. Nach Stagnation 1984 hat sie im vergangenen Jahr ihr eingelöstes Neugeschäft in der Bausparsumme um zwölf Prozent auf 765 (1984: 683) Mill. DM erhöht. Der gesamte Geldeingang nahm mit 288,9 (286,3) Mill. DM geringfügig zu. Die Wartezeiten der Normalsparer lägen bei neun Monaten bis vier Jahren. Die Tendenz sei allerdings geringfügig steigend.

Vier Airbusse bestellt

München (AP) – Die thailändische Fluggesellschaft Thai Airways International hat vier weitere Flugzeuge vom Typ Airbus A300-600 im Wert von insgesamt über 270 Mill. US-Dollar bestellt. Die Deutsche Airbus GmbH in München teilte mit, die für 247 Passagiere ausgelegten Flugzeuge sollten zwischen September 1986 und Juni 1989 ausgeliefert werden. Die Anzahl der von Thai Airways International bestellten Airbus-Großraumflugzeuge erhöhe sich damit auf 20. Insgesamt habe die Airbus Industrie bislang 496 Festbestellungen der verschiedenen Airbus-Modelle verbucht.

DIW

Staat muß höheres Defizit hinnehmen

ews. Berlin

Der Weg zu einer raschen Lösung des Eigenkapitalproblems deutscher Unternehmen führt nur über eine Stärkung der Unternehmensgewinne, denn diese werden auch weiterhin die wichtigste Quelle für die Bildung von Risikokapital bleiben. Dies stellt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, fest. Je besser die Finanzstruktur aber ist, um so reibungsloser werden die Investitionen durchgeführt, die für eine Verminderung der Arbeitslosigkeit wichtig sind. Andererseits gilt aber auch, so das DIW weiter, daß steigende Investitionen, da sie Einnahmen bei anderen Unternehmen schaffen, eine wesentliche Bedingung für steigende Eigenmittel der Unternehmen sind.

Das DIW unterstreicht noch einmal die Notwendigkeit, die zweite Stufe der Steuersenkung auf 1987 vorzuziehen. Der positive Effekt der Steuersenkung auf die Eigenkapitalbildung bliebe jedoch nur erhalten, wenn die öffentlichen Ausgaben nicht gekürzt werden. Der Staat müsse bereit sein, ein höheres Defizit hinzunehmen. Das DIW führt dazu an, daß die Gefahr eines Defizits in der Größenordnung wie zu Beginn dieses Jahrzehnts nur dann aufkäme, wenn die Investitionstätigkeit wieder zum Erliegen käme. Das könne verhindert werden, wenn der Staat „vorbeugend" ein höheres Defizit akzeptiert.

1986 werden die deutschen Unternehmen ihre Investitionen um 7,5 (4,5) Prozent aufstocken. Die Nettoinvestitionen sollen mit 70 Milliarden Mark um rund 23 Milliarden über dem Jahresdurchschnitt von 1983 bis 1985 liegen, schreibt das DIW weiter. Das Finanzierungsdefizit (Nettoinvestitionen minus Eigenmittel) werden sich mit rund 27 Milliarden Mark auf der Höhe der Vorjahre halten, bedingt durch die Zunahme des Leistungsbilanzüberschusses der Bundesrepublik um 23 Milliarden Mark.

NAMEN

Donald H. Trautlein (59), seit sechs Jahren Vorstandsvorsitzender der Bethlehem Steel Corp., ist überraschend zurückgetreten. Zu seinem Nachfolger wurde mit Wirkung vom 1. März 1986 **Walter F. Williams** (57), bisher Präsident der Bethlehem Steel Corp., bestellt.

Dr. **Vollrat v. Deichmann**, geschäftsführender Gesellschafter der Eurator GmbH, Frankfurt, vollendet am 21. Februar sein 60. Lebensjahr.

Richard Dohse, Inhaber der Firma Richard Dohse & Sohn, RIDO, Bielefeld, feiert am 25. Februar seinen 60. Geburtstag.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bochum: Pohlmann GmbH u. Co. KG; **Celle:** Ing. Flach GmbH, Bauträger; **Fürth:** Heinrich Ostermann, Bauunternehmung, Erlangen; Ostermann Massiv-Fertighäuser Schlüsselfertiges Bauen GmbH, Erlangen; **Gelsenkirchen:** Möbel Buick GmbH, Gladbeck; **Groß-Gerau:** EMDOS Konsumgüter GmbH; **Hamburg:** ERIC Ges. f. Friseur, Mode u. Kosmetik mbH; **Hannover:** Manfred Heller, Freudenstadt; **Husum:** Rolf Bols, Nordstrand; **Kleve:** BOWI-Baustoff-Zentrale GmbH, Geldern; **Köln:** Julius Strobl GmbH; **Leer:** Heinrich Berger, Kaufmann, Weener; **München:** „QMP" Vertriebs GmbH; Kilg & Schenke, GmbH & Co. KG; babtrade Handelsges. mbH; Nachl. d. Eugen Ludwig Pusl; **Recklinghausen:** B + S Transportges. mbH, Herten-Westerholt; Paul Becker Mulden-Transport GmbH, Herten-Westerholt; AGG Air-Charter-Ges. mbH, Herten-Westerholt; Commercial Export u. Import Handelsges. mbH, Herten; Paul Becker, Baumaschinen- u. Geräte-Vermietungs-Ges. mbH, Herten-Westerholt; Paul Becker – KFZ-Handels-Ges. mbH, Herten-Westerholt; Hoft GmbH, Recklinghausen; **St. Ingbert:** Monika Burgwedel, Hotel Waldhof, St. Ingbert-Schüren; **Stuttgart:** Nachl. d. Werner Hermann.

Anschlußkonkurs eröffnet: München: Heinz Wilhelm Dalen; **Wesel:** KSW Verwaltungsges. mbH & Co. f. Haus- u. Grundbesitz Immobilien KG.

Vergleich beantragt: München: Goetz Rhee, Unternehmensberater; **Stuttgart:** Vita Vollfrucht Konfitürenherstellungsbetrieb GmbH, Fellbach.

PAPIERINDUSTRIE / Volle Kapazitätsauslastung und stark steigende Investitionen

Noch mitten im unverhofften Boom

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Er vermeidet zwar das Wort „Boom", mit dem 1984 die unerwartet starken Plusraten von 10,5 Prozent in der Produktion und von 18 Prozent im Umsatz bedacht würden. Aber die „Stabilisierung auf hohem Mengenniveau", die der Verband Deutscher Papierfabriken (VDP) seinen Mitgliedsfirmen im Rückblick auf 1985 und im Ausblick auf 1986 attestiert, bedeutet Andauern des Booms. Nach vorläufigen Feststellungen des Verbandes haben die 216 (218) Betriebe der Branche 1985 bei konstantem Mengenausstoß von 9,15 Mill. t Papier und Pappe mit konstant 47 000 Beschäftigten ihren Umsatz um knapp fünf Prozent auf 14,8 Mrd. DM erhöht.

Zuversichtlich für 1986

Mindestens so schön soll es 1986 weitergehen. Bei voller Kapazitätsauslastung und nun beendetem Abbau der im 1984er Boom aufgebauten Überbestände in den Lägern der Verbraucher rechnen die Papierfabriken damit, daß jetzt auch die Produktion mit 2 bis 3 Prozent Plus dem langfristigen mit dieser Rate erwarteten Wachstum des Papier- und Pappeverbrauchs folgen wird. Gleichfalls mit dieser Prozentrate bemühen sich die Unternehmen auch 1986 um weitere Produktionspreiserhöhungen.

Vor allem zwei Gründe führen VDP-Präsident Carl-Ludwig Graf von Deym und seine Kollegen im Verbandspräsidium für den trotz nun mehrjähriger Hausse noch ungestillten Hunger nach besseren Preisen ins Feld. Erstens sei die Branche 1984 erst bei einer Umsatzrentabilität von vier (2,1) Prozent im Gewinn vor Steuern und 1,4 Prozent im Nettogewinn angelangt, was gerade dem zeitgleichen Durchschnitt der deutschen Gesamtindustrie entspreche. Für 1985 sei nur eine leichte Verbesserung dieses Durchschnittsergebnisses anzunehmen.

Zweitens kehre sich nun im laufenden Jahr die 1985 bei den Rohstoffpreisen (Zellstoff und Altpapier) eingetretene Entlastung wieder ins Gegenteil um. Faserholz sei bereits um 5 bis 10 Prozent teurer geworden; der im internationalen Vergleich sehr hohe deutsche Strompreis habe Anfang 1986 schon fünf Prozent zugelegt.

Immer noch fern vom „erforderlichen Marktpreis" sehen sich die Produzenten auch beim Blick auf den Brutto-Cash-flow. Der sollte, meinen sie, in dieser kapitalintensiven Branche bei 12 bis 13 Prozent des Umsatzes liegen; 1984 wurden erst 9,5 Prozent und 1985 etwa 10 Prozent erreicht. Zuwachs an Selbstfinanzierungskraft sei zumal für die Investitionen erforderlich, die 1985 auf 1,2 (0,65) Mrd. DM gesteigert wurden, nur zur Hälfte aus Abschreibungen finanziert wurden und auch für einige Jahre über 1986 hinaus dieses Niveau beibehalten sollen.

Hauptziel dieser hohen und nun verstärkt auf kompletten Ersatz von Altanlagen zielenden Investitionsintensität ist das Verteidigen des Heimatmarktes gegen die gleichfalls stark (und in Kapazitätserweiterungen) investierende Konkurrenz aus Skandinavien und auch aus Österreich. Denn, bei einem 1985 um 3 Prozent auf 2,89 Mill. t gesteigerten Export, bedeutete die Verringerung der Importe um zwei Prozent auf 4,33 Mill. t Papier und Pappe nur eine kleine Atempause in dem bislang seit Jahren stetigen Anstieg der Importe auf nun 41 Prozent Inlandsmarktanteil. Aus leidvollen Erfahrungen in Nachbarländern (Belgien, England, Holland) kenne man schließlich zur Genüge die „tiefen Erschütterungen", die das Preisgeben des Heimatmarktes in diesem auf hohe Kapazitätsauslastung angewiesenen Gewerbe zur Folge habe.

Sorge über Umweltpolitik

Sorgen im Boom bereitet der Branche auch die Umweltschutzpolitik speziell mit der anstehenden Novellierung des Abwasserabgabengesetzes. Was da an zum Teil erheblichen Umwelt-Investitionen zusätzlich zu der „in keinem anderen Land der Welt erhobenen" Abgabe kommen soll, drohe für manchen Betrieb „existenzvernichtend" zu werden. Beim Altpapier hingegen, dessen Preis sich 1985 nach vorheriger Hausse „halbierte und normalisierte", gebärdet sich die Branche als umweltbewußter Musterknabe des Rohstoff-Recycling.

TRIUMPH-ADLER

Auf dem Weg zum Computeranbieter

dpa/VWD, Berlin

Die Triumph-Adler AG, Nürnberg, die früher fast ausschließlich Schreibmaschinen herstellte, hat sich nach den Worten ihres Vorstandsmitglieds Klaus Fritsch mittlerweile zu einem veritablen Anbieter von Computern entwickelt. Der Anteil des Computergeschäfts am Umsatz der AG, der 1985 um 17 Prozent auf mehr als eine Mrd. DM stieg, liege derzeit bei einem Drittel. In diesem Jahr soll die AG, wie Fritsch betonte, wieder die Gewinnschwelle erreichen. Habe der Verlust 1984 noch bei 345 Mill. DM gelegen, sei er 1985 auf „deutlich unter 100 Mill. DM gesunken". Der Gesamtkonzern setzte 1985 erstmals knapp über 2 Mrd. DM um. Etwa 98 Prozent des Kapitals von 80,5 Mill. DM hält die Volkswagen AG, Wolfsburg.

Im Schreibmaschinengeschäft verbuchte TA 1985 eine Steigerung des Absatzes um 40 Prozent auf 745 000 Stück. Wachstumsträger waren die in Berlin hergestellten Reiseschreibmaschinen der „Gabriele"-Serie. Von den 400 000 produzierten Maschinen gingen 60 Prozent in die USA. Mit der neuen „7007" will TA der japanischen Konkurrenz bei billigen Schreibmaschinen Paroli bieten.

MTU / Für General Motors wird ein Panzermotor entwickelt – Ende des Tornado-Programms bereitet keine Sorgen

Der zivile Triebwerkbau gewinnt an Bedeutung

DANKWARD SEITZ, München

Schneller als selbst noch vor Jahresfrist erwartet, hat die MTU Motoren- und Turbinen-Union, München/Friedrichshafen, wieder den Rand eines Schönwettergebietes erreicht. Von drohenden Turbulenzen und mehrjährigen Wachstumspausen kann nicht mehr die Rede sein. Und mit sichtlichem Stolz erfüllt es dabei Hans Dinger, Vorsitzender der Geschäftsführung, daß dies ohne Hilfe der Mutter Daimler-Benz gelungen ist, die das Unternehmen Anfang 1985 voll übernommen hatte. „Dies hatte keinerlei Einfluß auf unsere Geschäfts- und Unternehmenspolitik."

Die Verbesserung der mittelfristigen Perspektiven hat eine Vielzahl von Gründen. Zum einen trug dazu 1985 die Marktbelebung im zivilen Luftverkehr bei, die den führenden deutschen Triebwerkhersteller doch weitgehend der Sorge enthebt, was nach dem Auslaufen des Tornado-Programms 1988 geschieht. Zum anderen stimmt zuversichtlich, daß bei Dieselmotoren trotz weltweit zunehmender Konkurrenz und Marktsättigung die eigene Position sogar noch gefestigt werden konnte. Und zu alledem hat MTU inzwischen noch eine ganze Reihe vielversprechende „heiße Eisen" im Feuer. Das wohl spektakulärste Geschäft bahnt sich dabei, wie Dinger andeutete, in den nächsten Jahren bei MTU Friedrichshafen an, wo der Dieselmotorenbau konzentriert ist. Hier wird derzeit für den US-Konzern General Motors ein Panzermotor entwickelt, der schon in zwei bis drei Jahren bei den US-Streitkräften eingesetzt werden soll. Der Vertrag mit General Motors sieht vor, daß MTU dann mit fast 50 Prozent an der Produktion von bis zu jährlich 500 Motoren beteiligt wird. Dieser Motor werde gegenüber dem des Bundeswehrpanzers „Leopard 2" rund 15 Prozent weniger Treibstoff benötigen sowie etwa 25 Prozent leichter sein und weit über 30 Prozent weniger Raum beanspruchen. Welchen Wert dieser Auftrag einmal erreichen wird, lasse sich noch nicht abschätzen.

Lizenzvertrag mit China

Ein weiteres vielversprechendes Geschäft erwartet Dinger aus einem Lizenzvertrag mit der Volksrepublik China für den Bau eines universellen Dieselmotors mit 1500 bis 1800 PS. Der Bedarf an solchen Motoren in diesem Land sei „beträchtlich". In der ersten Stufe planten die Chinesen für 1986 ein Werk mit einer Kapazität von 25 bis 30 Motoren pro Jahr, das dann auf 100 Stück erweitert werden soll. MTU werde daran insgesamt mit erheblichen Zulieferungen partizipieren können.

Generell bewertet Dinger zudem den Dieselmotorenbau sehr zuversichtlich. „Die Innovationen sind hier noch lange nicht am Ende." Allerdings bedarf dies noch erheblicher finanzieller Anstrengungen. So wandte allein 1985 MTU Friedrichshafen 60 Mill. DM für Forschung und Entwicklung auf und investierte 43 (35) Mill. DM in Sachanlagen. Daß dies trotz weltweit hoher Überkapazitäten keine vergebene Mühe ist, dokumentiert schon der Umsatzzuwachs von 9,1 Prozent auf 1,1 Mrd. DM. Und bei insgesamt stagnierenden Märkten konnten dennoch mit fast 1,2 Mrd. DM über 21 Prozent mehr Aufträge hereingeholt werden. Dies erlaubte es auch, die Belegschaft um 3,3 Prozent auf 5980 Mitarbeiter aufzustocken.

Schier endlos erscheint die Liste neuer Projekte im Triebwerkbau bei MTU München. Da arbeitet man mit dem renommierten amerikanischen Hersteller Pratt & Whitney an einem universell einsetzbaren Propfan- und Turbofan-Triebwerk – letzteres soll 1991 in Serie gehen. Das für die neuen Airbus-Modelle A 320 und A 340 vorgesehene Triebwerk V 2500 macht erhebliche Fortschritte. Zum Jahresende lagen dafür 345 Festbestellungen und Optionen vor, darunter auch ein Lufthansa-Auftrag über 92 Stück. Und ein Erfolg zu werden verspricht auch das Triebwerk PW 2037, mit dem 210 Transporter der US-Luftwaffe und 20 Frachtflugzeuge der United Parcel Services ausgerüstet werden sollen. Insgesamt ein Volumen von knapp 200 Triebwerken.

Umsatz gesteigert

All diese Entwicklungen werden dazu beitragen, so Dinger, daß der zivile Triebwerkbau bei MTU München in den neunziger Jahren rund 50 Prozent zum Umsatz beitragen wird. Im vergangenen Jahr waren es erst 24 (20) Prozent von insgesamt 1,2 Mrd. DM (plus 5,5 Prozent). 585 Mill. DM steuerte der Bau des Tornadotriebwerks bei. Recht deutlich schlug sich die Belebung des zivilen Geschäfts im Auftragseingang nieder. Von den rund 1,35 Mrd. DM betreffen derzeit nach Angaben von Dinger fast 60 Prozent diesen Sektor. Beim Auftragsbestand von rund 2,7 Mrd. DM sind es knapp 40 Prozent. Beschäftigt wurden Ende 1985 in München 6870 Mitarbeiter (plus sechs Prozent).

HOSIE / Der Absatz litt unter Preiserhöhungen

Spirituosen-Verbrauch steigt

JAN BRECH, Hamburg

Wenn auch die Planzahlen für das Geschäftsjahr 1985 nicht ganz erreicht worden sind, ist das bedeutende Importhaus für internationale Spirituosen, die Charles Hosie GmbH, Hamburg, mit dem Verlauf im Berichtsjahr zufrieden. Zum ersten Mal, so betont der Hauptgeschäftsführer Joachim H. Peycke, zeige sich beim Spirituosen-Verbrauch wieder ein leichter Aufwärtstrend, an dem importierte Spirituosen überdurchschnittlich teilgenommen hätten.

Die Absatzbelebung ist bei Hosie auf den ersten Blick nicht erkennbar. Das Unternehmen hatte Anfang 1985 für seine wichtigsten Marken Preiserhöhungen von durchschnittlich 5,5 Prozent durchgesetzt, mit der Folge erheblicher Vorverkäufe zum Jahresende 1984. Vor allem in den ersten Monaten des Berichtsjahres sei es schwer gewesen, die Positionen zu halten, erklärt Peycke.

Für das ganze Jahr weist Hosie einen um 4,8 Prozent niedrigeren Umsatz von 211 Mill. DM aus. Der Absatz ging um 6,4 Prozent auf 13,2 Mill. Flaschen zurück. Rechnet man den Bevorratungseffekt dem Ergebnis 1985 hinzu, ist nach Angaben von Peycke der Endverbraucher-Absatz jedoch um 8,4 Prozent auf 14,2 Mill. Flaschen und der Umsatz um 3,1 Prozent auf 127,5 Mill. DM gestiegen.

Für dieses Jahr erwartet Peycke einen Absatz von 15,3 Mill. Flaschen und 250 Mill. DM Umsatz. Die ersten zwei Monate dieses Jahres seien sehr gut angelaufen. Neue Preiserhöhungen seien zunächst nicht geplant, nach Abschluß der Einkaufsgespräche mit den internationalen Herstellern aber nicht auszuschließen.

Hauptumsatzträger blieb 1985 bei Hosie der weiße Rum Bacardi, von dem mehr als acht Mill. Flaschen verkauft wurden. Das Haus Bacardi International hält seit zwei Jahren das Hosie-Stammkapital von acht Mill. DM. Unveränderter Marktführer war Gordon's Dry Gin mit 1,44 Mill. Flaschen Absatz und 44 Prozent Marktanteil. Vom Sherry-Programm der Firma Gonzales Byass wurden zum ersten Mal knapp eine Mill. Flaschen abgesetzt. Zweistellige Zuwachsraten nennt Peycke für fast alle hochpreisigen Spezialitäten.

Zum Ergebnis wird erklärt, daß Hosie positiv abgeschlossen und an Bacardi einen Teil des Gewinns abgeführt habe. Für die 147 Mitarbeiter des Hauses ist eine betriebliche Altersversorgung eingerichtet worden. Dafür wurden 0,75 Mill. DM Rückstellungen gebildet.

Lufthansa kalkuliert Währungsverluste ein

dpa/VWD, Köln

Die Deutsche Lufthansa, Köln, die 35 Prozent ihrer Aufwendungen in Dollar bezahlt, kalkuliert für dieses Jahr Währungsverluste ein, die aus Termingeldverpflichtungen herrühren. Nach Angaben der Fluggesellschaft konnten „Vorteile aus dem fallenden Dollarkurs nur zum Teil realisiert" werden. Für die Bilanz 1986 soll der Rückstellungsbedarf dem Vernehmen nach bei 32 Mill. DM liegen. Auswirkungen von Wechselkursänderungen seien in einem weltweit operierenden Unternehmen normal, heißt es weiter. Aus Schwankungen von Kursen ergäben sich jährlich Bewegungen bis zu 0,5 Mrd. DM.

„Die Lufthansa wird für 1985 einen guten Jahresabschluß vorlegen, der über dem Durchschnitt der letzten Jahre liegt", wird in der Mitteilung hervorgehoben. Auch für 1986 werde wieder ein positives Ergebnis erwartet. Zuletzt (1984) hatte die Lufthansa bei einem Konzernumsatz von 10,3 Mrd. DM einen Jahresüberschuß von 178,6 Mill. DM ausgewiesen.

DG HYP / „Ein weiteres Nachgeben der Darlehenszinsen ist wenig wahrscheinlich"

Neugeschäft erreichte Rekordvolumen

JAN BRECH, Hamburg

Die deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank (DG Hyp), Hamburg, hat die Darlehenskonditionen weiter verbessert. In Anpassung an die Kapitalmarktentwicklung, so erklärt der Vorstandsvorsitzende Karlheinz Sösters anläßlich der Vorlage des Geschäftsberichts 1985, senke die Bank die bisherigen Zinssätze um bis zu 0,35 Prozentpunkte. Bei 100 Prozent Auszahlung kosten Darlehen bei einer Zinsfestschreibung für fünf Jahre nunmehr 6,8 Prozent, für zehn Jahre 7,4 Prozent und für 15 Jahre 7,7 Prozent.

Ein weiteres Nachgeben der Zinsen in den nächsten Monaten hält Sösters für wenig wahrscheinlich. Für das zweite Halbjahr schließt er sogar einen leichten Anstieg nicht aus. Die angenommene Belebung im gewerblichen und öffentlichen Bau dürfte dadurch allerdings kaum gestört werden. Im Wohnungsbau erwartet die DG Hyp zunehmende Instandsetzungs- und Modernisierungsarbeiten.

Das Berichtsjahr 1985 charakterisiert Sösters als Jahr der langfristigen Konsolidierung. Die günstige Zinsentwicklung habe eine starke Darlehnsnachfrage ausgelöst und zu einem bisher nicht erreichten Volumen im Neugeschäft geführt. Vor allem Vorfinanzierungen der Volks- und Raiffeisenbanken seien in DG-Hyp-Festzinsdarlehn umgeschuldet worden. Von den um 71 Prozent gestiegenen Hypothekenzusagen entfiel fast die Hälfte auf Umschuldungen. Der Anteil von Neubaufinanzierungen sank von 42 auf 24 Prozent, der für Modernisierungen erreichte 18 Prozent. Für drei Viertel der Zusagen wurden Zinsbindungsfristen von zehn Jahren und länger vereinbart.

Der Ertrag hat bei der DG Hyp mit der starken Expansion nicht Schritt gehalten. Der Bruttoüberschuß lag mit 197 Mill. DM nur knapp über dem Vorjahresergebnis. Schwierigkeiten gebe es vor allem, so heißt es, Immobilien in ländlichen Gebieten zu verwerten. Im eigenen Bestand hat die DG Hyp rund 175 notleidende Objekte zum Buchwert von 33 Mill. DM.

Gestärkt hat das Institut auch die offenen Reserven. Aus dem Jahresüberschuß von 70 Mill. DM werden nach dem „schütt aus, hol zurück"-Verfahren 50 Mill. DM den Rücklagen zugeführt. Das Eigenkapital erhöht sich auf knapp 600 Mill. DM. In diesem Jahr erwartet die DG Hyp ein Neugeschäft, das nicht wesentlich unter dem des Vorjahres liegen dürfte, und eine Ertragsentwicklung, die zu einer weiteren Stabilisierung der Rentabilität beiträgt.

DG Hyp	1985	±%
Hypo-Zus. (Mill. DM)	2673	+71,1
Kom.Darl.-Zus.	[illegible]	+45,2
Darl.-Auszahl.	4047	+35,4
Darl.-Bestand	29 194	+9,8
Bilanzsumme	[illegible]	+9,6
Eigenkapital	595	+9,4
Betriebserg.	132	+1,1
Zinsüberschuß	161	+5,2
Jahresüberschuß	70	+61,1

Dresdner Bank steigt bei DAL aus

adh., Frankfurt

Frühestens Ende Februar wird sich abzeichnen, wie es mit der Deutschen Anlagen-Leasing-GmbH (DAL), Mainz, weitergeht. Denn mit ihrer formellen Kündigung des Gesellschaftervertrages hat der mit zehn Prozent Anteil an der ins Schleudern geratenen größten deutschen Leasing-Gesellschaft kleinste Partner, die Dresdner Bank, den übrigen Gesellschaftern (Westdeutsche, Hessische, Bayerische und Landesbank Rheinland-Pfalz) die Möglichkeit gegeben, ihrerseits formell den Vertrag zu kündigen. Die Erklärungsfrist dafür läuft Ende Februar ab. Die Dresdner Bank nimmt zwar keinerlei Stellung zu dem ihr unterstellten Schritt, aber wie zu hören ist, finden derzeit laufend Gespräche der Gesellschafter über die Zukunft statt.

Bisher ist bei der DAL ein Sanierungsbedarf von gut drei Milliarden DM aufgelaufen, der entsprechend Beteiligung und Kreditengagement unter den Gesellschafterbanken aufgeteilt wurde.

KINDERBEKLEIDUNG / Hersteller sind zufrieden

Hochwertige Ware gefragt

sas. Köln

Hersteller und Händler von Kinderbekleidung sind optimistisch. Der Trend zu hochwertiger und modischer Ware sorgt dafür, daß trotz stagnierender Kinderzahlen weitere Umsatzzuwächse erreicht werden. Neue Impulse verspricht sich die Branche von der morgen beginnenden Messe Kind und Jugend in Köln (bis 23. 2). Auf der größten Fachveranstaltung dieser Art zeigen 434 Unternehmen aus 19 Ländern das komplette Kinderausstattungsangebot.

Das vergangene Jahr brachte dem Einzelhandel mit Kinderbekleidung eine Umsatzsteigerung um zwei Prozent auf rund 4,65 Mrd. DM. Rund 420 DM ließen sich die Eltern Bekleidung und textile Ausstattung für jedes Kind unter 16 Jahren kosten. Angesichts nur geringer Preissteigerungen – in diesem Jahr in einer Größenordnung von rund 1,5 Prozent – sei aber die Rendite der Spezialgeschäfte nach wie vor schlecht, erklärten Branchensprecher. Überhaupt hätten nur noch Händler eine Chance, die mit einem zielgerichteten straffen Sortiment den modischen Wünschen der Nachwuchskunden entsprächen.

Das zunehmende Gewicht modischer Artikel geht auf der Anbieterseite mit schnelleren Orderrhythmen und einem Zwang zu mehr Marktnähe einher. Davon hat die deutsche Kinderbekleidungsindustrie profitiert, die zusätzliche Marktanteile im Inland gewinnen konnte.

Besonders zufrieden ist die Maschenindustrie. Mit einem Umsatzplus von rund fünf Prozent auf rund 730 Mill. DM verzeichnete sie 1985 ein seit Jahren nicht mehr dagewesenes Ergebnis. Ohne den Bereich der Babyausstattung, dem neben dem Importdruck auch der zunehmende Secondhand-Handel zu schaffen machte, wurde sogar ein Zuwachs von acht Prozent auf 474 Mill. DM erzielt. Die Maschenindustrie ist mit ihrem Auftragsbestand bis April gut ausgelastet und erwartet in diesem Jahr weitere Umsatzsteigerungen.

Caravan-Hersteller zuversichtlich

dpa/VWD, Nürnberg

Die im Verband Deutscher Wohnwagen-Hersteller, Frankfurt, zusammengeschlossenen Caravan- und Motorcaravan-Hersteller zeigen sich nach einem Zulassungseinbruch von 13,7 Prozent im Jahr 1984 jetzt wieder zuversichtlicher. Wie der Verband auf der Publikumsmesse „Freizeit und Garten 86" in Nürnberg mitteilte, habe die Zahl der Neuzulassungen 1985 mit 26 174 zwar noch um 8,1 Prozent unter dem Vorjahresergebnis gelegen, seit September 1985 sei jedoch zum ersten Mal seit Jahren ein leichtes Plus von 0,7 Prozent verzeichnet worden.

Die Umsatzeinbußen im Inland wurden durch einen deutlich gestiegenen Export ausgeglichen. So erhöhte sich in den ersten drei Quartalen 1985 die Zahl der exportierten Wohnanhänger um 26,7 Prozent auf 22 914, der Umsatz kletterte in dieser Zeit um 26,1 Prozent auf 251 Mill. DM. Die Wohnwagenpreise werden nach Angaben des Verbandes 1986 auch im vierten Jahr hintereinander stabil bleiben.

KAFFEE / Das internationale Abkommen ist seit gestern außer Kraft gesetzt

Preise am deutschen Markt steigen weiter

JAN BRECH, Hamburg

Auf den internationalen Kaffeemärkten setzt der 19. Februar ein neues Datum. Seit gestern gibt es wieder einen freien Kaffeemarkt. Der Passus im Internationalen Kaffee-Abkommen, nach dem die Quotenregelung außer Kraft gesetzt werden muß, wenn an 45 Markttagen hintereinander die festgeschriebene Preisobergrenze von 150 US-Cents je Pfund überschritten wird, ist erfüllt. Die Rohkaffeepreise sind seit Herbst vergangenen Jahres geradezu explodiert. Auslösender Faktor ist eine Dürre in Brasilien, die vermutlich zu einem Ernteausfall von 12 Mill. Sack (je 60 Kilo) führen wird. Brasilien ist der größte Kaffeeerzeuger der Welt und liefert allein 30 Prozent der Weltproduktion.

Von der Aufhebung der Quoten und der damit gegebenen Möglichkeit, Verknappungen am Weltmarkt aufzufangen, erhoffen sich die deutschen Kaffeeröster zumindest kurzfristig eine Preisberuhigung an den internationalen Märkten. Die Entspannung an der Preisfront könnte durch ein weiteres Nachgeben des Dollarkurses noch verstärkt werden. Rohkaffee wird ausschließlich auf Dollarbasis gehandelt. Ob beide Faktoren allerdings ausreichen, den Anstieg der Röstkaffee-Preise in der Bundesrepublik zu stoppen, ist fraglich. Bislang verdankt es der Verbraucher nur dem ungemein scharfen Wettbewerb am deutschen Markt, daß die Preise im Durchschnitt nur um 1 DM je Pfund gestiegen sind.

Nach Schätzungen des Deutschen Kaffee-Verbandes müßten die Preise in der Bundesrepublik um 3 bis 3,50 DM je Pfund steigen, wenn ein Ausgleich für die Verteuerungen an den Weltmärkten gefunden werden soll. Da der Wettbewerb solche Sprünge nicht zuläßt, versuchen die Röster schrittweise die Erlöse zu verbessern. Dieser Tage ist die zweite Preisrunde in diesem Jahr eingeläutet worden, mit Erhöhungen um durchschnittlich 1 DM je Pfund.

In der Branche gilt als sicher, daß im März eine weitere Korrektur nötig sein wird. Wenn die Quotenfreigabe zu keiner Stabilisierung der Preise führen sollte, schließen die Röster sogar nicht aus, daß es zu einer Situation wie 1977 kommen könnte, als infolge von Frostschäden in Brasilien die Rohkaffeepreise um bis zu 300 Prozent stiegen und sich Röstkaffee in den Läden kurzfristig auf 15 bis 16 DM je Pfund verteuerte.

Die deutschen Röster sind von den gegenwärtigen Verknappungen auf der Angebotsseite und der dadurch ausgelösten Preishausse umso härter betroffen, als sie überwiegend hohe Qualitäten nachfragen, die aus spekulativen Gründen vom Markt zurückgehalten werden. An den gut 8 Mill. Sack, die die Bundesrepublik einführt, ist Kolumbien mit knapp 30 Prozent, Brasilien mit 15 und El Salvador mit etwa 10 Prozent beteiligt. Gut 30 Prozent stammt aber auch aus den ostafrikanischen Ländern sowie den Staaten Zentralamerikas, die hochwertigen Kaffee anbauen, aber in ein zu enges Quotenkorsett gezwängt sind.

BFH zur Bewertung von Eigenheimen

Kl. München

Die Zuordnung eines Wohngrundstücks zur Grundstücksgruppe der Einfamilienhäuser ist bei der Einheitsbewertung auch dann zulässig, wenn es teilweise zu freiberuflichen Zwecken genutzt wird. Nach einem Urteil des Bundesfinanzhofs in München (II R 249/81) widerspricht es regelmäßig nicht dem allgemeinen Vorstellungsbild von einem Einfamilienhaus, daß Freiberufler (Ärzte, Rechtsanwälte, Steuerberater usw.) in ihnen ihre Praxisräume oder ihr Büro unterhalten.

Die Eigenart als Einfamilienhaus wird nach Ansicht der Richter selbst dann nicht wesentlich beeinträchtigt, wenn die freiberuflich genutzten Räume baulich von der Wohnung getrennt sind und eine gewisse Selbständigkeit innerhalb eines äußerlich einheitlich erscheinenden Gebäudes aufweisen. Eine freiberufliche Mitbenutzung steht in derartigen Fällen der Beurteilung als Einfamilienhaus nur dann entgegen, wenn sie den gleichen Umfang wie die Nutzung zu Wohnzwecken erreicht.

SEBAPHARMA / „Abwehrschlachten" im Inland

Große Erfolge im Export

Wb. Boppard

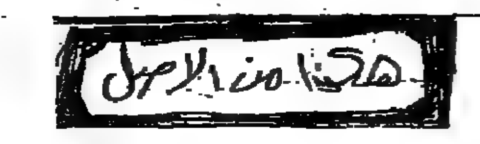
„Selbst in afrikanischen Apotheken sind unsere Produkte zu haben", berichtet Heinz Maurer, geschäftsführender Gesellschafter der Sebapharma GmbH & Co., Boppard, voller Stolz. Überhaupt war es der Export, der dem Spezialisten für seifenfreie Körperpflege im vergangenen Jahr besondere Freude bereitete.

Ein rundes Dutzend neuer Exportländer wurde hinzugewonnen, so daß die Seba-Produkte jetzt in mehr als 50 Ländern der Erde zu haben sind. Der Auslandsumsatz nahm um 48 Prozent zu und erreichte damit mehr als 20 Prozent Umsatzanteil. Besonders dynamisch entwickelte sich das Geschäft mit den europäischen Nachbarn in den Niederlanden, Großbritannien und Österreich.

Weniger glücklich ist Maurer über die Entwicklung am Inlands-Markt: „1985 war für uns das Jahr der Abwehrschlachten." Mit hohem Mitteleinsatz versuchte die finanzstarke Konzernkonkurrenz, in den Markt der Seifenfreien vorzudringen. Doch der rheinische Mittelständler zog hervorragend vorbereitet in dieses Gefecht und konnte seine gut 60 Prozent Marktanteil mit den Sebamed-Produkten halten.

Allen Attacken zum Trotz nahm der Umsatz um zehn Prozent auf 89 (81) Mill. DM zu, von denen rund 90 Prozent auf die Sebamat Chemie GmbH entfielen. Den Rest teilten sich die beiden anderen Gesellschaften der Maurer-Gruppe (alle unter dem Dach der Sebapharma), die Herzpunkt Pharma GmbH (Tonika) und die Maurer Pharma GmbH (Kreislaufmittel).

Für 1986 hat Maurer seiner Gruppe ein Umsatzziel von 100 Mill. DM gesteckt. Um es zu erreichen, sollen sowohl der inländische Außendienst als auch die Exportaktivitäten verstärkt werden. Nachdem 1985 die Investitionen durch den Bau einer neuen Verwaltungszentrale auf 8 Mill. DM gestiegen waren, sollen in diesem Jahr nur 3 Mill. DM für Sachanlagen ausgegeben werden.



SIEMENS

Unternehmer in Deutschland planen ihren Aufschwung selbst. Mit CAI*.

Unternehmer wissen, daß Länder- und Branchenkonjunkturen den Markterfolg allenfalls fördern können. Ihre eigene Position im Wettbewerb ist vor allem an eine verbesserte Produktivität aller Bereiche geknüpft.
In den meisten Fertigungsbetrieben stecken freilich noch bemerkenswerte Produktivitätsreserven. Sie zu erschließen bedeutet, Innovationen schneller marktreif zu machen oder Auftragsproduktionen flexibler zu realisieren. Das Konzept dafür heißt CAI (Computer Assistierte Industrie).

Ideen schneller umsetzen.
An Ideen fehlt es den Produktentwicklern und Konstrukteuren der heimischen Industrie wahrlich nicht. Aber bis zur Markteinführung der Produkte dauert es oft zu lange. Eine beschleunigte Entwicklung und Fertigungsplanung hilft, Ideen schneller umzusetzen und Marktvorteile zu gewinnen. Eine flexible Fertigung mit kurzen Rüstzeiten und effizienter Organisation ermöglicht auch bei kleinen und kleinsten Losgrößen eine rentable Produktion. Auch das stärkt die Wettbewerbsfähigkeit.

CAI bringt die Datenbank an die Drehbank.
Vor allem diejenigen. Unternehmen, die ein ganzheitliches DV-Konzept für ihren eigenen Betrieb erwarten, obwohl – oder gerade weil – sie die einzelnen Komponenten in Stufen einführen wollen, finden in Siemens den Partner für eine Lösung ohne Lücken:

1. Als führendes Computerunternehmen hat Siemens ein ausgeklügeltes Datenhaltungskonzept, das die unterschiedlichsten Fachbereiche mit der Datenbasis verknüpft.
2. Siemens bietet ausgereifte Anwendungsprogramme (wie ABS) zur Steuerung der Werkstattfertigung und zur permanenten Überwachung des Auftragsfortschritts: die Durchlaufzeit wird zur bekannten Größe.
3. Die CADIS-Verfahrensketten umfassen das Umsetzen der Geometriedaten in NC-Informationen sowie deren Kontrolle vor dem Fertigungsprozeß.
4. Siemens liefert eine Spitzen-Hardware, wie den CAD Arbeitsplatz für farbige 3D-Darstellungen.
5. Siemens sammelt Tag für Tag selbst Erfahrungen vor Ort – in über 100 eigenen (darunter auch kleinen) Fabriken im In- und Ausland.

Wer jetzt mit Siemens über CAI spricht, legt einen Grundstein für den eigenen Aufschwung. Denn die Wettbewerbsfähigkeit beginnt im Betrieb.

Mehr darüber von Siemens AG, Infoservice 133/Z 130 Postfach 156, 8510 Fürth.

*** CAI Computer Aided Industry, zu deutsch Computer Assistierte Industrie.** Das Siemens-Konzept für den Informationsverbund im Unternehmen. Z. B. in Maschinenbau und Elektrotechnik, im Fahrzeugbau, in der Metallverarbeitung oder in der Herstellung von Möbeln. CAI umfaßt:

CIM Computer Integrated Manufacturing. Verbund aller rechnerunterstützten Teilsysteme: Vom Auftragseingang über die Produktionsplanung und -steuerung (PPS), die Konstruktion (CAD) bis zur Maschine (CAM), einschließlich Qualitätssicherung.

CAD Computer Aided Design, zu deutsch computergestützte Konstruktion und Entwicklung. Heißt bei Siemens beispielsweise CADIS und ist zwei- oder dreidimensional.

CAM Computer Aided Manufacturing = computerunterstützte Fertigung. Umfaßt Steuerung und Überwachung von Maschinen und Materialfluß.

PPS Produktionsplanung und -steuerung. Siemens-System, das von der Disposition über die Material- und Teilewirtschaft, die Termin- und Kapazitätsplanung bis zur Stammdatenverwaltung reicht.

CAO Computer Aided Office. Siemens Computer und Programme für das Planen, Verwalten und Überwachen im Büro.

A 18100-D-Z116

Aktien überwiegend freundlich

Bei steigenden Kursen aber nachlassende Kaufbereitschaft

DW. – Die Börseneröffnung stand bei den Aktien im Zeichen weiterer Anlage- und Rückkäufe. Dadurch kam es auf breiter Front zu neuen Kurssteigerungen. In der zweiten Börsenstunde überwogen aber schon wieder Gewinnmitnahmen. Als Störfaktor erwies sich der fallende Dollar. Das bekamen besonders die Autoaktien zu spüren, bei denen die Gewinne stets stark vom Export in Dollarländer abhängig sind. Dagegen setzten die Werte der Großchemie ihren Anstieg unbeirrt fort. Offensichtlich getragen durch den niedrigen Ölpreis.

Einen Rückschlag erlebten die Lufthansa-Vorzugsaktien. Dies im Zusammenhang mit den Diskussionen über angeblich falsche Dollardispositionen beim Einkauf vom Flugzeugen in den USA. Sie würden, falls die Gerüchte zutreffen, den Vorteil, den die Lufthansa aus dem gesunkenen Ölpreis ziehen kann, beträchtlich vermindern, wenn nicht völlig aufzehren. Am Bankenmarkt gab es ebenfalls anziehende Notierungen. Dabei kristallisiert sich eine gewisse Vorsicht gegenüber den Aktien der Dresdner Bank heraus, die in Verbindung mit der bevorstehenden Kapitalerhöhung gesehen werden muß. Für Hypothekenbankwerte wachsendes Interesse, ausgelöst durch Berichte über den meist guten Verlauf des Geschäftsjahres 1985. Bei Siemens hat sich der Wiederanstieg stark verlangsamt. Das Papier leidet unter Gewinnrealisationen, die teilweise auch von Ausländern vorgenommen werden. Auf der anderen Seite ist die Nachfrage deshalb eingeschränkt, weil nach Vorlage des Geschäftsberichtes für 1984/85 den Siemens-Aktien kaum spekulative Phantasie beigemessen wird.

Frankfurt: Adler zogen um 10 DM an. Um jeweils 10 DM fester lagen IWKA und Kali Chemie. Braun AG stiegen um 28 DM, Varta um 12,50 DM, Wella um 15 DM.

Düsseldorf: Dt. Atlanten verbesserten sich um 33 DM, Leffers St. um 8 DM und Kochs Adler um 3 DM. Balcke-Dürr gaben um 15 DM, Keramag um 5 DM und Schubsa um 3 DM nach.

Hamburg: Vereins- und Westbank wurden mit plus 4 DM und Hapag Lloyd mit plus 2 DM gehandelt. Holsten Brauerei sanken um 3 DM und Reichelt um 2 DM.

Berlin: Spinne Zehlendorf wurden um 65 DM, Dt. Hypobank berlin um 25 DM und Springer um 14 DM heraufgesetzt. Orenstein und Rheinmetall St. erholten sich um je 5 DM. Detewe sanken um 4 DM.

München: Aigner stiegen um 1 DM, Dywidag um 5,50 DM und Leonische Draht um 5 DM. Audi gaben um 2 DM nach, AKS verminderten sich um 1 DM und Flachglas um 4,80 DM.

Stuttgart: Boss verteuerten sich um 10 DM, Kolbenschmidt um 8 DM und Zeag Zement um 9 DM. Daimler stiegen um 14 DM und Salamander konnten sich um 6,50 DM befestigen.

Nachbörse: nachgebend

WELT-Aktienindex: 278,39 (275,51)
WELT-Umsatzindex: 6255 (8054)
Advance-decline-Zahl: 129 (141)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausland in DM

Ausland

Amsterdam

Brüssel

Hongkong

Kopenhagen

London

Luxemburg

Madrid

Mailand

New York

Paris

Johannesburg

Stockholm

Singapur

Tokio

Sydney

Oslo

Toronto

Wien

Zürich

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate

Optionshandel

WELT-Aktien-Indices

Chemiewerte: 173,17 (169,47); Elektrowerte: 346,37 (342,94); Autowerte: 740,21 (758,84); Maschinenbau: 174,99 (174,71); Versorgungsaktien: 168,12 (167,50); Banken: 386,09 (381,46); Warenhäuser: 140,67 (140,26); Bauwirtschaft: 487,74 (485,94); Konsumgüterindustrie: 154,58 (155,26); Versicherung: 1402,44 (1387,29); Stahlpapiere: 172,24 (170,04)

Kursgewinner (Frankfurt):

Koepp	218,00	+28,00	+14,7%
Thür. Gas	548,00	+47,00	+9,3%
Aach. Münch. Bet.	2480,00	+185,0	+8,0%
Westafr. Vict.	70,00	+5,00	+7,6%
DAT	680,00	+40,00	+6,2%
Didier	278,00	+15,00	+5,7%
Thyssen Ind.	142,00	+6,90	+5,1%
Dt. Hypo. Ffr.	674,00	+32,00	+4,9%
Münch. Rück. NA	2885,00	+135,0	+4,9%
Mannh. Vers.	944,00	+44,00	+4,8%

Kursverlierer (Frankfurt):

Patrizier Br.	420,00	-48,00	-10,2%
Seilwolff	55,00	-4,00	-6,7%
Lufthansa St.	286,00	-14,00	-4,6%
Lufthansa Vz.	276,50	-13,50	-4,6%
Drägerw. Vz.	346,00	-60,50	-4,9%
MAB Vz.	349,00	-16,00	-4,3%
Porsche Vz.	1290,00	-57,00	-4,3%
Diskuswerke	67,00	-3,00	-4,2%
Siemens	757,50	-32,50	-4,1%
Eschweiler Berg	92,10	-3,90	-4,0%

Junge Aktien

Berlin: Hermes 815,00 G, Ködtzer 1908,00 B, VAB 2900,00 T
Düsseldorf: BASF 284,00, Bayer 298,00, BHF 475,00 T, Contigas 360,00 G, Contigummi 195,00 G, Linde 630,00, Metallges. 336,00, Nixdorf 553,00, Salamander 290,00, Schering 525,00, VEW 154,00
Frankfurt: Adt 52,90, Allweiler St. 285,00, Allweiler Vz. 205,50, BASF 285,00, Bayer 296,00, BHF 475,00 T, Contigas 365,00, Contigummi 198,00, Dresdner Bk. 390,00 G, IWK 307,00, KSB 188,00 T, KSB Vz. 167,00 T, Linde 630,00, Magdeburger Feuer 690,00, Magdeburger Feuer NA 1250,00 T, Mainkraft 500,00 T, Metallges. 310,00, Moto Meter 230,00, Nixdorf 554,50, Pfaff 220,00 B, Salamander 295,00, Schering 510,00, VEW 157,00, Ymos Vz. 178,50
Hamburg: Doag 368,00, Schering 525,00
München: BASF 281,50, Bayer 298,00, Br. Wolff. 220,00 bG, Contigas 356,00 bG, IWK 315,00 bG, Isar-Amper 350,00, Linde 625,00 bG, Metallges. 330,00 TB, Nixdorf 542,00, Rütgers 420,00 G, Salamander 290,00, Schering 530,00 T, Stumpf 116,00 B, VAB 2980,00 bBr, VEW 155,00 bB
Bezugsrechte: M: Bay. Handelsbk. 26,00 bG

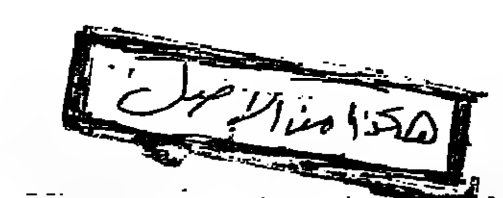
Devisenmärkte

Über Nacht stürzte der US-Dollar weiter ab, so daß sich am 19. 2. in Europa eine Eröffnungsbasis von 2,308 ergab. Zurückzuführen war dies auf Äußerungen des amerikanischen Finanzministers, daß ein weiterer Rückgang des US-Dollars bei geordneten Marktverhältnissen nicht unwillkommen sei. Der Markt reagierte darauf prompt. Der Handel wickelte sich später zwischen 2,307 und 2,32 ab. Amtlich wurde der Kurs mit 2,3105 festgestellt. Neue Einflüsse für die weitere Entwicklung sind vielleicht heute vom Bericht Volckers über die Kreditpolitik vor dem Kongreß zu erwarten. Der Yen behauptete sich gut, und der Schweizer Franken zog um 4,2 Promille auf 120,96 an. Die Normalität erreichte auch der Englische Pfund, das um 6,2 Promille auf 3,341 zurückfiel. Historisch tief notierte die Schwedische Krone mit 31,49. Die Freiverkehrswährungen gaben aufgrund der Dollarschwäche deutlich nach. US-Dollar in: Amsterdam 2,6065; Brüssel 47,26, Paris 7,092, Mailand 1572,90; Wien 16,231; Zürich 1,9101. Ir Pfund/DM 3,025; Pfund/Dollar 1,446; Pfund/DM 3,341.

Devisen und Sorten

19.2.1986	Frankf. Devisen Geld	Frankf. Devisen Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4]	Frankf. Sorten* Ankauf	Frankf. Sorten* Verkauf
New York[1]	2,3065	2,3145	2,2931	2,26	2,36
London[2]	3,334	3,348	3,285	3,27	3,42
Dublin[2]	3,018	3,052	2,939	2,94	3,09
Montreal[1]	1,6513	1,6595	1,6261	1,61	1,71
Amsterd.	88,445	88,665	88,265	87,75	89,50
Zürich	120,86	121,06	120,74	119,25	122,00
Brüssel	4,875	4,895	4,810	4,72	4,92
Paris	32,48	32,64	31,670	31,75	33,50
Kopenh.	27,84	27,16	26,85	26,25	28,00
Oslo	31,955	32,075	31,345	31,00	32,75
Stockh.**	31,41	31,57	30,95	30,75	32,50
Mailand[3]**	1,4645	1,4745	1,4205	1,42	1,52
Wien	14,216	14,256	14,154	14,12	14,34
Madrid**	1,584	1,594	1,534	1,55	1,67
Lissabon**	1,52	1,54	1,432	1,10	1,90
Tokio	1,2905	1,2935	–	1,25	1,31
Helsinki	44,40	44,60	43,905	43,25	45,25
Buen.Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,05	0,18
Athen* **	1,597	1,651	–	0,90	1,70
Frankf.	–	–	–	1,71	1,80
Sydney*	1,626	1,645	–	1,60	1,70
Johannbg.*	1,118	1,152	–	0,93	1,25
Hongkong *	29,51	29,79	–	26,50	32,50

Alles in Hundert; [1] 1 Dollar; [2] 1 Pfund; [3] 1000 Lire
[4] Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage. * nicht amtlich notiert
** Einfuhr begrenzt gestattet.





Am Prinzip hat sich nichts geändert.

Es ist schon erstaunlich, wie weit der „Stahlradwagen“ von Gottlieb Daimler, der 1889 auf der Pariser Weltausstellung der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, in manchen technischen Grundprinzipien dem Automobil unserer Tage entsprach.

Fahrgestell und Motor wurden als organische Einheit konstruiert und zeigten im Vergleich zum ursprünglichen Kutschenwagen eine Reihe von Verbesserungen.

So zum Beispiel erstmals ein „Viergang“-Zahnradgetriebe, das Geschwindigkeiten bis zu 17,5 km/h erlaubte.

Eine ähnlich bedeutende Innovation gelang Karl Benz 1893 mit seinem „Viktoria“-Wagen. Er hatte eine Achsschenkel-Lenkung konstruiert, die Benz den Schritt vom Dreirad- zum Vierradwagen ermöglichte.

Mit einer Fülle technischer Meisterleistungen haben Daimler und Benz in einer Art genialem Wettstreit die Entwicklung des Automobils im wahrsten Sinne des Wortes in Fahrt gebracht. Waren 1886 erst PS-Stärken von 0,5 bis 1,1 erreichbar, so waren ihre Fahrzeuge Anfang der 90er Jahre schon mit Motoren ausgerüstet, die eine Leistung von 1,5 bis 4 PS erreichten.

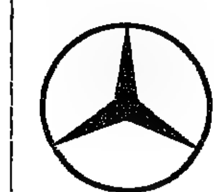
Heute wie damals ist es unser Bemühen, unsere Automobile immer weiter zu vervollkommnen.

Wir wollen die technischen Voraussetzungen schaffen, um Belastungen für den Menschen und die Umwelt abzubauen und die Sicherheit und Wirtschaftlichkeit unserer Automobile weiter zu erhöhen.

Ein Mercedes-Benz gehört heute wie damals zu jenen Automobilen, die mit neuen Ideen und Entwicklungen immer wieder Maßstäbe setzen und damit den Anforderungen unserer Zeit Rechnung tragen.

Es bleibt unser Ziel, technisch und qualitativ hochwertige und ausgereifte Automobile zu bauen.

An diesem Prinzip wird sich auch in Zukunft nichts ändern.



DAIMLER-BENZ AG

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

Bundesbahn

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Renten wenig verändert

Obwohl in den USA die Renditen weiter rückläufig waren, gab es auf dem deutschen Rentenmarkt kaum Veränderungen. Zum Teil wird das mit dem schwächeren Dollar begründet, welcher der D-Mark weitere Teile ihrer Aufwertungsphantasie nimmt. Öffentliche Anleihen schwankten um 0,10 Prozentpunkte. Die 6½prozentige Bremen-Anleihe ist mit 100 Prozent leicht über ihren Emissionskurs von 99½ Prozent eingeführt worden, der allerdings technisch im Börsenhandel nicht mehr darstellbar ist. Bei den Pfandbriefen ergaben sich in den Renditen keine grundlegenden Verschiebungen.

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Dienstag die Gold-, Kupfer- und Kakaonotierungen an der New Yorker Comex. Etwas höher ging Kaffee aus dem Markt. Schwächer notierte Silber.

Getreide/Getreideprodukte

Genußmittel

Öle, Fette, Tierprodukte

Wolle, Fasern, Kautschuk

NE-Metalle

Messingnotierungen

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Internationale Edelmetalle

Erläuterung – Rohstoffpreise

Westd. Metallnotierungen

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse

Energie-Terminkontrakte

Kartoffeln

Bauholz

Zinn-Preis Penang

Devisenterminmarkt

Geldmarktsätze

Euro-Geldmarktsätze

Goldmünzen

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Nullkupon-Anleihen (DM)

New Yorker Finanzmärkte

Dollar-Anleihen

Lux. Franc Bonds

Rechnungs-Einheiten

ECU

Euro-Yen

ECU-Tageswerte

SZR-Wert

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Unzulässiger Druck

„Mobilisierung – wozu?“; WELT vom 15. Februar

Der Artikel ist unvollständig, weil jeglicher Hinweis auf die Stellungnahme des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands – CGB fehlt. Der CGB begrüßt die Absicht der Bundesregierung, mit einer Änderung des Paragraphen 116 AFG-Arbeitsförderungsgesetz die aufgetretene Rechtsunsicherheit über die Leistungspflicht der Bundesanstalt für Arbeit an mittelbar von Arbeitskämpfen betroffene Arbeitnehmer zu beseitigen. Hier ist der Gesetzgeber gefordert. Er kann nach richtigem Verfassungsverständnis die Entscheidung darüber nicht den Gerichten überlassen. Der gesetzgeberische Handlungsbedarf ist die Folgerung aus einer veränderten Streiktaktik, vor allem der IG Metall.

Der Christliche Gewerkschaftsbund Deutschlands – CGB bedauert die Schärfe, die von DGB und Arbeitgeberseite in die Auseinandersetzung über die Änderungspläne hineingetragen wurde. Der CGB lehnt jeden unzulässigen Druck auf Verfassungsorgane oder deren Mitglieder entschieden ab. Für den CGB beinhaltet der Gesetzentwurf der Bundesregierung keine Einschränkung des Streikrechts, sondern das Bemühen um Klarstellung zur Sicherung der Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit bei Arbeitskämpfen.

Die für den Paragraphen 116 Abs. 3 AFG vorgesehene Formulierung schafft nach Auffassung des CGB keine ausreichende Rechtssicherheit. Es muß vielmehr befürchtet werden, daß diese inhaltlich unbestimmbare Formulierung zu neuen gerichtlichen Auseinandersetzungen führt.

Der CGB schlägt daher vor, die Bundesanstalt zu Leistungen an mittelbar vom Arbeitskampf betroffene Arbeitnehmer desselben Fachbereichs außerhalb des Kampfgebiets zeitlich befristet zu verpflichten!

Diese Lösung sichert zunächst den mittelbar Betroffenen die Lebensgrundlage. Gleichzeitig wird bei der zunehmenden Verflechtung der Wirtschaftszweige der durch Arbeitskämpfe verursachte volkswirtschaftliche Schaden gemindert!

Der CGB begrüßt die vorgesehene Ergänzung des Paragraphen 72 AFG, die den Arbeitgeber verpflichtet, Arbeitsausfall als Folge eines Arbeitskampfes darzulegen und glaubhaft zu machen. Dem Betriebsrat ist dabei ein Mitbestimmungsrecht einzuräumen.

Karl Hoffmann,
stellv. CGB-Landesvorsitzender,
Hamburg

Sensibler Verfassungsschutz

„Vom Effizienzprinzip“; WELT vom 30. Januar

Erst jetzt habe ich die fragliche Rezension gelesen, der ich als kritisierter Autor wegen unrichtiger Behauptungen widersprechen muß: Es ist meinem Kollegen aus früherer gemeinsamer Referententätigkeit im Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln unbenommen, in Grenzfragen des Verfassungsschutzes die traditionelle, politisch-konservative Geheimdienstposition zu verteidigen. Doch sollte er mit den Tatsachen redlich umgehen, wenn er sich zu meiner systematischen Darstellung „Verfassungsschutz in der Bundesrepublik Deutschland“ äußert. So lautet der volle Buchtitel!

Horchems erster Satz „Die Arbeit ist gegliedert nach der Methode der Jahresberichte des Bundesamtes für Verfassungsschutz“ trifft bereits nicht zu. Die ersten drei Kapitel meines Buches beschäftigen sich nämlich mit den wichtigen verfassungsrechtlichen Grundlagen, ohne deren Kenntnis eine verfassungskonforme Beurteilung der Probleme des Schutzes der Verfassung schwer möglich erscheint.

Die Verfassungsprinzipien und die daraus ableitbaren Regeln bestimmen allein Aufgaben und Grenzen des nachrichtendienstlichen Verfassungsschutzes.

Es ist nicht überraschend, wenn Horchem versucht, mich in die kommunistische Ecke zu drängen. Die von mir vertretene Konzeption der „streitbaren Demokratie“ als eine an die Lehre von Abendroth angelehnte zu bezeichnen, ist schlicht falsch.

Das von Horchem apostrophierte funktionale Effizienzprinzip der Verwaltung hat sich immer den verfassungsrechtlichen Grundsätzen des demokratischen Rechtsstaats unterzuordnen. Diese Abhängigkeit hätte Horchem erwähnen müssen, wenn er meint, ich würde für einen „wirkungslosen Verfassungsschutz“ plädieren. Demokratie und Geheimdienste erscheinen prinzipiell unvereinbar, dieser Widerspruch läßt sich aber auflösen durch eine gezielte Aufklärungstätigkeit für die Bürger über die vom Verfassungsschutz erkannten Gefahren.

Der ehemalige Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz in Hamburg hat mit dieser unsachlichen Kritik den demokratischen Bürgern und der Institution „Verfassungsschutz“ keinen Dienst erwiesen. Wir brauchen dringend einen hochqualifizierten rechtsstaatlichen und demokratisch-sensiblen Verfassungsschutz!

Dr. jur. H. Joachim Schwagerl,
Wiesbaden

Licht aus?

„Borken: Tauziehen um ein geplantes Kraftwerk“; WELT vom 13. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren,
der Artikel bedarf einer kleinen Richtigstellung. Die CDU Hessen mit ihrem Landesvorsitzenden Dr. Walter Wallmann befindet sich hinsichtlich des von der Preußen-Elektra geplanten Kernkraftwerks in Borken in keinerlei Zwiespalt. Die CDU tritt ganz entschieden für den Bau des Kraftwerkes in Nordhessen ein. Taktische Wahlkampferwägungen dahingehend, daß ein Verlust mehrerer hundert Arbeitsplätze der Union hinsichtlich der Landtagswahl 1987 zugute kommen könnten, entbehren jeder Grundlage. Tatsächlich geht es gerade dem Landesvorsitzenden der CDU, Dr. Wallmann, darum, in Hessen neue Arbeitsplätze zu schaffen und gleichzeitig einer strukturschwachen Region zu helfen.

Richtig ist selbstverständlich: Aus Verbeugung vor ihrem grünen Koalitionspartner wird die hessische Landesregierung und die SPD das Kernkraftwerk in Borken nicht genehmigen und damit nicht nur den Erhalt bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze verhindern, sondern auch die zukünftige Stromversorgung Hessens gefährden.

Ulrich Milde,
Pressesprecher der CDU Hessen
und der CDU-Landtagsfraktion,
Wiesbaden

Wort des Tages

„Wer nicht den Verstand seines Alters hat, der hat das ganze Unglück seines Alters.“

Voltaire, französischer Autor (1694–1778)

Verschleiß

Sehr geehrte Damen und Herren,
in Ihrer Ausgabe vom 30. Januar bringen Sie einen sehr informativen und ausführlichen Bericht „Wenn die Ampel auf Blau umspringt“ von Michael Mosch mit der Empfehlung, bei Rot den Motor abzustellen.

Leider fehlt in allen hierzu veröffentlichten Untersuchungen ein Hinweis auf die negativen Auswirkungen einer solchen Maßnahme.

Immerhin wird bei einem derartigen Verhalten im Stadtverkehr der Motor zum Beispiel 50 bis 100 Mal pro Tag gestartet. Der Verschleiß am Starter muß erheblich sein. Auch die Batterie wird erfahrungsgemäß stärker belastet. Diese negativen Effekte müßten zumindest rechnerisch ermittelt werden.

Mit freundlichen Grüßen
Ernst-Wilhelm Lindow,
Köln 41

Russische Karte?

Sehr geehrte Damen und Herren,
hinsichtlich Ihrer Serie über die Philippinen kann gesagt werden, daß sie dem Leser ein informatives Hintergrundwissen vermittelt hat. Zur Rolle Amerikas in diesem Zusammenhang wäre anzumerken, daß die militärischen Basen und Stützpunkte auf diesem Inselarchipel keineswegs den alleinigen Zweck erfüllen, der amerikanischen Verteidigungsstrategie und deren Sicherheitsbedürfnis in vollem Umfang gerecht zu werden.

Dieses auf den „Philippine Military Assistance Act“ von 1946 gestützte Abkommen entsprach auch den elementaren Sicherheitsinteressen der Filipinos. Es ist deshalb aus sicherheitspolitischen Gründen darauf zu verweisen, daß die Philippinen einen beträchtlichen Teil ihrer Souveränität verlieren, wenn eine vertragliche Verlängerung des bilateralen Stützpunktabkommens zugunsten eines ungewissen Neutralitätsglaubens unterbleibt. Die russische Karte auszuspielen hieße, der Demokratie und der Freiheit den Laufpaß zu geben.

Mit freundlichem Gruß
Albert Alten jr., Bardowick

Personalien

GEBURTSTAGE

Bahnbrechendes gelang ihr in der Politik, der heute 85jährigen **Elisabeth Schwarzhaupt**. Im vierten Kabinett von Konrad Adenauer, 1961, wurde sie die erste Frau, die in der Bundesrepublik ein Ministeramt erhielt. Adenauer übertrug der Juristin das neugeschaffene Ministerium für Gesundheitswesen, das sie dann bis zur Bildung der Großen Koalition 1966 leitete. Im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn bat in dieser Woche Bundeskanzler und Parteivorsitzender **Helmut Kohl** zu Ehren von Frau Schwarzhaupt zu einem Empfang. Die Frankfurterin – ihr Vater war preußischer Landtagsabgeordneter der Deutschen Volkspartei – ist auch heute noch eine engagierte Verfechterin der Rechte der Frauen. Hochbetagt, aber jugendlich in ihren Plädoyers, warf sie dem Kanzler und vielen Weggenossen aus alter Zeit zunächst einmal vor, daß bis zum heutigen Tage keine Bundesregierung ihr einstiges Anliegen aufgegriffen hat, in Bonn „an höchster Stelle“ eine „Frauenbeauftragte“ anzusiedeln. Also vergeblich ihr Bemühen, den Kanzlern eine Frau zur Seite zu stellen, die sich für Gleichberechtigungsfragen einsetzt und der Regierung regelmäßig Bericht erstattet. Elisabeth Schwarzhaupt ist das geblieben, was sie von Jugend an war: eine kämpferische Natur. Als sie 1921 bis 1925 in Frankfurt und Berlin Rechtswissenschaften studierte, steuerte sie den Beruf einer Jugendrichterin an. Den Frauen war aber zunächst eine Richterlaufbahn verschlossen. Schließlich wurde sie doch noch Hilfsrichterin am Amts- und Landgericht in Dortmund. Die Nationalsozialisten jagten sie aus dem Amt, weil sie als Mitglied der Deutschen Volkspartei Wahlkampf gegen die Nazis machte. Während des Krieges wurde sie Mitarbeiterin der Berliner Evangelischen Kirche. 1948 wurde sie Oberkirchenrätin. 1953 ging sie für die CDU in den Bundestag. Dem Parlament gehörte sie bis 1969 an. Engagiert hatte sich Elisabeth Schwarzhaupt vor allem bei der Reform des Eherechts, bei der Frage der Wiedereingliederung der Frauen in den Beruf, bei Problemen der Teilzeitarbeit. Zu ihrem Geburtstag gratulierten auch der frühere Bundespräsident Professor **Dr. Karl Carstens**, Bundestagspräsident **Philipp Jenninger**, der frühere Bundesminister im Kanzleramt **Dr. Ludger Westrick**, der frühere Bundesminister **Dr. Erich Mende** und **Dr. Ursula Huffmann**, Vorsitzende des Akademikerinnenbundes.

*

Professor **Dr. Elsa Ullmann**, emeritierte Professorin für Pharmazeutische Technologie der Ludwig-Maximilians-Universität München, feiert heute ihren 75. Geburtstag. Die Potsdamerin hatte in Berlin studiert. 1941, nach der Promotion in Tübingen, folgte sie ihrem Lehrer, Professor **Eugen Bamann**, an die Karls-Universität Prag. Nach dem Krieg kam sie nach München, wo auch Professor Bamann den Lehrstuhl für Pharmazie erhalten hatte. Hier baute Elsa Ullmann die Fachrichtung Pharmazeutische Technologie auf. Sie gehörte zu den Wegbereitern in ihrem Fachbereich.

EHRUNGEN

Diplom-Ingenieur und Professor **Werner Breitschwerdt**, Vorstandsvorsitzender der Daimler-Benz AG, wurde von der Fakultät für Maschinenbau der Ruhr-Universität Bochum die Ehrendoktorwürde verliehen. Die Fakultät würdigte mit dieser Auszeichnung die Verdienste Breitschwerdts um Forschung und Entwicklung im Bereich der Fahrzeugkonstruktionen, die er sich als Leiter der Forschungsabteilung bei Daimler-Benz erworben hatte.

*

Bankdirektor **Dr. Dietrich Köllhofer**, Vorstandsmitglied der Bayerischen Vereinsbank München, wurde Honorarprofessor für Bankpolitik an der Fakultät für Betriebswirtschaft der Ludwig-Maximilians-Universität München. Professor Köllhofer war bereits seit Jahren Lehrbeauftragter. Bekannt wurde er auch durch eine Vielzahl wissenschaftlicher Veröffentlichungen auf seinem Fachgebiet.

ABKOMMEN

Peter-Kurt Würzbach, parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, hat mit Lord **David Trefgarne**, Staatssekretär für Unterstützungsfragen im Verteidigungsministerium in London, ein Abkommen zum Austausch von Reservisten der beiden Streitkräfte unterzeichnet. In die Vereinbarung hineingenommen werden Offiziere und Unteroffiziere der Reserve aus allen drei Teilstreitkräften. Sie sollen einmal jährlich zu einem zweiwöchigen Training in einen entsprechenden Verband der anderen Armee entsandt werden. Die Reservisten werden durch diesen Austausch größeres Wissen über die Organisation der verbündeten Armee und deren Ausrüstung und über die Arbeitsweise der NATO erhalten. Das bisherige Abkommen sah bisher nur den Austausch von Reservisten im Territorialheer vor.

VERANSTALTUNG

Das Evangeliar Heinrichs des Löwen, vom Land Niedersachsen für 32,6 Millionen Mark bei Sotheby in London erworben, wird zur Zeit in der niedersächsischen Landesvertretung in Bonn ausgestellt. Zusammen mit dem Evangeliar werden weitere Kunstschätze gezeigt, so der weltberühmte Sachsenspiegel. Im Kreise vieler Gäste eröffnete Niedersachsens Kultusminister Georg-Berndt Oschatz den Abend, der in- und ausländischen Besuchern deutlich machen sollte, daß mit dem Evangeliar sein Land „ein einzigartiges Kulturgut“ in seine Heimat zurückgeholt hat. Noch aber fehlen 1,7 Millionen Mark der Restfinanzierung. Die Handschrift, die im 12. Jahrhundert im Auftrag Heinrichs des Löwen, des Herzogs von Sachsen und Bayern, in der Reichsabtei Helmarshausen an der Weser entstand, rief 1983 angesichts des Kaufpreises auch zahlreiche Kritiker auf den Plan. Aus dem Bundesinnenministerium in Bonn hörte man nun in der Niedersachsenvertretung, daß das Haus Hannover sehr wohl der Besitzer der Handschrift war, die in der Zeit vor, während oder auch nach dem Kriege offensichtlich als eine Art „Pfandgut“ nach England ging, weil man Geld brauchte. Von zahllosen Polizei- und Kripobeamten wurde jetzt in Bonn das alte Kunstwerk scharf bewacht. Auch Bonns Polizeipräsident **Dr. Hans-Wilhelm Fritsch** überzeugte sich von den Sicherheitsmaßnahmen. Unter den interessierten Gästen, die sich die Handschrift nun einmal persönlich ansehen wollten, waren Bundestagspräsident **Dr. Philipp Jenninger**, der parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium **Dr. Horst Waffenschmidt** und der Direktor der Herzog-August-Bibliothek in Wolfenbüttel, **Dr. Paul Raabe**. Bis zum 9. März wird das Evangeliar in Bonn ausgestellt.

Nicht die Übereinstimmung in Ansichten oder Gleichschaltung von Gedanken, Ideen und Worten ist es, was die Menschen vereint und glücklich macht, sondern die Zahl gegenseitiger guter Taten.

Nach Lessing

Juan Emilio Sánchez G.

Generalkonsul von Bolivien a. D.
geb. 27. Januar 1928 in Tupiza/Bolivien
gest. 14. Februar 1986 in Hamburg

Unser geliebter Sohn, Mann, Vater, Bruder, Cousin, Onkel, Großvater, Schwager, Schwiegervater und Schwiegersohn hat uns verlassen.

Er lebt in uns weiter.

In Liebe und tiefer Trauer
Andrea v. de Sánchez, Laurentia, Gloria, Carmen, Bebita, Pilar, Victoria, Maria del Carmen, José Humberto, Mario, Luis Antonio, Rosario, Javier Antonio, Alexander, José-Román, Roxana Maria-Eugenia, Valeria Maria, Oliver, Simon, Rosita, Christel, Hans, Vincenzina, Marianne, Simone.

Trauerfeier und Bestattung finden statt am Freitag, dem 21. Februar 1986, um 14 Uhr, Kapelle Neuer Friedhof, 2112 Jesteburg, Kreis Harburg.

Anstelle von Blumen und Kränzen bitten wir um eine Spende an Amnesty International, Postgiro Köln Nr. 2240 46-502, BLZ 370 150.

Mein geliebter Bruder, von dem ich gelernt habe die Sonne, die Blumen und das Leben anzulächeln,

Juan Emilio Sánchez G.

Generalkonsul von Bolivien a. D.

ist zu höheren Aufgaben gerufen.

In seinem Namen danke ich dem Hamburger Senat, allen Freunden, Bekannten, Behörden, Organisationen und Parteien, die seinen Kampf in Hamburg für die Wiederherstellung der Freiheit und Demokratie in Bolivien unterstützt und ihm in diesen schweren Zeiten zur Seite gestanden haben.

In Liebe und Dankbarkeit
José H. Sánchez G.

Am 16. Februar 1986 ist unser Aufsichtsratsmitglied, Herr

Wilhelm Dierks

nach schwerer Krankheit im Alter von 55 Jahren gestorben.

Herr Dierks gehörte unserem Unternehmen 36 Jahre an. Er war acht Jahre Betriebsratsvorsitzender des Werkes Niedersachsen-Riedel und seit 1985 Mitglied des Aufsichtsrats.

Große Erfahrung und hohe menschliche Qualitäten zeichneten ihn aus. Sein Andenken werden wir in Ehren halten.

Aufsichtsrat, Vorstand und Belegschaft der Kali und Salz Aktiengesellschaft

---

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber:
Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure:
Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur:
Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber (beurlaubt); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanns Giskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

D-2-Mission vermutlich nicht verschoben

Riesenhuber: Bald Ausschreibung für Astronauten

DW. Bonn/Washington

Der für 1988 geplante Spacelab-Weltraumflug unter deutscher Regie wird trotz des Challenger-Unglücks wahrscheinlich nicht verschoben. Dies erklärte Forschungsminister Heinz Riesenhuber gestern vor dem Forschungsausschuß des Bundestages. Die zunächst gestoppte Ausschreibung für fünf deutsche Wissenschaftsastronauten, darunter auch eine Frau, soll bald erfolgen. Allerdings müsse noch das offizielle Untersuchungsergebnis der amerikanischen Stellen abgewartet werden. Die amerikanische Raumfahrtbehörde Nasa halte das Forschungsministerium ständig auf dem laufenden.

Eine Konsequenz des Raumfähren-Unglücks steht jedoch schon fest: Der für Mai geplante Start der Sonnensonde Ulysses, an dem die europäische Raumfahrt beteiligt ist, und der Jupitersonde Galileo wird jeweils um ein Jahr verschoben. Die für die europäische Weltraumbehörde Esa entstehenden Mehrkosten im Fall der Sonnensonde bezifferte Riesenhuber auf eine Million Mark.

Verschiebungen seien auch bei anderen Projekten möglich, an denen die Europäer beteiligt seien, so beim Röntgensatelliten Rosat (Start vermutlich 1988). Keine direkten Auswirkungen sieht der Forschungsminister auf das europäische Raumfahrtprojekt Columbus, bei dem es um die Beteiligung an der von den USA für die 90er Jahre geplanten ständig bemannten Raumstationen geht.

Unterdessen wurden weitere Einzelheiten im Zusammenhang mit dem verhängnisvollen Challengerflug am 28. Januar bekannt. Zumindest einige Experten sollen erhebliche Bedenken gehabt haben, die Raumfähre bei der an diesem Tag herrschenden Kälte zu starten.

Der amerikanische Rundfunksender CBS meldete am Dienstag abend, einige Techniker des Raketenbauers Morton Thiokol hätten acht Stunden lang darum gekämpft, den Start zu verhindern. Sie hätten Sorge gehabt, daß sich die Kälte auf die Dichtungen der Zusatzraketen auswirken werde, die der Fähre in der ersten Flugphase mehr Schub verleihen.

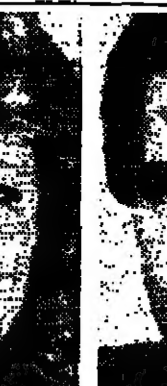
Die mit festem Brennstoff gefüllten Zusatzraketen werden von Morton Thiokol hergestellt. Die amtlichen Untersuchungen zur Klärung der Unglücksursache konzentrieren sich vor allem auf die Möglichkeit, daß die Katastrophe von der rechten Feststoffrakete ausgegangen ist.

Nasa-Vertreter berichteten am Dienstag dem Ausschuß, daß vor dem Fährenstart die Temperatur an der rechten Zusatzrakete auf unter minus zwölf Grad gefallen sei. Der Raketenhersteller habe dem Start nach anfänglichen Bedenken wegen der möglichen Auswirkungen der Kälte auf die Sicherheit des Unternehmens schließlich zugestimmt.

Der Leiter des Shuttle-Programms, Jesse Moore, teilte vor dem Ausschuß mit, er und seine direkten Mitarbeiter seien nicht von dem Umstand informiert worden, daß kurz vor dem Start an zwei Stellen der rechten Zusatzrakete der Fähre Temperaturen von bis zu minus 20 Grad gemessen wurden. Diese Messungen seien zwar mit unpräzisen Handgeräten vorgenommen worden. Hätte er jedoch von den angezeigten Temperaturen Kenntnis gehabt, hätte er sich die Startentscheidung noch einmal überlegt.

Festakt in Berlin: Heute abend wird zum 21. Mal die Goldene Kamera verliehen


Prinz Bernhard


Doris Papperitz


Dieter Stolte

Wibke von Bonin


Jürgen Prochnow

Thomas Gottschalk


Rolf Seelmann-Eggebert

Peter Schulze-Rohr


István Bury

Neun Preisträger sind bekannt. Fernsehpaare in der Leserwahl

DW. Berlin

600 Gramm schwer und 25 Zentimeter hoch ist der begehrte Kritikerpreis: Seit 1965 verleiht eine aus „Hörzu"-Redakteuren zusammengesetzte Jury die Goldene Kamera für besondere Leistungen auf dem Bildschirm. Die „Hörzu"-Leserschaft beschäftigte sich in diesem Jahr mit den beliebtesten Serien-Paaren. Gewonnen haben bereits: Thekla Carola Wied und Peter Weck („Ich heirate eine Familie"), Witta Pohl und Hans-Peter Korff („Diese Drombuschs") sowie Gaby Dohm und Klausjürgen Wussow („Die Schwarzwaldklinik"). Wer von ihnen aber Gold, Silber und Bronze erhält, bleibt bis heute abend geheim. Dann nämlich nehmen alle Preisträger 1985 im Berliner Verlagshaus Axel Springer ihre Kameras aus vergoldetem Sterling-Silber entgegen.

Geehrt werden: Prinz Bernhard der Niederlande (75), der vor 25 Jahren den World Wildlife Fund gründete und seitdem bei den Reichen und Mächtigen in aller Welt um Spenden für die Tierschutzorganisation bittet. Eine Bastion der Männer hat Doris Papperitz erobert. Seit 1984 moderiert die gebürtige Delmenhorsterin das „Aktuelle Sportstudio". Auch ihr Intendant gehört zu den Gewinnern: Professor Dieter Stolze (51) erhält die Auszeichnung als Initiator des europäischen Satelliten-Fernsehens 3SAT, das Sendungen von ZDF, ORF und SRG ausstrahlt. „100 Meisterwerke" läßt Wibke von Bonin, Redakteurin für Bildende Kunst, in einer WDR-Sendereihe vorstellen. Rund fünf Millionen Zuschauer sind jeden Sonntag dabei. Auch Jürgen Prochnow (44), der als U-Boot-Kommandant in der Fernsehfassung des Antikriegsfilms „Das Boot" alle schauspielerischen Facetten zeigte, wird ausgezeichnet.

Ein großer Blonder entlockt seinem Publikum seit 50 Sendungen immer wieder ein erstauntes „Na sowas!": eine Goldene Kamera für Thomas Gottschalk (35). Peter Schulze-Rohr (59), Leiter der Hauptabteilung Fernsehspiel beim Südwestfunk, erhält den Preis für seine Inszenierung des Fernsehfilms „Hautnah". Last but not least wird ein erfolgreiches Gespann ausgezeichnet: Rolf Seelmann-Eggebert und István Bury präsentierten uns mit dem Vierteiler „Royalty" um die Jahreswende Lockeres und Hintergründiges aus dem englischen Königshaus.

Noch acht Kumpel in Ungarn verschüttet

rtr. Budapest

Nach dem Unglück in der südungarischen Kohlenmine Mecsek sind bis gestern vier Bergleute lebend und drei tot geborgen worden. Acht weitere Arbeiter galten nach einer Meldung von Radio Budapest als vermißt. Die Suche nach ihnen wird fortgesetzt. Eine Untersuchung der Ursache für das Unglück vom Dienstag, bei dem 15 Bergleute unter Tage eingeschlossen wurden, ist, wie der Sender mitteilte, eingeleitet worden. Methangas-Explosionen hatten in derselben Zeche bereits zu mehreren Unglücken geführt, bei denen insgesamt 13 Personen ums Leben gekommen waren. Die Minenleitung hatte im vergangenen Jahr einen Beratervertrag mit kanadischen Sicherheitsingenieuren abgeschlossen, um Maßnahmen gegen weitere Unglücke dieser Art zu entwickeln. Die Bergungsarbeiten in Mecsek werden von Industrieminister Laszlo Karolyi überwacht.

Fahrzeuge verschwunden

AP, Frankfurt

Die Autoversicherer haben im vergangenen Jahr einen Schaden von 175 Millionen Mark durch gestohlene und nicht wieder aufgefundene hochwertige Fahrzeuge hinnehmen müssen. Verschwunden sind 12 100 Autos, überwiegend die Fabrikate Mercedes, BMW, Porsche und Audi. 70 Prozent der Wagen verschwanden in der Bundesrepublik Deutschland, 30 Prozent im Ausland. Italien lag hier wiederum mit 45 Prozent vorn.

Spritze gegen Babys

AFP, Genf

In Australien werden erstmals unter Kontrolle der Weltgesundheitsorganisation WHO Impfungen gegen Schwangerschaft vorgenommen. In einer ersten Phase des Experiments, das neun Monate dauern soll, werden mögliche Nebenwirkungen bei bereits sterilisierten Frauen erforscht. Eine Reihe ähnlicher Impfungen in Indien hatten in der Vergangenheit keinen Erfolg.

Vorsteher festgenommen

AP, Santiago

Nach dem folgenschweren Zugunglück in Chile hat die Polizei einen Stationsvorsteher und drei Fahrdienstleiter festgenommen. Das Unglück forderte 58 Menschenleben und 510 Verletzte. Der Zusammenprall beider Züge hatte sich nahe der Pazifikküste ereignet. Seit einem Sprengstoffanschlag im September 1984 war nur eines der beiden Gleise befahrbar.

Absauganlage vereist

dpa, Saarbrücken

Die Absauganlage für Methangas der Grube Camphausen bei Saarbrücken, in der am Sonntag bei einer Explosion sieben Bergleute ums Leben kamen, war seit Tagen vereist. Das bestätigte gestern der Leiter des zuständigen Oberbergamts. Eine solche Vereisung könnte zu einer Verengung der Rohre führen. Bisher sei jedoch kein Zusammenhang mit der Explosion festgestellt worden. Zu der Schlagwetterexplosion war es in rund 1100 Meter Tiefe gekommen, als sich Methangas entzündete.

Unfreiwillige Pause

dpa, Recklinghausen

Wegen Arbeitsüberlastung hat die Große Strafkammer des Landgerichts Bochum in Recklinghausen vorgestern kurzfristig den Prozeß gegen einen Arzt abgesetzt, der die Krankenkassen um 1,2 Millionen Mark betrogen haben soll. Bei der nach eigenen Angaben überlasteten Recklinghäuser „Außenkammer" sollen derzeit 80 Verfahren anhängig sein, von denen 30 nicht einmal terminiert werden können. Eine personelle Verstärkung sei in Anbetracht der Finanzlage des Landes nicht zu erwarten, hieß es in Bochum.

LEUTE HEUTE

Am hellen Tag

Bestseller-Autor **Johannes Mario Simmel** hat von der Postverwaltung der Schweiz an seinem Wohnsitz in Zug eine geheime Telefonnummer erhalten. Der 61jährige hatte einen entsprechenden Antrag gestellt. Seine Begründung: „Ich bekomme jede Nacht bis zu 30 Anrufe mit unbeschreiblich obszönen Angeboten, manchmal sogar am hellen Tag."

Zu später Stunde

Es war eine Wahlkampfveranstaltung, die die französischen Minister **Jack Lang** (Kultur) und **Jean-Pierre Chevenement** (Erziehung) so schnell wohl nicht vergessen werden. Gerade hatten sie in dem Zelt in Belfort gesprochen, als es unter den Schneemassen einzustürzen drohte. Als die Evakuierung angeordnet wurde, ertönte ein ohrenbetäubendes Pfeifkonzert. Jugendliche fühlten sich um das folgende Rockkonzert betrogen. Chevenement nahm es lakonisch hin: „Ich will lieber 500 Wählerstimmen verlieren, als ein Menschenleben gefährden."

Die Koffer gepackt

BAP, die Polit-Rocker aus Köln, haben personelle Probleme. Die linke Schar der Musikanten um **Wolfgang Niedecken** löst sich vor dem Start zur großen Deutschland-Tournee stückchenweise auf. **Jan Dix**, der Schlagzeuger der Truppe hat seine Koffer und Trommeln gepackt, und auch Gründungsmitglied **Manfred Böcker** ist umgezogen – in ein Maleratelier. Folgt den ersten Abgängen bald ein Abgesang?

Nicht nur in Deutschland herrschte das Chaos

4000 Menschen in Kalifornien in Notlagern / 30 Millionen Tokioter nach Schneefällen im Verkehr steckengeblieben

DW. Bonn/New York

„Atlantische Tiefausläufer rennen zwar immer wieder gegen den Kälteblock an, sind aber viel zu schwach und werden zum Mittelmeer abgelenkt." So die Prognose des Wetteramts Essen für den Rest des Februar. In den nächsten Tagen rechnen die Meteorologen mit Nachttemperaturen zwischen minus zehn bis minus 15 Grad. Auch tagsüber soll der Frost nicht weichen.

Schnee und Eis haben gestern vor allem im Norden der Bundesrepublik den Verkehr auf den Straßen und Autobahnen stark behindert. Die Autobahnen in Hessen waren, so die zuständige Polizei, trotz des Einsatzes von Räumfahrzeugen in einem „katastrophalen Zustand". In Hamburg ging es, obwohl Zehntausende auf die öffentlichen Verkehrsmittel umgestiegen waren, nur im Schrittempo voran. Von Dienstag nachmittag bis gestern mittag ereigneten sich nach Informationen der Polizei in der Hansestadt über 600 Unfälle, die jedoch meist glimpflich verliefen.

Probleme bereitete auf den Autobahnen in Schleswig-Holstein immer wieder der scharfe Ostwind, der die Arbeit der Räumkommandos schnell wieder zunichte machte. Im nördlichsten Bundesland wie auch in Niedersachsen und in Nordhessen gab es zahlreiche Karambolagen, aber nur Leichtverletzte.

Im Süden gab es für die Autofahrer keine Probleme. Schwer haben es hingegen die Binnenschiffer. Auf dem Main-Donau-Kanal kommen sie nur noch mit Hilfe von Eisbrechern voran. In Baden-Württemberg war es bei heiterem Himmel und Temperaturen bis minus sieben Grad winterlich freundlich. Kälter ist es in Bayern, wo die Skifahrer bei sonnigem Wetter in Höhen um 2000 Meter Minuswerte um 15 Grad erwarteten.

Tausende von Menschen mußten am Dienstag in den Weststaaten der USA evakuiert werden, wo die schwersten Regenfälle seit 31 Jahren niedergingen. Flüsse traten über die Ufer, Erdrutsche versperrten Straßen und Schienenwege, und starke Schneefälle lösten im Gebirge tödliche Lawinen aus. Mindestens zehn Menschen sind seit Beginn der schweren Stürme vor einer Woche ums Leben gekommen, vier wurden gestern noch vermißt. In einigen Teilen Kaliforniens sind bis zu 480 Liter Regen pro Quadratmeter gefallen, im Gebirge ungefähr drei Meter Schnee.

Mehr als 4000 Bewohner Nordkaliforniens mußten in Notlagern untergebracht werden, da ihre Häuser überflutet sind oder ein Erdrutsch droht. Der Gouverneur von Kalifornien, George Deukmejian, rief in drei Kreisen des Staates den Notstand aus, um Katastrophenhilfe von der Bundesregierung zu bekommen.

Auch in Japan herrschen zur Zeit katastrophale Witterungsverhältnisse. Der Verkehr im Großraum Tokio mit rund 30 Millionen Einwohnern kam gestern nach ungewöhnlich starken Schneefällen zum Erliegen.

WETTER: Weiterhin sehr kalt

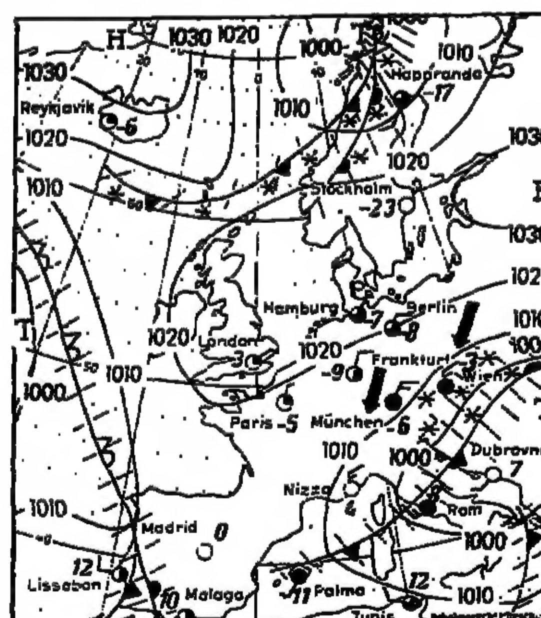
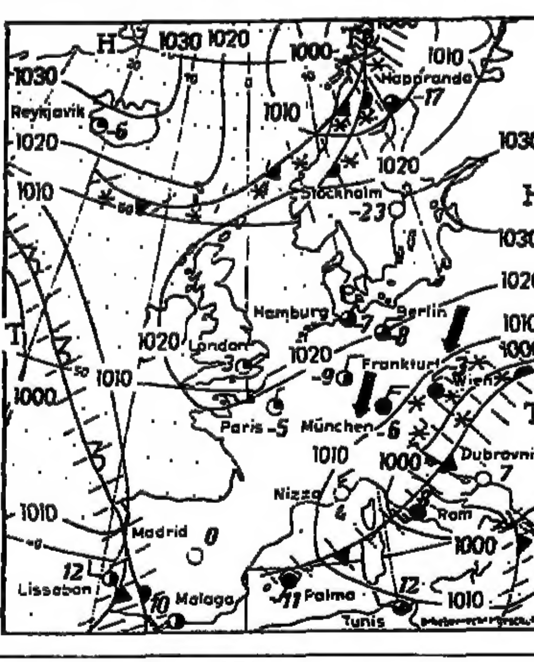
Lage: Die von Nordosten her nach Deutschland fließende sehr kalte Luft gelangt unter den Einfluß eines von Skandinavien südwärts schwenkenden Hochdruckgebietes.

Vorhersage für Donnerstag: Im Norden auflockernde Bewölkung und niederschlagsfrei. Höchsttemperaturen um minus 5 Grad, nachts minus 10 bis minus 15 Grad. Abnehmender Wind aus Nordost. Im übrigen Deutschland vielfach starke Bewölkung, aber nur in Ostbayern noch einzelne Schneeschauer. Höchsttemperaturen um minus 3 Grad, nachts um minus 10 Grad. Mäßiger Nordostwind.

Weitere Aussichten: Überwiegend niederschlagsfrei. Weiterhin sehr kalt.

Sonnenaufgang am Freitag: 7.25 Uhr*, Untergang: 17.47 Uhr; **Mondaufgang:** 13.39 Uhr, Untergang: 6.27 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 20. Feb., 7 Uhr

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Mittwoch, 12 Uhr (MEZ):

Deutschland:

Ort	°C	Wetter
Berlin	-8	S
Bielefeld	-4	S
Braunlage	-9	S
Bremen	-3	S
Dortmund	-3	bd
Dresden	-8	S
Düsseldorf	-3	S
Erfurt	-6	S
Essen	-4	S
Feldberg/S.	-7	bw
Flensburg	-5	he
Frankfurt/M.	-4	bd
Freiburg	-3	bw
Garmisch	-2	S
Greifswald	-4	bd
Hamburg	-3	he
Hannover	-6	S
Kahler Asten	-9	S
Kassel	-4	S
Kempten	-3	S
Kiel	-5	he
Koblenz	-3	bw
Köln-Bonn	-4	bw
Konstanz	-2	bd
Leipzig	-7	S
List/Sylt	-4	wl
Lübeck	-3	bw
Mannheim	-3	bw
München	-3	S
Münster	-3	bw
Norderney	-3	S
Nürnberg	-4	bw
Oberstdorf	-3	S
Passau	-2	Ne
Saarbrücken	-3	wl
Stuttgart	-4	he
Trier	[illegible]	he
Zugspitze	-9	S

Ausland:

Ort	°C	Wetter
Algier	18	bw
Amsterdam	-2	S
Athen	18	bw
Barcelona	12	he
Belgrad	7	bd
Bordeaux	0	bd
Bozen	3	Ne
Brüssel	-3	bd
Budapest	1	Ne
Bukarest	3	R
Casablanca	17	he
Dublin	4	bw
Dubrovnik	12	R
Edinburgh	2	S
Faro	16	bw
Florenz	11	bd
Genf	0	S
Helsinki	-12	wl
Hongkong	15	bw
Innsbruck	-1	bd
Istanbul	14	bw
Kairo	21	he
Klagenfurt	1	bd
Konstanza	8	bd
Kopenhagen	-5	he
Korfu	15	R
Las Palmas	19	bw
Leningrad	-16	wl
Lissabon	12	R
Locarno	1	R
London	1	S
Los Angeles	16	Rs
Luxemburg	-5	bd
Madrid	8	he
Mailand	1	S
Malaga	17	he
Mallorca	14	he
Moskau	-15	wl
Neapel	15	bw
New York	3	bd
Nizza	8	R
Oslo	-15	he
Ostende	-1	S
Palermo	15	bw
Paris	-1	he
Peking	5	bw
Prag	-2	S
Rhodos	17	bw
Rom	13	bw
Salzburg	-1	bd
Singapur	32	bw
Split	12	bd
Stockholm	-11	he
Straßburg	-3	he
Tel Aviv	25	wl
Tokio	12	bw
Tunis	19	bw
Valencia	15	he
Varna	15	bd
Venedig	3	bd
Warschau	-8	wl
Wien	1	Sp
Zürich	-2	bd

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall; Sc = Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos

Diese Schlange hat mehrere Köpfe

Bald soll es auch den Hintermännern der Mafia an den scheinbar weißen Kragen gehen

KLAUS RÜHLE, Rom

„Hoch klingt das Lied vom braven Mann", könnte man sagen, wenn die Rede auf jenen italienischen Richter kommt, der den historischen Prozeß von Palermo gegen die Mafia erst möglich gemacht hat, den Chefuntersuchungsrichter Giovanni Falcone, der die jahrelangen Ermittlungen gegen das organisierte Verbrechen leitete.

Falcone (47) sammelte mit Bienenfleiß und Löwenmut das umfassende Belastungsmaterial, das 8000 Aktenseiten umfaßt und dank dessen 474 Mafia-Angehörige unter Anklage gestellt werden konnten (DIE WELT v. 10. 2.).

Verbindungskanäle in viele Staaten aufgedeckt

Bei seiner mühseligen Recherche halfen ihm vier weitere Untersuchungsrichter. Einer von ihnen beschreibt die in Diensten der Justiz geleistete Arbeit: „Wir sind nur wenige, verfügen über bescheidene Mittel und beschränkte Unterstützung seitens des Staatsapparats, und die öffentliche Meinung Palermos steht nur in der Minderheit hinter uns. Wir leben in gepanzerten Büros und unter ständiger Bewachung, aber wir machen zäh und ungeduldig weiter."

Das Weitermachen bezieht sich auf ein zweites Untersuchungsverfahren, an dem dieser Anti-Mafia-Pool der fünf mutigen Richter insgeheim arbeitet, mit dem Ziel eines weiteren Prozesses, der die Hintermänner der Mafia auf die Anklagebank bringen soll. Falcone will damit die enge Verflechtung zwischen Mafia, Politik, Unternehmern und Banken entlarven. Wie kein zweiter Richter Italiens kennt er die Kulissengeheimnisse der Mafia-Hydra.

„Der Schlangenkopf befindet sich hier in Palermo. Aber von hier aus führen Verbindungskanäle in weite Teile Europas und Amerikas", erklärte er jetzt im italienischen Fernsehen. Seine Recherchen betreffen besonders Bankinstitute in der Schweiz, in der Bundesrepublik, in Spanien, USA und Kanada. Er scheint ferner der engen Zusammenarbeit von Mafia-Clans mit Freimaurerlogen und Neofaschisten auf der Spur zu sein.

In der erwähnten Erklärung kennzeichnete Falcone seine Mission mit den Worten: „Ich und meine Mitarbeiter wollen dazu beitragen, in Palermo wieder menschliche Lebensbedingungen zu schaffen und dafür zu sorgen, daß die Schrecken der vergangenen Jahre sich nicht wiederholen." In den letzten sieben Jahren des Kriegs gegen die Mafia sind über 1000 Menschen umgebracht worden. Nur ein Teil dieser Verbrechen ist aufgeklärt und bildet den Gegenstand der Anklageschrift.

Der Chefuntersuchungsrichter Falcone hat praktisch auf jedes Privatleben verzichtet. Obwohl ständig unter Polizeischutz, ist er doch nicht sicher, ob er nicht eines Tages doch noch einem Mafia-Killer zum Opfer fällt. Er bezeichnet seine Entscheidung als endgültig und erklärte sie mit den Worten: „Mein Vater hat mir Pflichtbewußtsein beigebracht".

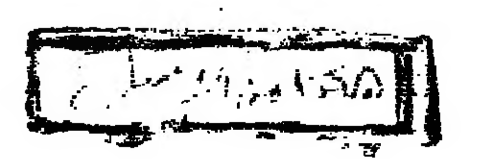
Unter der Bevölkerung wenig Gegenliebe erfahren

Schon zweimal sind Anschläge auf ihn verübt worden. Bei beiden hatte er Glück gehabt. Als Feind Nummer eins der Mafia entging er erst einem Mordanschlag der Mafia bei einem Besuch im Untersuchungsgefängnis von Palermo, danach einem Attentat während einer Informationsreise in Brasilien. Besonders schmerzlich ist für ihn die Tatsache, daß die Bevölkerung von Palermo ihn wenig liebt und daß seine Nachbarn, die im gleichen ständig polizeilich bewachten Haus wohnen, in ihm sogar einen lästigen Mitbewohner sehen.

Am engagiertesten sind noch die Schüler der Stadt. 5000 von ihnen sind vor den Justizpalast gezogen, um gegen die Mafia zu demonstrieren. Doch die Eltern sind beunruhigt. Anonyme Telefonanrufer haben mit Attentaten an den Schulen gedroht. Der Teufelskreis der Mafia hat sich wieder geschlossen.

ZU GUTER LETZT

„1955: Erstmals betätigt ein Pilot den Schleudersitz einer F-100 bei Überschallgeschwindigkeit. George F. Smith überlebt, verträgt aber fortan keinen Alkohol mehr." Aus dem historischen Kalenderblatt der Deutschen Presse-Agentur.



Theater sind uns teuer

Bth. – Mit Statistik läßt sich vieles beweisen. Aber die Theaterbilanzen, die der Deutsche Bühnenverein für die abgelaufene Saison zusammengestellt hat (vgl. Graphik auf S. 1), sind erstaunlich, wie auch immer man sie wendet.

Vor allem die Oper, so oft als der gefräßige Moloch aller Kulturetats gescholten, schneidet überraschend gut ab. Richtig ist, daß ihr Subventionsbedarf, in absoluten Zahlen gemessen, immens ist: Münchens Staatsoper verlangt mit mehr als 61 Mill. Mark fast dreimal soviel wie das Bayerische Staatsschauspiel gleich nebenan im Residenztheater, das mit 20,8 Mill. Mark auskommen muß. Aber umgerechnet auf die höheren Zuschauerzahlen des Musiktheaters und angesichts der oft sehr viel höheren Eintrittspreise in der Oper liegt der Subventionsbedarf pro Besucher oft unter der Vergleichszahl beim Schauspiel.

Bankrott machen in dieser Statistik die herkömmlichen Dreispartentheater der Großstädte, wo Oper, Ballett und Schauspiel in einem Unternehmen zusammengefaßt sind. Ob Stuttgart, Frankfurt oder Bonn: Hier liegen die Subventionen pro Besucher rund doppelt so hoch wie an den als zu teuer verschrieenen Staatsopern von Hamburg und München.

Wo bei diesen Dreispartentheatern Oper und Schauspiel zu trennen sind, kann die Fall-Diagnose ansetzen. In Köln, das ohnehin gut dasteht, braucht ein Opernplatz immer noch 22 Mark weniger Zuschuß als ein Sessel im Schauspiel. Umgekehrt stellt Michael Gielens Frankfurter Oper mit ihren wilden Experimenten den absoluten Subventionsrekord auf: Da braucht ein Billett 204,16 Mark Zuschuß, um an den Mann zu kommen, während das Frankfurter Schauspiel sich trotz notorischen Mißmanagements mit 146,06 begnügen konnte.

Die Theaterstatistik belegt, was der gesunde Menschenverstand ahnt: Die pompösen Bühnenfeste sind letztlich billiger als das Herumexperimentieren einer selbsternannten Avantgarde.

Schatten des Dritten Reichs und der dreißiger Jahre – Eine Zwischenbilanz des Wettbewerbs bei den 36. Berliner Filmfestspielen

Das Töchterlein des japanischen Botschafters

Die 36. Internationalen Filmfestspiele von Berlin sind stark italienisch getönt. Die Fotografen belagern die schöne Jury-Präsidentin Gina Lollobrigida, die im Kempinski wohnt. Federico Fellini und seine Gattin Giulietta Masina erhielten für ihren Eröffnungsfilm „Ginger und Fred" stehende Ovationen. Nach „Ginger und Fred" freilich erlosch auch schon der Glanz der Berlinale, zumindest für die erste Halbzeit im Wettbewerb.

Liliana Cavanis Film „Leidenschaften" mit Gudrun Landgrebe in der Hauptrolle versuchte vergeblich, an den brillanten italienischen Festival-Star anzuknüpfen. Es kam nicht einmal zum Skandal, wie manche angesichts der Autorin des „Nachtportier", sprichwörtlicher Spezialistin für sexuelle Perversionen unterm Hakenkreuz, erhofft haben mochten. Statt dessen gab es unfreiwillige Lacherfolge.

Zwar bleibt Frau Cavani ihrem Thema treu, doch ist das Berlin des Jahres 1938 in ihrem neuen Film nur eine geschönte Staffage für erotische Obsessionen in erlauchten Kreisen. Eine deutsche Diplomatengattin verfällt den Reizen der Tochter des japanischen Botschafters, eines porzellanzarten, ätherischen Geschöpfes, vor dem – der Zuschauer fragt sich, warum – Männer und Frauen gleichermaßen in die Knie gehen. Auch der Ehemann der Diplomatenfrau bleibt nicht lange außen vor. Schwüle Spiele zu dritt in feinsten Interieurs. Wir kommen aus den Schlafzimmern kaum heraus, bis daß der Vorhang fällt.

Liliana Cavani mußte sich fragen lassen, warum sie nicht gleich einen richtigen Porno abgedreht habe. Sie reagierte darauf sehr ungnädig. „Leidenschaften" ist übrigens in mehr als einer Hinsicht charakteristisch für die erste Wettbewerbs-Hälfte: für die Belanglosigkeit und Dürftigkeit der meisten Filme und für das Thema „Drittes Reich", das in fast allen Berlinale-Sparten eine Rolle spielt und mehr oder weniger (meist weniger) ernsthaft abgehandelt wird.

Auch in Ingemo Engströms Klaus-Mann-Verfilmung „Flucht in den Norden", dem ersten Wettbewerbs-



Gudrun Landgrebe und Mio Takaki in dem Film „Leidenschaften" von Lilian Cavani FOTO: SCOTIA

Beitrag der Bundesrepublik, bleiben die frühen dreißiger Jahre lediglich blasser Hintergrund. Diese Arbeit der gebürtigen Finnin, die seit zwei Jahrzehnten in München lebt, enttäuschte. In dem 1933 von Mann im Exil geschriebenen Roman geht es um die junge deutsche Widerstandskämpferin Johanna, die Berlin verlassen muß und zur Familie einer finnischen Freundin flieht. Sie verliebt sich in den Bruder der Freundin, einen Gutsbesitzer, und vergißt darüber fast ihre politischen Ziele: die Liebenden machen eine Reise bis hinauf ans Nördliche Eismeer: Flucht vor den Zeitläuften und vor der eigenen Vergangenheit.

Der Film zitiert zwar fleißig und exakt aus dem Roman, verliert aber dennoch die Subtilität der Vorlage. Die Figuren bleiben ganz vordergründig. Besonders der Gutsbesitzer, im Roman ein schillernder, komplexer Charakter nicht ohne Tiefgang, wird im Film zum öden Dressman, der gut und gern für Kreationen von Dior werben könnte. Die volle zwei Stunden dauernde Reise verläuft zähflüssig und langweilig, trotz der traumhaften Landschaften, durch die sie führt, und auch die heißen Liebesszenen zwischen Johanna (die Katharina Thalbach mit einigem Pathos spielt) und ihrem Gutsbesitzer sind beim besten Willen nicht abendfüllend.

Mehr Glück hatte der 28jährige Österreicher Wolfram Paulus mit seinem Erstling „Heidenlöcher", für den er bereits den bayerischen Förderpreis erhalten hat. Es ist nicht klar, ob diese deutsch-österreichische Co-Produktion für die Bundesrepublik, die das meiste Geld gab, oder für Österreich im Rennen liegt. Selbst Paulus wußte das nicht genau.

„Heidenlöcher" ist ein stiller kleiner Film in Schwarzweiß und spielt im Kriegswinter 1942. Er erzählt von Bergbauern eines steirischen Dörfchens und von den Insassen eines Gefangenenlagers, die bei den Bauern Dienst tun. Die Kamera streift, eindringlich und detailgenau, durch eine grandiose, verschneite Bergwelt, in der es viel Feindschaft zwischen Einheimischen und Ausländern, aber auch echte Mitmenschlichkeit gibt. Ein Deserteur wird von einem Bauern durchgefüttert – und von dessen Sohn verraten. Ein Heimatfilm, stark gegen den Strich gebürstet, dessen Idylle sich gegen Ende immer mehr verdüstert. „Heidenlöcher" fand mit Recht Beachtung; es ist jedoch bezeichnend für den bislang schwachen Wettbewerb, daß ein zwar passables, aber keineswegs sensationelles Regiedebüt hier schon die Dimensionen eines Meisterwerks anzunehmen scheint.

Auch der Erstling der Brasilianerin Suzana Amaral, „Sternstunde", liegt gut im Rennen. Im Mittelpunkt steht das Mädchen Macabea – häßlich, linkisch, hoffnungslos naiv und ungebildet –, das aus dem Norden des Landes nach São Paulo kommt, der Härte der Großstadt aber nicht gewachsen ist, ausgenutzt und von der Wahrsagerin, bei der es Hilfe suchte, schamlos in die Irre geführt wird. Sein kleines Leben endet so trist, wie es begann: Ein Auto überfährt es. Im Grunde ein formal recht unbeholfener und konventioneller Film, der aber viele Schwächen wettmacht durch die brillante Leistung der jungen Mimin Marcelia Cartaxo, die Macabea zur Metapher für die vom Schicksal geprügelte und schließlich am Straßenrand liegengelassene Kreatur macht.

Israel gehört nicht zu den häufig auf Festivals vertretenen Filmländern. Um so mehr war man gespannt auf „Das Lächeln des Lämmchens", einen Streifen des 36jährigen Shimon Dotan. Er spielt zur Zeit des Sechstagekriegs in einem Weiler auf der Westbank und berichtet von einem israelischen Militärarzt, der sich mit einem arabischen Dorftrottel anfreundet. Dieser ist freilich, wie man bald schon merkt, ein Philosoph im Narrengewand.

Leider mindert Dotan die Eindringlichkeit seines Versöhnungsaufrufes, der ihm in seinem Land übrigens Rügen eintrug, durch die reichlich ungeschickte Vermischung von Zeitgeschichte und Legende und einer albern konstruierten Romanze. Der Film konnte in Berlin ebensowenig überzeugen wie des Franzosen Jacques Rouffios Komödie „Mein Schwager hat meine Schwester getötet", die in billigen Klamauk ausartet. Dabei hatte Rouffio ein so starkes Gespann wie Michel Piccoli und Michel Serrault zur Hand, denen als Komikerduo – zwei auf Abwege geratene Unsterbliche der Académie Française – manche Pointe gelingt.

Beachtlicher war des Briten Derek Jarman Versuch, die Biografie des Renaissance-Malers Caravaggio zu rekonstruieren, jenes ebenso genialen wie draufgängerischen Künstlers, der sich seine Modelle in den schäbigen Spelunken und Bordellen Roms suchte. Jarman, der Malerei studierte, besticht hier mit schönen Bildern, die er wie Gemälde komponiert. Warum er freilich mit modernen Requisiten wie Schreibmaschinen und elektronischen Taschenrechnern jongliert, bleibt unklar. Auch weiß man nicht genau, ob der Film nun im 16. Jahrhundert oder auf einer Londoner Maskerade von heute spielt. So bleibt das ehrgeizige, im Ansatz beachtliche Projekt am Ende doch auf der Strecke.

DORIS BLUM

JOURNAL

Studie über verfolgte Christen in der CSSR

rst. München

In der Studie „Verfolgte Christen in der Tschechoslowakei" analysiert der in der Diözese Freiburg tätige tschechische Geistliche Libor Koval die permanenten Spannungen zwischen Kirche und Regierung in der Tschechoslowakei von der Machtergreifung durch die KP im Februar 1948 bis zur Gegenwart. Dabei wird deutlich, daß dem Bemühen des Staates, die Kirchen zu unterdrücken, das Festhalten der christlichen Bevölkerung an ihrem Glauben gegenübersteht. Die Studie kann beim Herausgeber, der „Freien Gesellschaft für die Freundschaft mit den Völkern der Tschechoslowakei" (Postfach 19 03 34, 8000 München 19), angefordert werden.

Neuer lettischer Kulturminister

rst. Bonn

Überraschend wurde Jazeps Barkans zum neuen Kulturminister der Lettischen Sowjetrepublik ernannt. Barkans, Jahrgang 1935, der Vladimir Kaupuzs ablöst, war Stellvertretender Direktor des staatlichen Komitees für Rundfunk und Fernsehen und Stellvertreter des Abteilungsleiters des ZK der lettischen KP für Kultur, Goris. Der neue Kulturminister, Absolvent der Akademie für Sozialwissenschaften der KPdSU in Moskau, ist als Befürworter einer harten dogmatischen Parteilinie in der lettischen Kultur bekannt.

Amtszeitverlängerung Everdings jetzt endgültig

dpa, München

Der bayerische Ministerrat hat der Amtszeitverlängerung für den Münchner Generalintendanten August Everding bis zum 31. August 1993 zugestimmt. Seine erste Amtszeit endet im August 1987. Im vergangenen Jahr hatte August Everding mit der Metropolitan Opera in New York über einen Wechsel verhandelt. Die Gespräche waren jedoch ohne Abschluß abgebrochen worden.

Kein Geld für Mark-Aurel-Statue

dpa, Rom

Das berühmte Reiterstandbild des Mark Aurel, das 1980 wegen seines Zustands seinen angestammten Platz auf dem Kapitol in Rom verlassen mußte, kann wegen Geldmangels derzeit nicht restauriert werden. Die von einer Bank und der Stadt Rom zur Verfügung gestellten 200 Millionen Lire (300 000 Mark) reichten gerade dafür, die Bronzestatue aus dem 2. Jahrhundert abzutransportieren und zu untersuchen. Die Stadtverwaltung von Rom hat sich nun auf die Suche nach Sponsoren gemacht.

„Verborgenes Erbe" im Bronx-Museum

DW. New York

Einen bislang kaum beachteten Aspekt des Schwarzen Erbes will das Bronx-Museum in New York mit der Ausstellung „Hidden Heritage" dokumentieren. Sie ist bis zum 9. März zu sehen und umfaßt Arbeiten, die zwischen 1800 und 1950 entstanden, von 42 Malern und Bildhauern. In den nächsten zwei Jahren wird die Auswahl in Los Angeles, Hartford, Charlotte, San Antonio, Toledo, Baltimore, Philadelphia und Oklahoma City gezeigt.

Die erste Nummer der „Revier-Kultur"

DW. Essen

Als „Zeitschrift für Gesellschaft, Kunst, Politik im Ballungsraum" versteht sich die „Revier-Kultur", deren erste Ausgabe soeben erschienen ist. Sie befaßt sich u. a. mit der Forderung nach einer „Kunsthochschule Ruhr?" und der Situation der Künstler im Ruhrgebiet, diskutiert Traditionen und Perspektiven des Ruhrgebiets oder analysiert die Stadtplanung in Oberhausen zwischen 1846 und 1929. Dazu kommen Rezensionen sowie Hinweise auf Veranstaltungen. Die Zeitschrift erscheint viermal im Jahr im Klartext-Verlag (Viehofer Platz 1, 43 Essen 1). Sie kostet einzeln 8 Mark, im Jahresabonnement 28 Mark.

Wettbewerb für Rock- und Popnachwuchs

dpa, Frankfurt

Einen bundesweiten Nachwuchs-Wettbewerb für Rock- und Pop-Bands veranstaltet der Musik-Creativ-Verein (Sitz Saarbrücken) in diesem Jahr. Rund fünfundzwanzig Live-Veranstaltungen sind vorgesehen. Dem Sieger des Wettbewerbs, der von Juni bis zum Jahresende in drei Ausscheidungen ermittelt wird, winken 10 000 Mark und ein einwöchiger Studio-Aufenthalt. Mitglieder und Sponsoren des gemeinnützigen Vereins, der vor acht Monaten gegründet wurde, sind fünfundziebzig Musik-Fachhändler und private Musikschulen.

ZEITSCHRIFTENKRITIK: H.-D. Sander und die „Deutschen Monatshefte"

Zu intellektuell für die Stammkunden

Das Ostufer des Starnberger Sees wartet mit einer Meldung auf, die einmal nicht dem Umkreis von Fischfang, Tourismus und Filmstartraumvillen entnommen ist, sondern ein Schlaglicht auf einen wenig bekannten publizistischen Sektor wirft. Gemeldet wird nämlich die Entlassung des Chefredakteurs der „Deutschen Monatshefte", Dr. Hans-Dietrich Sander.

Was sind die „Deutschen Monatshefte"? „Die Deutschen Monatshefte für Kultur und Geschichte, Politik und Wirtschaft" (8187 Berg 3, Starnberger See) entstanden 1982 aus der Zusammenlegung des völkischen Kulturorgans „Klüter Blätter" (gegründet 1949) mit dem tagespolitischen „Politischen Zeitspiegel" (gegründet 1968). Es handelt sich um ein politisch-kulturelles Monatsheft im DIN-A-4-Format, das im Türmer-Verlag erscheint, der, aus dem „Deutschen Kulturwerk" hervorgegangen, vom Verleger Sudholt im Zuge der Arrondierung seines nationalen Verlags-Imperiums aufgekauft wurde.

Die Genesis zeigt schon, daß die 5000 Abonnenten des Heftes meist aus einer vorgeprägten Gesinnungsgemeinschaft stammen. Es war darum ein Experiment, als 1984 mit Hans-Dietrich Sander ein Außenstehender die Chefredaktion übernahm. Sander (Jahrgang 1928) ist einer der selten gewordenen eigenwilligen, ja sperrigen Publizisten. Sein Lebenslauf zeigt es. In den fünfziger Jahren ging er als Dramaturg und Theaterkritiker nach Ost-Berlin, kam aber wieder in den Westen zurück, bevor die Kulturrevolutionäre ihrerseits auf den Ost-Trip gingen.

Sanders spätere Werke, „Marxistische Ideologie und allgemeine Kunsttheorie" und „Geschichte der Schönen Literatur in der DDR", zeugen vom anhaltenden Interesse an marxistischen Denkweisen. Doch nicht als Marxologe fand Sander sein spezielles Thema, sondern als Künder eines „nationalen Imperativs". Das war in den beginnenden achtziger Jahren, als die „deutsche Frage" wiederauftauchte und Allensbach Mehrheiten für eine Wiedervereinigung in einem selbstbestimmten und blockfreien Deutschland ermittelte.

Im gleichen Zeitraum trat im akademischen Bereich, beginnend mit H. J. Arndts „Die Besiegten von 1945" und H. Diwalds „Geschichte der Deutschen", eine an der deutschen Identität orientierte neue Denkrichtung auf. Es lag nahe, im Spannungsbogen zwischen dem Meinungsumschwung der Bevölkerung und der Identitätsdebatte der Intellektuellen eine neue Zeitschrift anzusiedeln, die die Diskussion zur deutschen Frage „bündeln" sollte.

Doch dazu reichte es nicht, auch wenn Sander mit einem ausgedehnten und meist selbstgeschriebenen Glossenteil die betuliche und Kulturwerk-konforme Geschichts- und Kulturberichterstattung zurückdrängte. Die Leser hingen eben an der Retrospektive, was der Erfolg der aus Erlebnisberichten zusammengesetzten Doppelnummer zum 8. Mai 1985 bewies. Der wetterfeste Loden der Kulturwerker ließ sich nicht mit dem exotischen Federschmuck des Intellektuellen kombinieren.

Als Sander gar mit galliger Verve auf Leitfiguren der Gesinnungsgemeinschaft einstach, war seines Bleibens nicht länger. In seinem letzten Artikel erinnert er sich eines Gespräches mit Hans Zehrer, der ihm vor 20 Jahren sagte: „Keiner hat mehr anständigen Grips im Kopf, keiner ein Herz im Leib, keiner mehr Mark in den Knochen. Wohin Sie sehen – Watte, nichts als Watte." Magere Jahre für kämpferische Publizisten.

CASPAR v. SCHRENCK-NOTZING

Unbegrenztes Vertrauen in die Macht der Poesie – Zum Tode Rolf Bosserts

Dichter, nicht im Tritt der Obrigkeit

Rolf Bossert ist tot. Der rumäniendeutsche Lyriker, 1952 geboren, der erst Ende vorigen Jahres nach vielen Schikanen in die Bundesrepublik übersiedeln durfte, war des Lebens überdrüssig. Sein Opus ist schmal, aber nicht nur in Rumänien wird es geschätzt. 1983 wurde ihm der Adam-Müller-Guttenbrunn-Literaturpreis zugesprochen. Aus diesem Anlaß hielt der Schriftsteller Richard Wagner eine Laudatio, die die „Neue Banater Zeitung" nachdruckte. Sie umreißt nach wie vor am besten, was Leben und Werk Bosserts auszeichnete.

Und da hatten die Eltern/Geld bekommen und wir gingen/in den Zirkus, um die Tiere uns/anzuschauen und die Menschen/die durch die Luft sprangen." Da spricht einer in einem scheinbar kindlichen Ton, mit der Tarnkappe, aus einem Schulaufsatz heraus, spricht so, daß einem das amüsierte Lächeln auf den neugierigen Lippen erstarrt ...

Dieser, der da spricht, dem beim Sprechen offenbar selbst das Lächeln auf den Lippen erstarrt, das ist der Dichter Rolf Bossert. Früher mal, vor Jahren, hat er wie folgt inseriert. Die Annonce läßt sich nachlesen auch in seinem Gedichtband „sieben sachen". Sie lautet: „suche hund mit 2 mäulern/der nicht schweigen muß/ während er beißt."

Auf der Suche nach der Auflösung dieses Widerspruchs griff der Dichter, was blieb ihm anderes übrig, nach dem Schwert der Phantasie. „ich habe unbegrenztes vertrauen in die macht der poesie", ließ er uns lachend wissen, schon zu laut lachend, als daß wir hätten überhören können, ohne zugeben zu müssen: Da lacht ja einer. Warum lacht denn da einer? und dann war es still, so still, daß es in der Sprache knisterte. So, als käme sie aus dem Radio. Traurig machender Ulk, Reflex auf ein selbstsicher daherkommendes kritisches Denken, von einem, der in keinem Text zu Hause ist, weil er, wie ihr wißt, nicht im Trott der Obrigkeit geht, dieser Dichter.

Es ist, wie wenn man zwischen zwei leeren Stühlen in einem leeren Zimmer sitzt und einfach den Satz denkt: Niemand ist da. Links von dir ist eine Sprache und rechts von dir ist eine Sprache. Zwei Sender, die ununterbrochen auf der gleichen Wellenlänge zu senden versuchen. Du hörst, „ausgeliefert der alternden nachrichtensprecherin,/der erinnerung, einer unnatürlichen Freßlust,/einer gewissen ungewißheit,/den künftigen winden, dem ...", du hörst zwei Sprachen gleichzeitig, wirst stumm, und es wird dir bange: „Am Abend kommt der Abend,/Die Nacht kommt in der Nacht./ Der Blitz kommt, wenn es leuchtet,/Der Donner, wenn es kracht." So kurz kann der Sinn werden ...

Stotternd spricht er, der Dichter, eingeklemmt zwischen leeren Stühlen, auf engstem Raum. Auf den Raum seines Kopfes reduziert. Er spricht, es spricht aus ihm wie einem Sender, der ununterbrochen Störungen ausgesetzt ist. Scherz und Ernst geraten durcheinander, der Schlagstock wird zum Dirigentenstab, der Frack kommt zum Clownskostüm, die Glückwunschtelegramme klingen wie Kindergedichte: „Schlimmer ist es ihm dann hier/Ganz zum Schluß ergangen./Weint der Feldherr, weinen wir,/Waren mitgegangen."

So ist er, der Dichter, sitzt zwischen den Stühlen, sagt Worte, die uns, die wir ihn aus der Wand anschauen, den Atem nehmen, fühlt sich wie im Fisch, leutselig und frech, dieser Spaßmacher, dem es um wenig geht, ums Geringste: die Menschenwürde. „Noch ein Bier, Jonas, heute/ist's sonnig im Wal."

RICHARD WAGNER

Hans Scholz wird 75

„Berlin, jetzt freu' dich"

Der junge Berliner aus gutem Hause hatte ursprünglich einen Werdegang als Maler ins Auge gefaßt. Doch als er aus dem Krieg nach Hause kam, war allerorts der Nachholbedarf an „entarteter Kunst" so groß, daß für das, was er als Absolvent einer Meisterklasse an der Preußischen Akademie der Künste in den 30er Jahren erlernt hatte, kein Markt vorhanden war. Er fand als Drehbuchautor von Dokumentarfilmen und Dozent an der Volkshochschule genug zu tun – hin und wieder gab es auch einen Auftrag für ein Wandgemälde oder Beschäftigung für einen dilettierenden Jazzmusiker –, um in den Tagen der sich wiederbelebenden Wirtschaft einen heiteren Abend in einer Bar zu verleben.

Einen solchen Abend schildert Hans Scholz – denn von dem heute vor 75 Jahren Geborenen ist hier die Rede – in seinem ersten und noch heute bekanntesten Buch: „Am grünen Strand der Spree", mit dem verschmitzten doppeldeutigen Untertitel „So gut wie ein Roman". Es handelt sich darum, die glückliche Heimkehr eines der ersten freigelassenen Kriegsgefangene festlich zu begehen. Scholz hat die äußere Form von Boccaccios „Decamerone" gewählt, d. h. er läßt in einem kleinen Freundeskreis jeden eine Geschichte zum besten geben, wobei wie in dem Werk des klassischen Florentiners innerhalb der Rahmenhandlung Ernstes und Heiteres miteinander abwechseln. Zu den vielen Trümpfen, die Hans Scholz in der Hand hielt, gehört sein geschärftes Ohr für alle sprachlichen Besonderheiten der einzelnen Erzähler und der von ihnen heraufbeschworenen Figuren, große Kenntnisse geschichtlicher und geographischer Umstände und endlich eine große Geschicklichkeit im Ausbreiten all dieser Schätze.

Das Buch war, und ebenso die Fernsehfassung unter der Regie von Fritz Umgelter, die zwei oder drei Jahre später entstand, außerordentlich erfolgreich, weil es nach der düsteren Kahlschlagprosa der ersten Nachkriegsjahre einen neuen, helleren Ton anschlug. Der Autor erhielt den Fontane-Preis, der zu dem Märker Scholz besonders gut paßte und der auch für seine nachfolgenden Bücher eigens zugeschnitten war. „Berlin, jetzt freu' dich" hieß der dickleibige Band mit 325 tagebuchartigen Aufzeichnungen rund um die Altreichshauptstadt. Und wenig später erschienen „Wanderungen und Fahrten in der Mark Brandenburg", nicht allein dem Namen nach Fontanisch inspiriert.

Von dem Verleger Franz Karl Meier zum Feuilletonchef des Berliner Tagesspiegels gemacht, bot sich



„Am grünen Strand der Spree" zu Hause: Hans Scholz FOTO: ILSE BUHS

ihm die bequeme Möglichkeit, seine Reisefeuilletons als ein fortlaufendes Gespräch mit seinen Lesern zu gestalten und frohen Mutes auf jede Berichtigung und Ergänzung aus dem Kreise seiner Leser einzugehen.

Aus gutem Grund also verlieh ihm der Berliner Senat den Titel „Professor". Und gäbe es einen Lehrstuhl für Berlin- und Brandenburg-Kunde, man hätte ihn schon längst darauf installieren müssen.

HELLMUT JAESRICH

Krise und Kraft der neu-alten Comédie Française – Theaterbrief aus Paris

Die Stenogramme des Louis Jouvet

Erstmals in der Geschichte sprechen *außerhalb* Frankreichs mehr Menschen französisch als im Mutterland selbst. Und auf die Frage nach dem kulturellen Unterschied zwischen „draußen" und „drinnen" war auf dem gerade zu Ende gegangenen „francophonen Gipfeltreffen" in Versailles u. a. *diese* Antwort zu hören: „Die Menschen außerhalb spielen noch Molière, die im Lande spielen moderne Autoren, mit denen viele Franzosen nichts anfangen können."

Liegt das auch daran, daß die Institution, die in Frankreich Sprache und Theater verkörpert wie niemand sonst, seit der Machtübernahme durch die Sozialisten immer mehr auseinanderfällt? Gemeint ist die Comédie Française. Damals im Jahre 1982, als der neu ernannte Kulturminister Jack Lang den Nichtsozialisten Jacques Toja durch den Mitterrand-Bewunderer Jean-Pierre Vincent ersetzte, geriet die bis dato homogene Theatergruppe aus dem Gleichgewicht. Das angestammte Publikum reagierte mit Enttäuschung, viele wandten sich ab.

Im Kern ist das Ensemble der „Comédie Française" aber offenbar nach wie vor gesund – und hochtalentiert. Das zeigte sich jetzt bei einer Inszenierung von Pirandellos „Sechs Personen suchen einen Autor", die Kräfte der Comédie zusammen mit dem „Théâtre de L'Europe" im alten Odéon-Theater auf die Beine gestellt hatten.

Das Vergnügen am präzisen Spiel war groß. Und dabei blicken die Klassiker Corneille und Racine, die in gipserner Übergröße das einst prächtige Foyer des Odéon zieren, noch immer auf ein Publikum, das gänzlich von der „Kulturrevolution", die 1968 das Odéon zu ihrem Hauptquartier gemacht hatte, geprägt zu sein scheint. Jeans und Turnschuhe dominieren, die Mäntel sind lässig über die roten Plüschsessel gelegt, statt daß sie am Garderobenhaken hängen, und viele Besucher genehmigen sich während der Vorstellung herzhafte Schlucke aus dem mitgebrachten „Flachmann".

Traditionsbewußter gibt man sich gleich neben der Großen Oper, im „Théâtre de L'Athenée", wo das Straßburger Nationaltheater zusammen mit der Comédie Française das Stück „Elvire Jouvet 40" zeigt. Das ist ein faszinierender Blick in die Theater-Werkstatt von einst. Nicht Molière steht im Mittelpunkt, sondern die Vorstudie, das Einstudieren einer einzigen Szene, eben der Rolle von Elvire, in Molières Drama „Dom Juan". Und als Textgrundlage dienen die Stenogramme, die Louis Jouvet, damals Professor am Nationalen Konservatorium für Dramatische Kunst in Paris, in den Jahren 1939/40 von seinen Unterrichtsstunden anfertigen ließ.

Ein Zeitdokument ist hier entstanden, das die Kriegswirklichkeit von damals voll miteinbezieht. Während Jouvet in der letzten Szene des vierten Akts seine Schülerin Claudia auf die Ekstase vorbereitet, die Begegnung mit dem Mysterium, probt er gleichzeitig das Ende, das sich zwischen der 5. und 6. Lektion ankündigt: Paris wird von den Deutschen besetzt, die Proben unterbrochen.

Danach ein Sprung vom 18. Mai zum 10. September 1940. Fortsetzung der Proben. Diesmal tragen mehrere Lehrer und Schülerinnen den Judenstern. Das „Ende" erfährt der Zuschauer über Lautsprecher: Claudia wird als Jüdin denunziert, bekommt Spielverbot für die Dauer des Krieges. Doch sie erhält auch im Dezember 1940 den ersten Preis für Komödie und Tragödie bei den Ausscheidungen des Konservatoriums: mit besagter Szene aus „Dom Juan".

Jouvet ging für die Kriegszeit auf „Tournee" ins Ausland. Erst 1947 kam sein „Dom Juan" im Théâtre de L'Athenée zur Aufführung: in demselben Theater, in dem jetzt die Brigitte-Jacques-Inszenierung zu einer der ungewöhnlichsten „Molière-Interpretationen" gerät, die wir je sahen.

ELISABETH RUGE

D-2-Mission vermutlich nicht verschoben

Riesenhuber: Bald Ausschreibung für Astronauten

DW. Bonn/Washington

Der für 1988 geplante Spacelab-Weltraumflug unter deutscher Regie wird trotz des Challenger-Unglücks wahrscheinlich nicht verschoben. Dies erklärte Forschungsminister Heinz Riesenhuber gestern vor dem Forschungsausschuß des Bundestages. Die zunächst gestoppte Ausschreibung für fünf deutsche Wissenschaftsastronauten, darunter auch eine Frau, soll bald erfolgen. Allerdings müsse noch das offizielle Untersuchungsergebnis der amerikanischen Stellen abgewartet werden. Die amerikanische Raumfahrtbehörde Nasa halte das Forschungsministerium ständig auf dem laufenden.

Eine Konsequenz des Raumfähren-Unglücks steht jedoch schon fest: Der für Mai geplante Start der Sonnensonde Ulysses, an dem die europäische Raumfahrt beteiligt ist, und der Jupitersonde Galileo wird jeweils um ein Jahr verschoben. Die für die europäische Weltraumbehörde Esa entstehenden Mehrkosten im Fall der Sonnensonde bezifferte Riesenhuber auf eine Million Mark.

Verschiebungen seien auch bei anderen Projekten möglich, an denen die Europäer beteiligt seien, so beim Röntgensatelliten Rosat (Start vermutlich 1988). Keine direkten Auswirkungen sieht der Forschungsminister auf das europäische Raumfahrtprojekt Columbus, bei dem es um die Beteiligung an der von den USA für die 90er Jahre geplanten ständig bemannten Raumstationen geht.

Unterdessen wurden weitere Einzelheiten im Zusammenhang mit dem verhängnisvollen Challengerflug am 28. Januar bekannt. Zumindest einige Experten sollen erhebliche Bedenken gehabt haben, die Raumfähre bei der an diesem Tag herrschenden Kälte zu starten.

Der amerikanische Rundfunksender CBS meldete am Dienstag abend, einige Techniker des Raketenbauers Morton Thiokol hätten acht Stunden lang darum gekämpft, den Start zu verhindern. Sie hätten Sorge gehabt, daß sich die Kälte auf die Dichtungen der Zusatzraketen auswirken werde, die der Fähre in der ersten Flugphase mehr Schub verleihen.

Die mit festem Brennstoff gefüllten Zusatzraketen werden von Morton Thiokol hergestellt. Die amtlichen Untersuchungen zur Klärung der Unglücksursache konzentrieren sich vor allem auf die Möglichkeit, daß die Katastrophe von der rechten Feststoffrakete ausgegangen ist.

Nasa-Vertreter berichteten am Dienstag dem Ausschuß, daß vor dem Fährenstart die Temperatur an der rechten Zusatzrakete auf unter minus zwölf Grad gefallen sei. Der Raketenhersteller habe dem Start nach anfänglichen Bedenken wegen der möglichen Auswirkungen der Kälte auf die Sicherheit des Unternehmens schließlich zugestimmt.

Der Leiter des Shuttle-Programms, Jesse Moore, teilte vor dem Ausschuß mit, er und seine direkten Mitarbeiter seien nicht von dem Umstand informiert worden, daß kurz vor dem Start an zwei Stellen der rechten Zusatzrakete der Fähre Temperaturen von bis zu minus 20 Grad gemessen wurden. Diese Messungen seien zwar mit unpräzisen Handgeräten vorgenommen worden. Hätte er jedoch von den angezeigten Temperaturen Kenntnis gehabt, hätte er sich die Startentscheidung noch einmal überlegt.

Festakt in Berlin: Heute abend wird zum 21. Mal die Goldene Kamera verliehen



Prinz Bernhard · Doris Papperitz





Dieter Stolte · Wibke von Bonin



Jürgen Prochnow

Thomas Gottschalk

Peter Schulze-Rohr



Rolf Seelmann-Eggebert



István Bury

Neun Preisträger sind bekannt. Fernsehpaare in der Leserwahl

DW. Berlin

600 Gramm schwer und 25 Zentimeter hoch ist der begehrte Kritikerpreis: Seit 1965 verleiht eine aus „Hörzu"-Redakteuren zusammengesetzte Jury die Goldene Kamera für besondere Leistungen auf dem Bildschirm. Die „Hörzu"-Leserschaft beschäftigte sich in diesem Jahr mit den beliebtesten Serien-Paaren. Gewonnen haben bereits: Thekla Carola Wied und Peter Weck („Ich heirate eine Familie"), Witta Pohl und Hans-Peter Korff („Diese Drombuschs") sowie Gaby Dohm und Klausjürgen Wussow („Die Schwarzwaldklinik"). Wer von ihnen aber Gold, Silber und Bronze erhält, bleibt bis heute abend geheim. Dann nämlich nehmen alle Preisträger 1985 im Berliner Verlagshaus Axel Springer ihre Kameras aus vergoldetem Sterling-Silber entgegen.

Geehrt werden: Prinz Bernhard der Niederlande (75), der vor 25 Jahren den World Wildlife Fund gründete und seitdem bei den Reichen und Mächtigen in aller Welt um Spenden für die Tierschutzorganisation bittet. Eine Bastion der Männer hat Doris Papperitz erobert. Seit 1984 moderiert die gebürtige Delmenhorsterin das „Aktuelle Sportstudio". Auch ihr Intendant gehört zu den Gewinnern: Professor Dieter Stolze (51) erhält die Auszeichnung als Initiator des europäischen Satelliten-Fernsehens 3SAT, das Sendungen von ZDF, ORF und SRG ausstrahlt. „100 Meisterwerke" läßt Wibke von Bonin, Redakteurin für Bildende Kunst, in einer WDR-Sendereihe vorstellen. Rund fünf Millionen Zuschauer sind jeden Sonntag dabei. Auch Jürgen Prochnow (44), der als U-Boot-Kommandant in der Fernsehfassung des Antikriegsfilms „Das Boot" alle schauspielerischen Facetten zeigte, wird ausgezeichnet.

Ein großer Blonder entlockt seinem Publikum seit 50 Sendungen immer wieder ein erstauntes „Na sowas!": eine Goldene Kamera für Thomas Gottschalk (35). Peter Schulze-Rohr (59), Leiter der Hauptabteilung Fernsehspiel beim Südwestfunk, erhält den Preis für seine Inszenierung des Fernsehfilms „Hautnah". Last but not least wird ein erfolgreiches Gespann ausgezeichnet: Rolf Seelmann-Eggebert und István Bury präsentierten uns mit dem Vierteiler „Royalty" um die Jahreswende Lockeres und Hintergründiges aus dem englischen Königshaus.

Noch acht Kumpel in Ungarn verschüttet

rtr. Budapest

Nach dem Unglück in der südungarischen Kohlenmine Mecsek sind bis gestern vier Bergleute lebend und drei tot geborgen worden. Acht weitere Arbeiter galten nach einer Meldung von Radio Budapest als vermißt. Die Suche nach ihnen wird fortgesetzt. Eine Untersuchung der Ursache für das Unglück vom Dienstag, bei dem 15 Bergleute unter Tage eingeschlossen wurden, ist, wie der Sender mitteilte, eingeleitet worden. Methangas-Explosionen hatten in derselben Zeche bereits zu mehreren Unglücken geführt, bei denen insgesamt 13 Personen ums Leben gekommen waren. Die Minenleitung hatte im vergangenen Jahr einen Beratervertrag mit kanadischen Sicherheitsingenieuren abgeschlossen, um Maßnahmen gegen weitere Unglücke dieser Art zu entwickeln. Die Bergungsarbeiten in Mecsek werden von Industrieminister Laszlo Karolyi überwacht.

Fahrzeuge verschwunden

AP, Frankfurt

Die Autoversicherer haben im vergangenen Jahr einen Schaden von 175 Millionen Mark durch gestohlene und nicht wieder aufgefundene hochwertige Fahrzeuge hinnehmen müssen. Verschwunden sind 12 100 Autos, überwiegend die Fabrikate Mercedes, BMW, Porsche und Audi. 70 Prozent der Wagen verschwanden in der Bundesrepublik Deutschland, 30 Prozent im Ausland. Italien lag hier wiederum mit 45 Prozent vorn.

Spritze gegen Babys

AFP, Genf

In Australien werden erstmals unter Kontrolle der Weltgesundheitsorganisation WHO Impfungen gegen Schwangerschaft vorgenommen. In einer ersten Phase des Experiments, das neun Monate dauern soll, werden mögliche Nebenwirkungen bei bereits sterilisierten Frauen erforscht. Eine Reihe ähnlicher Impfungen in Indien hatten in der Vergangenheit keinen Erfolg.

Vorsteher festgenommen

AP, Santiago

Nach dem folgenschweren Zugunglück in Chile hat die Polizei einen Stationsvorsteher und drei Fahrdienstleiter festgenommen. Das Unglück forderte 58 Menschenleben und 510 Verletzte. Der Zusammenprall beider Züge hatte sich nahe der Pazifikküste ereignet. Seit einem Sprengstoffanschlag im September 1984 war nur eines der beiden Gleise befahrbar.

Absauganlage vereist

dpa, Saarbrücken

Die Absauganlage für Methangas der Grube Camphausen bei Saarbrücken, in der am Sonntag bei einer Explosion sieben Bergleute ums Leben kamen, war seit Tagen vereist. Das bestätigte gestern der Leiter des zuständigen Oberbergamts. Eine solche Vereisung könnte zu einer Verengung der Rohre führen. Bisher sei jedoch kein Zusammenhang mit der Explosion festgestellt worden. Zu der Schlagwetterexplosion war es in rund 1100 Meter Tiefe gekommen, als sich Methangas entzündete.

Unfreiwillige Pause

dpa, Recklinghausen

Wegen Arbeitsüberlastung hat die Große Strafkammer des Landgerichts Bochum in Recklinghausen vorgestern kurzfristig den Prozeß gegen einen Arzt abgesetzt, der die Krankenkassen um 1,2 Millionen Mark betrogen haben soll. Bei der nach eigenen Angaben überlasteten Recklinghäuser „Außenkammer" sollen derzeit 60 Verfahren anhängig sein, von denen 30 nicht einmal terminiert werden können. Eine personelle Verstärkung sei in Anbetracht der Finanzlage des Landes nicht zu erwarten, hieß es in Bochum.

LEUTE HEUTE

Am hellen Tag

Bestseller-Autor **Johannes Mario Simmel** hat von der Postverwaltung der Schweiz an seinem Wohnsitz in Zug eine geheime Telefonnummer erhalten. Der 61jährige hatte einen entsprechenden Antrag gestellt. Seine Begründung: „Ich bekomme jede Nacht bis zu 30 Anrufe mit unbeschreiblich obszönen Angeboten, manchmal sogar am hellen Tag."

Zu später Stunde

Es war eine Wahlkampfveranstaltung, die die französischen Minister **Jack Lang** (Kultur) und **Jean-Pierre Chevenement** (Erziehung) so schnell wohl nicht vergessen werden. Gerade hatten sie in dem Zelt in Belfort gesprochen, als es unter den Schneemassen einzustürzen drohte. Als die Evakuierung angeordnet wurde, ertönte ein ohrenbetäubendes Pfeifkonzert. Jugendliche fühlten sich um das folgende Rockkonzert betrogen. Chevenement nahm es lakonisch hin: „Ich will lieber 500 Wählerstimmen verlieren, als ein Menschenleben gefährden."

Die Koffer gepackt

BAP, die Polit-Rocker aus Köln, haben personelle Probleme. Die linke Schar der Musikanten um **Wolfgang Niedecken** löst sich vor dem Start zur großen Deutschland-Tournee stückchenweise auf. **Jan Dix**, der Schlagzeuger der Truppe hat seine Koffer und Trommeln gepackt, und auch Gründungsmitglied **Manfred Böcker** ist umgezogen – in ein Maleratelier. Folgt den ersten Abgängen bald ein Abgesang?

Nicht nur in Deutschland herrschte das Chaos

4000 Menschen in Kalifornien in Notlagern / 30 Millionen Tokioter nach Schneefällen im Verkehr steckengeblieben

DW. Bonn/New York

„Atlantische Tiefausläufer rennen zwar immer wieder gegen den Kälteblock an, sind aber viel zu schwach und werden zum Mittelmeer abgelenkt." So die Prognose des Wetteramts Essen für den Rest des Februar. In den nächsten Tagen rechnen die Meteorologen mit Nachttemperaturen zwischen minus zehn bis minus 15 Grad. Auch tagsüber soll der Frost nicht weichen.

Schnee und Eis haben gestern vor allem im Norden der Bundesrepublik den Verkehr auf den Straßen und Autobahnen stark behindert. Die Autobahnen in Hessen waren, so die zuständige Polizei, trotz des Einsatzes von Räumfahrzeugen in einem „katastrophalen Zustand". In Hamburg ging es, obwohl Zehntausende auf die öffentlichen Verkehrsmittel umgestiegen waren, nur im Schrittempo voran. Von Dienstag nachmittag bis gestern mittag ereigneten sich nach Informationen der Polizei in der Hansestadt über 600 Unfälle, die jedoch meist glimpflich verliefen.

Probleme bereitete auf den Autobahnen in Schleswig-Holstein immer wieder der scharfe Ostwind, der die Arbeit der Räumkommandos schnell wieder zunichte machte. Im nördlichsten Bundesland wie auch in Niedersachsen und in Nordhessen gab es zahlreiche Karambolagen, aber nur Leichtverletzte.

Im Süden gab es für die Autofahrer keine Probleme. Schwer haben es hingegen die Binnenschiffer. Auf dem Main-Donau-Kanal kommen sie nur noch mit Hilfe von Eisbrechern voran. In Baden-Württemberg war es bei heiterem Himmel und Temperaturen bis minus sieben Grad winterlich freundlich. Kälter ist es in Bayern, wo die Skifahrer bei sonnigem Wetter in Höhen um 2000 Meter Minuswerte um 15 Grad erwarteten.

Tausende von Menschen mußten am Dienstag in den Weststaaten der USA evakuiert werden, wo die schwersten Regenfälle seit 31 Jahren niedergingen. Flüsse traten über die Ufer, Erdrutsche versperrten Straßen und Schienenwege, und starke Schneefälle lösten im Gebirge tödliche Lawinen aus. Mindestens zehn Menschen sind seit Beginn der schweren Stürme vor einer Woche ums Leben gekommen, vier wurden gestern noch vermißt. In einigen Teilen Kaliforniens sind bis zu 480 Liter Regen pro Quadratmeter gefallen, im Gebirge ungefähr drei Meter Schnee.

Mehr als 4000 Bewohner Nordkaliforniens mußten in Notlagern untergebracht werden, da ihre Häuser überflutet sind oder ein Erdrutsch droht. Der Gouverneur von Kalifornien, George Deukmejian, rief in drei Kreisen des Staates den Notstand aus, um Katastrophenhilfe von der Bundesregierung zu bekommen.

Auch in Japan herrschen zur Zeit katastrophale Witterungsverhältnisse. Der Verkehr im Großraum Tokio mit rund 30 Millionen Einwohnern kam gestern nach ungewöhnlich starken Schneefällen zum Erliegen.

WETTER: Weiterhin sehr kalt

Lage: Die von Nordosten her nach Deutschland fließende sehr kalte Luft gelangt unter den Einfluß eines von Skandinavien südwärts schwenkenden Hochdruckgebietes.

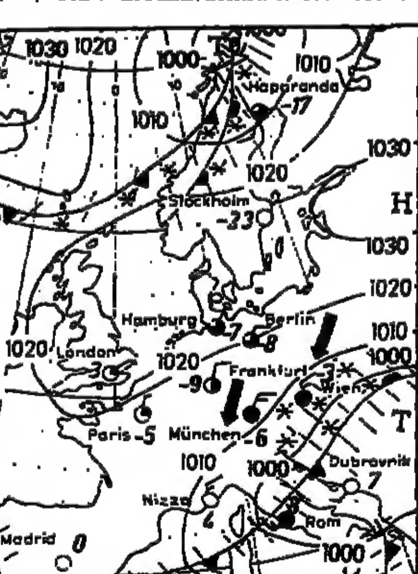
Vorhersage für Donnerstag: Im Norden auflockernde Bewölkung und niederschlagsfrei. Höchsttemperaturen um minus 5 Grad, nachts minus 10 bis minus 15 Grad. Abnehmender Wind aus Nordost. Im übrigen Deutschland vielfach starke Bewölkung, aber nur in Ostbayern noch einzelne Schneeschauer. Höchsttemperaturen um minus 3 Grad, nachts um minus 10 Grad. Mäßiger Nordostwind.

Weitere Aussichten: Überwiegend niederschlagsfrei. Weiterhin sehr kalt.

Sonnenaufgang am Freitag: 7.25 Uhr*, Untergang: 17.47 Uhr; **Mondaufgang:** 13.39 Uhr, Untergang: 6.27 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 20. Feb., 7 Uhr

H Hochdruckzentrum, T Tiefdruckzentrum, wolkenlos, heiter, halb bedeckt, wolkig, bedeckt, Windstille, Nordwind 10 km/h, Ostwind 20 km/h, Südwind 30 km/h, Westwind 40 km/h, Nebel, Nieseln, Regen, Schnee, Schauer, Gewitter, Niederschlagsgebiet, Temperaturen in °C, Warmfront, Okklusion, Kaltfront am Boden, Kaltfront in der Höhe, Luftströmung warm, Luftströmung kalt, Isobaren



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Mittwoch, 12 Uhr (MEZ):

Deutschland:		
Berlin	-8	S
Bielefeld	-4	S
Braunlage	-9	S
Bremen	-3	S
Dortmund	-3	bd
Dresden	-6	S
Düsseldorf	-3	S
Erfurt	-6	S
Essen	-4	S
Feldberg/S.	-7	bw
Flensburg	-5	he
Frankfurt/M.	-4	bd
Freiburg	-3	bw
Garmisch	-2	S
Greifswald	-4	bd
Hamburg	-3	he
Hannover	-6	S
Kahler Asten	-9	S
Kassel	-4	S
Kempten	-3	S
Kiel	-5	he
Koblenz	-3	bw
Köln-Bonn	-4	bw
Konstanz	-2	bd
Leipzig	-7	S
List/Sylt	-4	wl
Lübeck	-3	bw
Mannheim	-3	bw
München	-3	S
Münster	-3	bw
Norderney	-2	S
Nürnberg	-4	bw
Oberstdorf	-3	S
Passau	-2	Ne
Saarbrücken	-3	wl
Stuttgart	-4	he
Trier	-4	he
Zugspitze	-9	S
Ausland:		
Algier	18	bw
Amsterdam	-2	S
Athen	18	bw
Barcelona	12	he
Belgrad	7	bd
Bordeaux	0	bd
Bozen	3	Ne
Brüssel	-3	bd
Budapest	1	Ne
Bukarest	3	R
Casablanca	17	he
Dublin	4	bw
Dubrovnik	12	R
Edinburgh	2	S
Faro	16	bw
Florenz	11	bd
Genf	0	S
Helsinki	-12	wl
Hongkong	15	bw
Innsbruck	-1	bd
Istanbul	14	bw
Kairo	21	he
Klagenfurt	1	bd
Konstanza	9	bd
Kopenhagen	-5	he
Korfu	15	R
Las Palmas	19	bw
Leningrad	-18	wl
Lissabon	12	R
Locarno	1	R
London	1	S
Los Angeles	16	Rs
Luxemburg	-5	bd
Madrid	8	he
Mailand	1	S
Malaga	17	he
Mallorca	14	he
Moskau	-15	wl
Neapel	15	bw
New York	3	bd
Nizza	8	R
Oslo	-15	he
Ostende	-1	S
Palermo	15	bw
Paris	-1	he
Peking	5	bw
Prag	-2	S
Rhodos	17	bw
Rom	13	bw
Salzburg	-1	bd
Singapur	32	bw
Split	12	bd
Stockholm	-11	he
Straßburg	-3	he
Tel Aviv	25	wl
Tokio	12	bw
Tunis	19	bw
Valencia	15	he
Varna	15	bd
Venedig	5	bd
Warschau	-8	wl
Wien	1	Sp
Zürich	-2	bd

bd = bedeckt; bw = bewölkt, Gr = Graupel, Gw = Gewitter, he = heiter; IW = in Wolken, Ne = Nebel, R = Regen, Rs = Regenschauer, S = Schneefall o. Schneeschauer, Sp = Sprühregen, Sr = Schneeregen, wl = wolkenlos

Diese Schlange hat mehrere Köpfe

Bald soll es auch den Hintermännern der Mafia an den scheinbar weißen Kragen gehen

KLAUS RÜHLE, Rom

„Hoch klingt das Lied vom braven Mann", könnte man sagen, wenn die Rede auf jenen italienischen Richter kommt, der den historischen Prozeß von Palermo gegen die Mafia erst möglich gemacht hat, den Chefuntersuchungsrichter Giovanni Falcone, der die jahrelangen Ermittlungen gegen das organisierte Verbrechen leitete.

Falcone (47) sammelte mit Bienenfleiß und Löwenmut das umfassende Belastungsmaterial, das 8000 Aktenseiten umfaßt und dank dessen 474 Mafia-Angehörige unter Anklage gestellt werden konnten (DIE WELT v. 10. 2.).

Verbindungskanäle in viele Staaten aufgedeckt

Bei seiner mühseligen Recherche halfen ihm vier weitere Untersuchungsrichter. Einer von ihnen beschreibt die in Diensten der Justiz geleistete Arbeit: „Wir sind nur wenige, verfügen über bescheidene Mittel und beschränkte Unterstützung seitens des Staatsapparats, und die öffentliche Meinung Palermos steht nur in der Minderheit hinter uns. Wir leben in gepanzerten Büros und unter ständiger Bewachung, aber wir machen zäh und ungeduldig weiter."

Das Weitermachen bezieht sich auf ein zweites Untersuchungsverfahren, an dem dieser Anti-Mafia-Pool der fünf mutigen Richter insgeheim arbeitet, mit dem Ziel eines weiteren Prozesses, der die Hintermänner der Mafia auf die Anklagebank bringen soll. Falcone will damit die enge Verflechtung zwischen Mafia, Politik, Unternehmern und Banken entlarven. Wie kein zweiter Richter Italiens kennt er die Kulissengeheimnisse der Mafia-Hydra.

„Der Schlangenkopf befindet sich hier in Palermo. Aber von hier aus führen Verbindungskanäle in weite Teile Europas und Amerikas", erklärte er jetzt im italienischen Fernsehen. Seine Recherchen betreffen besonders Bankinstitute in der Schweiz, in der Bundesrepublik, in Spanien, USA und Kanada. Er scheint ferner der engen Zusammenarbeit von Mafia-Clans mit Freimaurerlogen und Neofaschisten auf der Spur zu sein.

In der erwähnten Erklärung kennzeichnete Falcone seine Mission mit den Worten: „Ich und meine Mitarbeiter wollen dazu beitragen, in Palermo wieder menschliche Lebensbedingungen zu schaffen und dafür zu sorgen, daß die Schrecken der vergangenen Jahre sich nicht wiederholen." In den letzten sieben Jahren des Kriegs gegen die Mafia sind über 1000 Menschen umgebracht worden. Nur ein Teil dieser Verbrechen ist aufgeklärt und bildet den Gegenstand der Anklageschrift.

Der Chefuntersuchungsrichter Falcone hat praktisch auf jedes Privatleben verzichtet. Obwohl ständig unter Polizeischutz, ist er doch nicht sicher, ob er nicht eines Tages doch noch einem Mafia-Killer zum Opfer fällt. Er bezeichnet seine Entscheidung als endgültig und erklärte sie mit den Worten: „Mein Vater hat mir Pflichtbewußtsein beigebracht".

Unter der Bevölkerung wenig Gegenliebe erfahren

Schon zweimal sind Anschläge auf ihn verübt worden. Bei beiden hatte er Glück gehabt. Als Feind Nummer eins der Mafia entging er erst einem Mordanschlag der Mafia bei einem Besuch im Untersuchungsgefängnis von Palermo, danach einem Attentat während einer Informationsreise in Brasilien. Besonders schmerzlich ist für ihn die Tatsache, daß die Bevölkerung von Palermo ihn wenig liebt und daß seine Nachbarn, die im gleichen ständig polizeilich bewachten Haus wohnen, in ihm sogar einen lästigen Mitbewohner sehen.

Am engagiertesten sind noch die Schüler der Stadt. 5000 von ihnen sind vor den Justizpalast gezogen, um gegen die Mafia zu demonstrieren. Doch die Eltern sind beunruhigt. Anonyme Telefonanrufer haben mit Attentaten an den Schulen gedroht. Der Teufelskreis der Mafia hat sich wieder geschlossen.

ZU GUTER LETZT

„1955: Erstmals betätigt ein Pilot den Schleudersitz einer F-100 bei Überschallgeschwindigkeit. George F. Smith überlebt, verträgt aber fortan keinen Alkohol mehr." Aus dem historischen Kalenderblatt der Deutschen Presse-Agentur.

